

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

191 · September 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	771
Essay	
ANDREAS HEYER Stationen einer Enttäuschung. Kleists Briefe aus Paris (1801)	773
Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939	
WALTHER L. BERNECKER Spanischer Bürgerkrieg und Vergangenheitsbewältigung Geschichtspolitik und Erinnerungsansprüche in der Demokratie 1975-2005	779
MIRCO BEER Bericht über die Kommandierung nach Spanien vom 10. Oktober 1936 bis 3. Juni 1939	791
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
SIEGFRIED WENZEL Sozialismus des 21. Jahrhunderts?	811
HORST DIETZEL »Neue Herausforderungen« in der Programmatik der Linken	825
MICHAEL FABER, JONAS BENS Für eine moderne und bunte Linke! Die soziale Frage umfasst mehr als Hartz IV und Vermögenssteuer und sie braucht Antworten!	838
DIRK JÖRKE Von den Grünen lernen heißt verlieren lernen	841

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 852

Bücher & Zeitschriften

Horst Ehmke:
Im Schatten der Gewalt
(HARALD LANGE) 854

Patrice Bollon:
Cioran. Der Ketzer.
Aus dem Französischen von Ferdinand Leopold
(KAI AGTHE) 855

Christine Hatzky:
Julio Antonio Mella (1903 – 1929). Eine Biographie
(REINER TOSSTORFF) 856

Volker Freystedt, Eric Bihl:
Equilibriismus – Neue Konzepte statt Reformen
für eine Welt im Gleichgewicht
(JÜRGEN MEIER) 858

Hansjörg Herr, Kurt Hübner:
Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie

Michael Heine, Hansjörg Herr:
Die Europäische Zentralbank
(ULRICH BUSCH) 860

Summaries 862

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 864

VorSatz

Die oberen Zehntausend drängen auf eine definitive Beendigung der Nachkriegszeit. Sechzig Jahre Demut, wenn auch mit fallender Tendenz, waren mehr als genug. So lange hat sich wegen der Kollaboration mit Verbrechern noch keine Elite zivilisiert verhalten müssen. Höchste Zeit für Klartext, am 3. August war es soweit – im ZDF. Die Fragen stellte Claus Kleber.

Claus Kleber: Professor Norbert Walter ist Chefvolkswirt der Deutschen Bank, auch das ein Unternehmen, das in Zeiten steigender Gewinne Jobs gestrichen und Dienstleistungen ausgelagert hat. Professor Walter, wie lang kann sich Deutschland als Volkswirtschaft eine solche Entwicklung noch leisten, wenn den deutschen Produzenten die deutschen Konsumenten weghungern?

Antwort: Die deutschen Konsumenten sollten natürlich auch endlich wieder höhere Einkommen haben. Aber wenn wir das auf eine Weise versuchen, durch die die Lohnkosten in Deutschland steigen, dann wird die Auslagerung von Jobs sich fortsetzen und dann wird das Ziel, höhere Einkommen nachhaltig in Deutschland zu erzielen, nicht erreichbar sein. Um gleichzeitig Kosten in Schach zu halten und Einkommen für Inländer zu erhöhen, gibt's in meinem Urteil nur zwei Methoden. Die eine, die Königsmethode, ist, tüchtiger werden, mehr lernen, produktiver sein. Wenn das aber nicht geht, und das wird kurzfristig sehr sehr schwer sein, dann heißt die Devise: Wir müssen für das gleiche Gehalt mehr arbeiten, und wenn wir mehr verdienen wollen, müssen wir noch eins drauflegen bei der Vermehrung der Arbeitszeit. Und das bedeutet nicht nur Wochenarbeitszeit, das bedeutet auch, daß wir beispielsweise die Lebensarbeitszeit wirklich verlängern müssen. Insofern hat Müntefering recht, daß er in diese Richtung geht.

Frage: Nun kann natürlich ein Arbeitnehmer im Moment sehr schwer verstehen, daß er in der eigenen Tasche spürt, daß das Nettoeinkommen, das reale Nettoeinkommen, eher schrumpft als steigt, und jeden Abend berichtet das »heute journal« in seinen Börsenberichten darüber, daß die Gewinne der Unternehmen Rekordhöhen erreichen. Wie paßt das zusammen?

Antwort: Wenn die deutschen Arbeitnehmer den entscheidenden Beitrag zur Erhöhung der Gewinne der deutschen Unternehmen leisten, dann wird es relativ schwer sein für deutsche Unternehmen, diesen Kurs fortzusetzen. Vielfach – für DAX-Unternehmen insbesondere – sind aber die erhöhten Gewinne Ergebnisse von einerseits der Einbringung von Arbeitskräften aus Tschechien, aus Ungarn, die preis-

wertener sind, und zweitens von großen Erfolgen, großen Absatzerfolgen, die deutsche Unternehmen, kleine, mittlere und große, auf dem internationalen Markt, der dynamischer ist, erzielen. Und aus diesem Grund kann man natürlich das, was man auf anderen Märkten verdient und durch Kostensenkung an anderer Stelle überhaupt erst erwirtschaftet, das kann man nicht zu Hause verteilen, denn sonst würde man das Übel vermehren, nämlich die Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Frage: Das scheint die Zwickmühle der Globalisierung zu sein: Die großen Unternehmen können sich aussuchen, in sehr vieler Beziehung inzwischen, wo sie produzieren und arbeiten lassen, der deutsche Arbeitnehmer, die meisten von ihnen, sitzen in Deutschland fest und damit in der Zwickmühle und sehen, wie im Zeitalter der Globalisierung die Jobs sonstwohin gehen. Wie kommen wir da wieder raus?

Antwort: Auch für den einzelnen gilt, daß er die Frage stellen muß, ob er aus dieser Situation entkommen kann, indem er mehr lernt, neue Fähigkeiten, die heute in Deutschland nachgefragt sind, sich erarbeitet, um auf diese Weise seinen Beitrag zu leisten. Und die Deutschen können sehr sehr vieles besser als andere Länder. Wir können vieles systematisch besser angehen als die Mitarbeiter in anderen Ländern. Wir haben eine andere, eine gründlichere Grundausbildung. Das sollten wir öfter ausnutzen. Aber ich würde auch meinen, junge deutsche Arbeitnehmer sollten in der Tat viel öfter, als es bislang gedacht und getan wird, sich der Chance, für eine gewisse Zeit im internationalen Markt, in anderen Ländern, in Nachbarländern und weiter entfernten Ländern, ihre Sporen zu verdienen, denn damit würden sie unsere wirklichen künftigen Kunden und unsere wirklichen künftigen Herausforderer persönlich kennenlernen und für sich einen Erfahrungsgewinn machen, und wahrscheinlich, zwischenzeitlich, auch Einkommen verdienen können.

Frage: Sicher ein guter Rat. Sie kennen aber auch die Vorstände und Aufsichtsräte von innen. Wenn da so besprochen wird, wie die Gewinnentwicklung geht und was man andererseits in den Lohn- und Gehaltsverhandlungen fordern muß von der anderen Seite, ist es dann manchmal auch peinlich?

Antwort: Das kann peinlich sein, es kann aber auch ökonomisch falsch sein. Manches wird über einen Kamm geschoren, was man nicht über einen Kamm scheren kann. In Deutschland sind Qualifizierte heute schon knapp und werden angesichts der demografischen Entwicklung, des Ausscheidens großer qualifizierter Gruppen und des Eintritts nur sehr kleiner qualifizierter Gruppen zu Knappheiten kommen. Und wer als Unternehmer dann solchen knapp werdenden deutschen Arbeitnehmer (im Original: Unternehmer), die qualifiziert sind und mobil sind, keine entsprechenden Löhne zahlt, der wird sich die Augen reiben müssen. Der wird nämlich feststellen, daß diese jungen Menschen dann ins Ausland gehen und daß deutsche Unternehmen in Deutschland genau die Leute, die sie dringend brauchen, nicht haben würden. Also: Der Markt wird es an dieser Stelle nach meiner Einschätzung bald richten, daß Einkommen für diese Gruppe, der jungen Qualifizierten, bald steigt.

Das ist die Sprache der Zukunft. Ob das die Linke schon begriffen hat?

JÖRN SCHÜTRUMPF

ANDREAS HEYER

Stationen einer Enttäuschung

Kleists Briefe aus Paris (1801)

Das Leben des Schriftstellers Heinrich von Kleist, der am 1. Oktober 1777 geboren wurde, zerfällt in zwei Teile.¹ Nach mäßiger Schulbildung trat er 1792, also drei Jahre nach Beginn der Französischen Revolution, der Armee bei; mehrere Stationen und Beförderungen folgten in den nächsten Jahren. Daneben unternahm er immer wieder verschiedene Reisen. 1799 verließ er das Militär und es begann jene Zeit, mit der wir uns in der Folge beschäftigen werden. Es waren Jahre der Unruhe, des Changierens und Tastens, in denen sich der zweite – kurze – Abschnitt seines Lebens bereits ankündigte: Der Versuch, mit den Möglichkeiten der Literatur zu verarbeiten, was kaum zu erkennen war. Dem entspricht, dass die meisten Briefe Kleists, jene Zeugnisse, in denen sich das Private der Existenz vielleicht am deutlichsten offenbart, aus den Jahren 1800 bis 1802 erhalten sind. Gerichtet sind sie vor allem an seine Schwester und an seine Verlobte. Wer sich auf diese Briefe einlässt und sie apperzeptiv liest, kann einen Kleist entdecken, der vor allem von einem Konflikt beherrscht ist: Dem Versuch der Positionierung gegenüber der Gesellschaft – eine Konfrontation, der man sich nicht verweigern/entziehen könne. Es ist das Ringen eines Schriftstellers, der noch kaum eine Zeile geschrieben hat, aber getrieben ist von der Auseinandersetzung mit seiner Zeit, die ihm zutiefst fremd ist. Eines aber war Kleist klar: Die Beantwortung der Frage, was er alles nicht mehr machen will, die Bestimmung des eigenen Ichs ist zumindest in der Negation möglich. Nachdem er die Armee – dem Vernehmen nach endgültig – verlassen hat, stürzte er sich in die Wissenschaften. Mathematik und Philosophie wurden seine Passion. Doch auch hier kam er nicht weiter, stieß an die Grenzen der Wissenschaft, die sich, wie er schreibt, als »Ekel vor Büchern« (S. 203) äußern. Er kann und will nicht mehr lesen. Hinzu trat der »Ekel vor der Einseitigkeit« (S. 251) wissenschaftlichen Arbeitens. Was über 100 Jahre später von Max Weber auf die bekannte Formel des »Fachmenschen ohne Herz« gebracht wurde, ist im Denken Kleists präsent unter dem Stichwort der »zyklopischen Einseitigkeit« (S. 252).

In einem seiner längsten Briefe, gerichtet an Adolfine von Werdeck (die er aus seiner Militärzeit kannte), erkundete Kleist sein Innenleben und erlaubte Einblicke in eben dieses: »Ich möchte so gern in einer rein-menschlichen Bildung fortschreiten, aber das Wissen macht uns weder besser, noch glücklicher. Ja, wenn wir den ganzen Zusammenhang der Dinge einsehen könnten! Aber ist nicht der Anfang und das Ende jeder Wissenschaft in Dunkel gehüllt?

Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr. phil., Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Publikationen u. a.: Die Utopie steht links! Ein Essay (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 26), Berlin 2006. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Maximilien Robespierre. Die Entdeckung der Moderne zwischen Tugend und Terror, Heft 181 (November 2005).

1 Die Werke Kleists liegen in der maßgeblichen Ausgabe im Aufbau-Verlag vor. Herausgegeben von Siegfried Streller, ist die vierte Auflage von 1995 noch greifbar. Der vierte Band enthält den Briefwechsel, aus dem in der Folge im laufenden Text zitiert wird. Eine gute und lesenswerte Biographie bietet Zimmer-

mann, H. D.: Heinrich von Kleist. Eine Biographie, Reinbek 1991, ansonsten ist die Sekundärliteratur fast unüberschaubar.

Oder soll ich alle diese Fähigkeiten und alle diese Kräfte und dieses ganze Leben nur dazu anwenden, eine Insektengattung kennen zu lernen, oder einer Pflanze ihren Platz in der Reihe der Dinge anzuweisen? Ach, mich ekelt vor dieser Einseitigkeit! Ich glaube, dass Newton an dem Busen eines Mädchens nichts anderes sah, als seine krumme Linie, und dass ihm an ihrem Herzen nichts merkwürdig war, als sein Kubikinhalt.« (S. 251) Dieser negativen Zeichnung der Wissenschaften und der Beschreibung, warum er sich nicht mehr mit ihnen zu beschäftigen vermag, lässt sich auf das von Jean-Jacques Rousseau im *Discours sur l'inégalité* bereits 1755 vorgetragene Argument zurückführen, dass die Menschheit ohne Wissenschaften und Künste, und damit ohne den Fortschritt, glücklicher wäre. Und eine weitere Übereinstimmung tritt hinzu. Kleist betonte, dass der Mensch quasi anthropologisch dazu veranlagt sei, sich zu vervollkommen. Das Individuum muss und will sich aufklären, so Kleist apodiktisch, auch wenn der Preis für diese Bildung als Zivilisation die Dekadenz und der Luxus sind. (S. 255) Damit ist jedoch die große Differenz zwischen beiden eindeutig benannt: Der Rousseau-Verehrer Kleist entscheidet sich mit Blick auf den Fortschritt gegen den Franzosen, will oder kann das Paradox zwischen Kultur und Verfall nicht auflösen. Rousseau argumentierte gegen die Wissenschaften und Künste, betrieb sie aber dennoch. Kleist will sich mit ihnen beschäftigen, kann es aber nicht. Es ist in diesem Sinne nicht verfehlt, wenn wir Kleist vor dem Hintergrund der französischen Spielart der Epoche der Aufklärung interpretieren. Nicht zuletzt, da sich in Frankreich selbst in den Jahren der Revolution noch einmal genau die Thematisierung des soeben angerissenen Antagonismus von Natur und Kultur, von Irrationalität und Vernunft voll Bahn brach. Der Comte de Volney schrieb seine *Ruinen*, die Georg Forster ins Deutsche übersetzte; der Marquis de Condorcet setzte auf die Vermessung der Geschichte; das revolutionäre Theater versuchte die Imaginierung einer bürgerlichen Moral; Bernardin de Saint-Pierre beschwor die Natur; der für kurze Zeit aus der Haft entlassene Marquis de Sade kämpfte für den Atheismus; die so genannten Ideologen, deren Geschichte Sergio Moravia rekonstruierte, setzten auf die Weiterführung der Erkenntnistheorie und damit die Erforschung des eigenen »Ichs«. Es ist kaum anzunehmen, dass Kleist diese moderne Entwicklung wahrgenommen hat. Für ihn blieb Rousseau und das durch diesen aufgestellte Natur-Ideal (dessen Facettenreichtum er ebenfalls nicht erkannte oder reflektierte) der Inbegriff »wahrer Moralität«. Ein Akt, der sich in Kleists Kritik der Großstädte und Metropolen manifestierte, hier ganz im Sinne der frühen englischen Romantik.

Am 15. April 1801 verließ Kleist mit Ziel Paris die Stadt Berlin, wo er längere Zeit gelebt hatte. Die Stationen der Reise – unter anderem mit Aufenthalten in Dresden, Leipzig, Halle, Halberstadt, der Brockenbesteigung, Mainz, Rheinfahrt, Heidelberg und Straßburg – sind bekannt. Erwähnenswert ist vor allem, dass er in Halberstadt mit Johann Wilhelm Ludwig Gleim zusammentraf. Und sowohl bei der Beschreibung des Besuchs bei Gleim als auch der Rheingegenden verdeutlicht sich, dass Kleist tatsächlich als Rousseauist angesehen werden kann: ist er doch nicht nur immer wieder überwältigt

von der Natur und der Einsamkeit, vielmehr findet sich darüber hinaus bei ihm eine Ächtung des Krieges ebenso wie er sich bewusst ist, dass er in der französischen Hauptstadt nicht eine glückliche Nation finden wird, sondern das Paris der Laster und Ausschweifungen (S. 230), wie es neben Rousseau vor allem Louis-Sébastien Mercier, Denis Diderot und Rétif de la Bretonne beschrieben haben. Und wo das Laster zu Hause ist, da schweigt nach Kleist (und Rousseau) das Herz. An die Gattin des Malers Heinrich Lohse, Karoline von Schlieben, schrieb Kleist am 18. Juli 1801 in diesem Sinne: »Ach, es muss öde und leer und traurig sein, später zu sterben, als das Herz. Aber noch lebt es – Zwar hier in Paris ist es so gut, als tot. Wenn ich das Fenster öffne, so sehe ich nichts, als die blasse, matte, fade Stadt mit ihren hohen, grauen Schieferdächern und ihren ungestalteten Schornsteinen, ein wenig von den Spitzen der Tuilerien, und lauter Menschen, die man vergisst, wenn sie um die Ecke sind. Noch kenne ich wenige von ihnen, ich liebe noch keinen, und weiß nicht, ob ich einen lieben werde. Denn in den Hauptstädten sind die Menschen zu gewitzigt, um offen, zu zierlich, um wahr zu sein. Schauspieler sind sie, die einander wechselseitig betrügen, und dabei tun, als ob sie es nicht merken. Man geht kalt aneinander vorüber; man windet sich in den Straßen durch einen Haufen von Menschen, denen nichts gleichgültiger ist, als ihresgleichen; ehe man eine Entscheidung gefasst hat, ist sie von zehn anderen verdrängt; dabei knüpft man sich an keinen, keiner knüpft sich an uns; man grüßt einander höflich, aber das Herz ist hier so unbrauchbar, wie eine Lunge unter der luftleeren Campagne, und wenn einmal ein Gefühl entschlüpft, so verhallt es, wie ein Flötenton im Orkan.« (S. 232)

Was Kleist an dieser Stelle als rousseauistische Kritik an den Großstädten am Beispiel Paris ausführt, findet sich bereits bei der Beschreibung von Berlin – als Ort der Dekadenz und oberflächlichen Vergnügungen bei permanenter Vertiefung des Lasters. Kleist weilte nach den angesprochenen Reisesationen vom 6. Juli bis ca. Ende November 1801 in Paris. Wie sah die Stadt, die er besuchte, aus? Einerseits waren seit Napoleons Staatsstreich die Metropole und auch die Revolution zur Ruhe gekommen, die täglichen Grabenkämpfe vorüber. Dafür befand sich Frankreich jedoch inmitten der weiteren Militarisierung der Außenpolitik, Napoleon errichtete das Königtum und damit die Despotie neu, wie viele der Beobachter ausführten, so etwa Johann Friedrich Reichardt in seinem Bericht *Vertraute Briefe aus Paris* (1802/03). Gerade in Paris war zu spüren, dass mit der Revolution auch die Energie der Bevölkerung ermattet war. Die Aufklärung, so fragt Kleist, hat es sie wirklich ergeben, wenn man diese Stadt und dieses Land betrachtet? Bereits der Verschwörer Gracchus Babeuf hatte in der Mitte der Revolution genau diese Müdigkeit der Masse festgestellt und aus ihr die radikale Konsequenz abgeleitet, dass eine kleine Elite das Recht habe, im Namen der Vernunft die Forderungen des allgemeinen Willens – der *volonté générale* – mittels gewaltsamer Aktivitäten zu exekutieren. In einem Brief wehrt sich Kleist dagegen, dass er um seinen Aufenthalt in Paris zu beneiden sei. »Wenn sie mir folgen wollen, so will ich Ihren Geist in die Nähe der Kulissen führen, die aus der Ferne betrachtet, so reizend scheinen. Aber erschrecken müssen Sie nicht, wenn sie die Gestal-

Auf dem »Ersten Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur«, abgehalten im Juni 1935 in Paris, hat Anna Seghers Kleist als einen derjenigen Schriftsteller interpretiert, die eine emanzipatorische Überwindung der Grenzen ihrer Zeit versuchten. Sie setzte die Generation der Romantik gegen den Hitlerfaschismus, die Kultur gegen die Barbarei. Ihre Anmerkungen können daher hier kurz wiedergegeben werden: »Bedenkt die erstaunliche Reihe der jungen, nach wenigen übermäßigen Anstrengungen ausgeschiedenen deutschen Schriftsteller. Keine Außenseiter und keine schwächelnden Klügler gehören in diese Reihe, sondern die Besten: Hölderlin, gestorben im Wahnsinn, Georg Büchner, gestorben durch Gehirnerkrankheit im Exil, Karoline Günderode, gestorben durch Selbstmord, Kleist durch Selbstmord, Lenz und Bürger im Wahnsinn. Das war in Frankreich die Zeit Stendhals und Balzacs. Diese deutschen Dichter schrieben Hymnen auf ihr Land, an dessen gesellschaftlicher Mauer sie ihre Stirnen wundrieben. Sie liebten gleichwohl ihr Land. Sie wussten nicht, dass das, was an ihrem Land geliebt wird, ihre unaufhörlichen, von den Zeitgenossen kaum gehörten Schläge gegen die Mauer waren. Durch diese Schläge sind sie für immer die Repräsentanten ihres Vaterlandes geworden. Entziehen wir die wirklichen nationalen Kulturgüter ihren vorgeblichen Sachverwaltern.« (Quelle: Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur, hrsg. von Wolfgang Klein,

Berlin 1982, hier S. 280 f.) Und Max Brod, der Freund Franz Kafkas, führte aus: »Es ist heute Mode geworden, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern seltsamerweise auch außerhalb, in der edlen deutschen Romantik, die sich stellenweise mit unserer Klassik überdeckte, also in der Romantik der Goethezeit, in Kleist, Hölderlin, Novalis, eine Art Vorläufer-tum des heutigen Nationalsozialismus zu sehen. Das ist im Sachlichen, das ich hier nicht ausführen kann, ganz falsch. (...) Man soll dem, was heute in Deutschland geschieht, nicht einen adligen Stammbaum des Geistes verschaffen, indem man es in Zusammenhang bringt mit jener alten deutschen Romantik.« (Quelle: ebenda, S. 142 f.)

ten ein wenig mit Farbe überladen und ein wenig grob gezeichnet finden. Denken Sie sich in der Mitte zwischen drei Hügeln, auf einem Flächenraum von ohngefähr einer Quadratmeile, einen Haufen von übereinandergeschobenen Häusern, welche schmal in die Höhe wachsen, gleichsam den Boden zu vervielfachen, denken sie sich alle diese Häuser durchgängig von jener blassen, matten Modefarbe, welche man weder gelb noch grau nennen kann, und unter ihnen einige schöne, edle, aber einzeln in der Stadt verstreut, denken Sie sich enge, krumme, stinkende Straßen, in welchen oft an einem Tage Kot mit Staub und Staub mit Kot abwechseln, denken sie sich endlich einen Strom, der, wie mancher fremde Jüngling, rein und klar in diese Stadt tritt, aber schmutzig und mit tausend Unrat geschwängert, sie verlässt, und der in fast grader Linie sie durchschneidet, als wollte er den ekelhaften Ort, in welchen er sich verirrt, schnell auf dem kürzesten Wege durcheilen – denken Sie sich alle diese Züge in einem Bilde, und sie haben ohngefähr das Bild von einer Stadt, deren Aufenthalt Ihnen so reizend scheint. Verrat, Mord und Diebstahl sind hier ganz unbedeutende Laster, deren Nachricht niemanden affiziert.« (S. 258 f.)

Der Ruhm der Stadt Paris verblasst für den Besucher. Ja, es entsteht sogar der Eindruck, dass er so nie existiert habe, eine Chimäre, erfunden für die Hoffnung der Menschheit. Paris, das ist nach Kleist ein großes Gemälde, auf welches die bedeutendsten Maler und Dichter ihre Bilder aufgetragen haben, aber die Farbe beginnt abzubrockeln. Und wenn man ganz nah vor dem Gemälde steht, dann sieht man die Details und nicht mehr die große Imagination. Man muss, wie Kleist empfiehlt, hinter die Kulissen schauen, um den wahren Charakter einer Sache zu erkennen. Es ist noch einmal das Erbe der Aufklärung, dass uns hier der Zweifel als Grundlage des Denkens von Kleist gegenübertritt. Die Theorie des exakten Beobachtens, um so Detail und Ganzes gleichermaßen in den Blick zu bekommen, stammt von Denis Diderot und Georg Forster, die sie unabhängig voneinander entwickelt, beschrieben und angewendet haben. In seinen *Ansichten vom Niederrhein* hat der wahrscheinlich bekannteste deutsche Revolutionär, der Weltreisende Georg Forster, den Besuch der Stadt Amsterdam niedergeschrieben. Hier begab er sich in den Hafen der prosperierenden Handels- und Weltstadt, der Metropole des bürgerlichen Geistes. Er sah das Treiben all der Teilnehmer der Marktgesellschaft, ein Schauspiel, das an einen Ameisenhaufen erinnert, wobei freilich in Amsterdam erst das Chaos, das Durcheinander und Gegeneinander den »Fortschritt« der sich ausbildenden kapitalistischen Welt bedingt. Paris aber war, Kleist zufolge, metaphorisch anders besetzt: Die revolutionäre »Hauptstadt der Menschheit« war zwar, das wissen wir heute, ebenfalls Teil der Herausbildung unserer Moderne, allerdings direkt gegen den Geist der Akkumulation gerichtet. Zumindest in ihren herausragenden Protagonisten: Robespierre, Babeuf, Saint-Just, Darnton und anderen mehr. Davon ist während Kleists Besuch freilich nichts mehr zu sehen. Mord, Dreck, Vernichtung, Diebstahl und Laster prägen ihm zufolge für den Fremden, der den Louvre verlässt, das Bild der Stadt (S. 259).

Umso überraschender ist es, dass wir Kleist in Begleitung Wilhelm von Humboldts, der sich ebenfalls in Paris aufhielt, zu Gast

beim Grafen Gustav von Schlabrendorf finden. Schlabrendorf war 1790 nach Paris gekommen und hatte alle Phasen der Revolution miterlebt. Er war auch 1801 noch den Idealen der Revolution verpflichtet, jener Aufbruchstimmung, die tausende von deutschen Revolutionstouristen nach Frankreich zog. Schlabrendorf war gleichsam der geronnene und konservierte Zeitgeist dieser Jahre, hatte ihn gegen Ludwig XVI. ebenso verteidigt wie gegen die Hochphase des jakobinischen Terreur und zum Schluss gegen Napoleon Bonaparte. Neben Konrad Engelbert Oelsner war er der letzte große deutsche Revolutionär in Frankreich, wovon auch sein Buch *Napoleon Bonaparte und das französische Volk unter seinem Konsulat*, bekannt als *Anti-Napoleon*, zeugt, das in überarbeiteter Fassung von Johann Friedrich Reichardt 1804 herausgegeben wurde. Kleist und Schlabrendorf diskutierten viel über die französische Revolution, die letzterer ja miterlebt hatte und die für Kleist eher ein Ereignis der Jugend und der Ferne gewesen war. Beteiligt war an diesen Diskussionen wahrscheinlich auch Wilhelm von Humboldt, der Kleist bei Schlabrendorf einführte, den Kleist in seinen Briefen aber mit dessen Bruder Alexander verwechselt, was darauf schließen lässt, dass ihr Kontakt so eng nicht war (S. 235). Einig sind sich Kleist und Schlabrendorf vor allem in der Wertschätzung von Rousseau und Montesquieu. Und ein Weiteres stellt Gemeinsamkeit her: Der Hass auf Napoleon. Schlabrendorf wurde durch ihn zu seinem Buch veranlasst und Kleist trieb diese Kritik an Napoleon 1804 noch einmal nach Paris, wo er vermutlich als Kurier jakobinischer Gegner Napoleons verschiedene geheime Aufträge erledigte. Wahrscheinlich geht diese Tätigkeit auf seine 1803 erfolgte Bekanntschaft mit Georg Wedekind zurück, den er in Mainz getroffen hatte.

Doch trotz dieser Gemeinsamkeiten färbt Schlabrendorfs Revolutionsbegeisterung nicht auf Kleist ab. Prägend bleibt für ihn der Besuch des Freiheitsfestes in Paris am 14. Juli. Bereits hier, kurz nach seinem Eintreffen in Paris, hatte Kleist seine eigentliche Enttäuschung erfahren: als er merkte, dass der revolutionäre Geist dem römischen Motto von Brot und Spielen gewichen war. Der 14. Juli war der Tag des Sturmes auf die Bastille und als solcher mehr als jedes andere Ereignis der Französischen Revolution Ausdruck des Freiheitswillens der Bevölkerung. Und er war darüber hinaus der politische Akt der »kleinen Leute«, war Teil der »Revolution von unten«. Geblieben ist von der Freiheit nach Kleist nichts, sie ist verschwunden hinter den großen Arrangements der Feuerwerke, die mit dem Licht der Aufklärung nichts gemein haben. Ein Zitat kann Kleists Argumentation verdeutlichen. »Ich habe dem 14. Juli, dem Jahrestag der Zerstörung der Bastille beigewohnt, an welchem zugleich das Fest der wiedererrungenen Freiheit und das Friedensfest gefeiert ward. Wie solche Tage würdig begangen werden könnten, weiß ich nicht bestimmt; doch dies weiß ich, dass sie fast nicht unwürdiger begangen werden können, als dieser. Nicht als ob es an Obelisken und Triumphbogen und Dekorationen, und Illuminationen, und Feuerwerken und Luftbällen und Kanonaden gefehlt hätte, – behüte. Aber keine von allen Anstalten erinnerte an die Hauptgedanken, die Absicht, den Geist des Volkes durch eine bis zum Ekel gehäufte Menge von Vergnügen zu zerstreuen, war überall herrschend, und wenn die Regie-

rung einem Manne von Ehre hätte zumuten wollen, durch die *mâts de cocagne*, und die *jeux de carousels*, und die *théâtres forains* und die *escamoteurs*, und die *danseurs de corde* mit Heiligkeit an die Göttergaben Freiheit und Frieden erinnert zu werden, so wäre dies beleidigender, als ein Faustschlag in sein Antlitz. Rousseau ist immer das 4. Wort der Franzosen; und wie würde er sich schämen, wenn man ihm sagte, dass dies sein Werk sei?» (S. 235)

Es war Kleist zufolge die Aufklärung, die einst die Ideale der französischen Revolution beschwor, denen er sich über Rousseau verpflichtet fühlt. Doch das Paris nach Napoleons Machtergreifung hat mit diesen Bildern nichts mehr zu tun. Wo Schlabrendorf Anhänger der Revolution bleibt, da er sie in allen ihren Phasen beobachtete, kann sich Kleist nur noch abwenden. Nicht die Revolution erhält er aufrecht, sondern in ihm reift nun eine Idee, wie er sein Lebensglück abseits der dekadenten Großstadt verwirklichen könne. Die Ideale »Freiheit und Frieden«, von denen auch Kleist spricht, sind für ihn im Gegensatz zu Schlabrendorf nicht mehr für ein Volk als Ganzes zu erringen. Nur das einzelne Individuum kann sie für sich als Richtschnur seines Handelns anerkennen. Die Revolution wird zum Akt solitärer Verwirklichung, gleichzeitig aber auch – das ist die nicht zu unterschlagende Kehrseite – zum Abschied der Verantwortung des Intellektuellen. Kleist fasst den Plan, in der Schweiz einen Bauernhof zu errichten. Dazu kommt es nicht, aber er fährt mit dem Maler Heinrich Lohse nach Basel und Bern, zahlreiche weitere Reisen folgen. Die ambivalente Stellung Kleists zur Revolution und sein damit eng verbundener Versuch der eigenen Positionierung gegenüber der Gesellschaft bleiben die zentralen Konflikte seines Lebens. Aber er findet nach der Abreise aus Paris Zeit zum Schreiben, in knapp 10 Jahren entstehen jene literarischen Werke, mit denen wir seinen Namen noch heute verbinden. Die zweite Hälfte seines Lebens hat begonnen. Aber er hat nicht zu sich selbst gefunden, konnte auch in der Privatheit keine innere Stabilität finden: Am 21. November 1811 schließlich mündet die Zerrissenheit Kleists in einen letzten Akt der Auflehnung gegen die Normen der Gesellschaft: Er erschießt zuerst seine Freundin Henriette Vogel und danach sich selbst. Am Tag zuvor hatte er sich von seiner Bekannten Sophie Müller – die Frau Adam Müllers – verabschiedet: »Leben Sie wohl, unsere liebe, liebe Freundin, und seien Sie auf Erden, wie es gar wohl möglich ist, recht glücklich! Wir, unsererseits, wollen nichts von den Freuden dieser Welt wissen und träumen lauter himmlische Fluren und Sonnen, in deren Schimmer wir, mit langen Flügeln an den Schultern, umherwandeln werden.« (494) Und Henriette Vogel ergänzte: »Lebt wohl denn! Ihr, meine lieben Freunde, und erinnert Euch in Freud und Leid der zwei wunderlichen Menschen, die bald ihre große Entdeckungreise antreten werden.« (494).

WALTHER L. BERNECKER

Spanischer Bürgerkrieg und Vergangenheitsbewältigung

Geschichtspolitik und Erinnerungsansprüche
in der Demokratie 1975-2005

Im öffentlichen Umgang mit Vergangenheit erfreuen sich Begriffe wie »Erinnerung« und »Erinnerungskulturen« seit einigen Jahren außerordentlicher Popularität. In zahlreichen Debatten wird – auf nationaler wie auf internationaler Ebene – um Erinnerungen und Erinnerungskulturen gestritten. Dabei haben Erinnerungen keineswegs nur eine individuelle, sondern – so läßt sich im Anschluß an Maurice Halbwachs und Jan Assmann sagen¹ – vor allem auch eine soziale Funktion. Sie sind gruppenbezogen, können Gruppen prägen und zur Gemeinschaft machen, kurzum: sie können Identitäten stiften. Und genau diese gesellschaftspolitische Dimension läßt sie zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft werden. Die unter dem Begriff der Erinnerungskultur subsumierten Phänomene sind allerdings derart vielfältig, daß es sich lohnt, nach Akteuren, Formen und Funktionen zu differenzieren. Zu unterscheiden ist etwa zwischen dem instrumentellen Gebrauch von Vergangenheit im Sinne der »Geschichtspolitik«, der oftmals im Dienste konkreter politischer Interessen steht, und einem auf Überwindung historischer Erblasten durch rechtliche und justizielle Maßnahmen abzielenden Umgang mit Vergangenem, für den sich der Begriff der »Vergangenheitspolitik« eingebürgert hat. Eine dritte Dimension betrifft schließlich die kollektiven Erinnerungen, die oftmals den Zielpunkt von Geschichts- und Vergangenheitspolitiken darstellen, von diesen jedoch niemals vollständig kontrolliert werden können.²

Der folgende Beitrag beschäftigt sich unter diesen drei Gesichtspunkten mit dem spanischen Fall. Dieser Fall unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von anderen europäischen Beispielen: Der Krieg, der den Kernbestand der hier behandelten Erinnerungskultur darstellt, war in erster Linie ein Bürgerkrieg. Er wurde zwar von Anfang an internationalisiert, in seinem Ursprung und seiner historischen Bedeutung war er aber ein primär innerspanischer Konflikt. Dies ist bei jeder Betrachtung des Spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) zu berücksichtigen. Auf den Krieg folgte sodann kein politisches System, das die Aufarbeitung dieses Krieges ermöglicht oder gar gefördert hätte. Ganz im Gegenteil: Es folgte eine jahrzehntelange Diktatur (1939-1975), die eine brutale Repression ausübte und nur eine höchst einseitige Beschäftigung mit dem Krieg zuließ. Toleriert wurde ausschließlich die Perspektive der Sieger. Als schließlich, nach dem Tod des Diktators (1975) und dem allmählichen Übergang in die Demokratie, die Sicht der Unterlegenen zum Tragen kommen konnte, ging die Erinnerung an den Krieg einher mit der Erinnerung an Diktatur

Walther L. Bernecker – Jg. 1947, Prof. Dr., Historiker, Lehrstuhl für Auslandswissenschaft an der Universität Nürnberg-Erlangen; neuere Veröffentlichungen: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München (3. Auflage) 1997, Krieg in Spanien 1936 – 1939, Darmstadt (2. Auflage) 2005, spanische Ausgabe 2006, zusammen mit Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936 – 2006, Nettersheim: Verlag Graswurzelrevolution 2006.

1 Vgl. Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997, S. 34 ff.; Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedin-

gungen, Frankfurt am Main 1985.

2 Vgl. Julia Macher: *Verdrängung um der Versöhnung willen?*, Bonn 2002, S. 8 f.

und Unterdrückung. Diese Aspekte ließen und lassen sich nicht trennen.

Bestimmte politisch-kulturelle Kontexte scheinen geradezu »Erinnerungsschübe« zu bewirken. Im spanischen Fall ist dies ganz offensichtlich. Denn während in der Phase der Transition – aus weiter unten näher zu erläuternden Gründen – die Erinnerungskulturen eher ein Schattendasein führten, erfolgte um die Jahrtausendwende, während der zweiten Legislaturperiode der konservativen Regierung des *Partido Popular*, ein Erinnerungsschub, der – bis heute – eine außergewöhnliche Beschleunigung in der Verarbeitung von Krieg und Diktatur zur Folge hatte. Wie Krieg und Franquismus erinnert werden sollten, bewegte plötzlich – viel mehr als in den zwei vorhergehenden Jahrzehnten – die Öffentlichkeit.

In Spanien gibt es Platz für viele Erinnerungen – sowohl seitens der Sieger als auch der Besiegten. Diesen Platz gilt es zu füllen, und die neueste Erinnerungsoffensive trägt dem Rechnung. Sie ist im eigentlichen Sinn keine Spätfolge von Verdrängung und dem viel zitierten »Schweigepakt« der Transition, sondern Teil jenes Gedächtnisbooms, der seit einigen Jahren zu beobachten ist. Sie folgt den spezifischen politischen Konjunkturen dieses Gedächtnisses, das sich schwerpunktmäßig mit den Opfern auf der republikanischen Seite beschäftigt.

Ein Blick zurück: Franco-Regime und Erinnerungspolitik

Bevor im folgenden auf die Geschichtspolitik und die Erinnerungsansprüche in der spanischen Demokratie (1975-2005) eingegangen wird, soll einleitend kurz die Erinnerungsgeschichte des Bürgerkriegs in den knapp vierzig Jahren franquistischer Diktatur angesprochen werden, die oftmals eher einer Geschichte ihrer politischen Instrumentalisierung glich. Vergangenheit ist schon immer für politische Zwecke der Gegenwart in die Pflicht genommen worden. Erinnerung und die öffentliche Inszenierung von Erinnerung waren und sind somit eminent politisch. Die vollständige Niederlage der Republikaner 1939 führte zu einer ebenso totalen erinnerungspolitischen Neuorientierung. Traditionspflege hatte fortan aus der Sicht der Sieger zu erfolgen.

Erinnerungspolitik betrieben die Franquisten vom ersten Tag des Bürgerkrieges an. Sie bemächtigten sich sofort des öffentlichen Raums, eliminierten demokratische Symbole, änderten Straßen- und Ortsnamen, richteten Feierlichkeiten und Kundgebungen aus. Sie unternahmen vielfältige Anstrengungen, um durch symbolische Politik ihre Herrschaft zu legitimieren und das entstehende Regime zu stabilisieren. Von Anfang an und dann während der gesamten Franco-Ära versuchte das Regime durch *damnatio historiae*, jegliche historische Erinnerung, die sich nicht in die Tradition des Aufstandes vom 17./18. Juli 1936 einreihen ließ, auszuschalten: physisch durch Ermordung aller exponierten Kräfte der republikanischen Seite, politisch durch kompromißlose Machtaufteilung unter den Siegern, intellektuell durch Zensur und Verbote, propagandistisch durch einseitige Indoktrinierungen, kulturell durch Eliminierung der Symbole jenes angeblichen »Anti-Spanien«, das in zermürbender Langsamkeit drei Jahre lang bis zur bedingungslosen Kapitulation bekämpft worden war. Es ging den Siegern immer darum – mal direkt

und brutal, mal vermittelt und subtil -, ihre Herrschaft in die Tradition einer weit zurückreichenden, glorreichen Vergangenheit einzuordnen und sich selbst in der historischen Kontinuität imperialer Großmacht-politik zu präsentieren.³

Die Erinnerungspolitik umfaßte Zeit und Raum gleichermaßen. Was die Zeit betrifft, begann das »nationale« Lager sogar eine neue Zeitrechnung: 1936 hieß »Erstes Triumphjahr« (*Primer Año Triunfal*), 1939 »Siegesjahr« (*Año de la Victoria*). Im übrigen wurde ausführlich aus der Geschichte geschöpft, vor allem aus den Epochen, die als die Glanzzeit Spaniens gedeutet wurden: das ausgehende 15. Jahrhundert unter der Herrschaft der Katholischen Könige, sodann das imperiale 16. Jahrhundert mit Karl V. und Philipp II. als dominierenden Monarchen. Die folgenden Jahrhunderte der Dekadenz, vor allem auch das 19. Jahrhundert als Zeitalter des negativ gedeuteten Liberalismus, wurden weitgehend ausgeblendet.

Was den Raum betrifft, so ergriffen die neuen Machthaber von der Topographie symbolisch Besitz, indem die Namen von Orten, Straßen, Gebäuden, Institutionen geändert und mit neuen historisch-politischen Assoziationen versehen wurden. Der traditionelle Dom der Schutzheiligen Spaniens, der Virgen del Pilar in Zaragoza, wurde zum »Heiligtum der Rasse«; die meisten Hauptstraßen erhielten die Namen *Avenida del Generalísimo* oder *Avenida de José Antonio Primo de Rivera*. Bei der Ritualisierung der politischen Erinnerung spielte die Kirche viele Jahre hindurch eine wichtige Rolle.

Die franquistische Erinnerungspolitik diente einem einzigen Zweck: das eigene Regime zu legitimieren, es als quasi selbstverständliche Konsequenz der Entwicklung in der Tradition der glorreichen spanischen Geschichte zu verankern, zugleich die Erinnerung an die Gegenseite – die Liberalen und die Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, Freimaurer und Juden ... – auszulöschen.

Die Verdrängung der Geschichtserinnerung

Nach dem Ende der Franco-Ära konnte das Land erstaunlich schnell den Übergang in die Demokratie bewältigen. Während des Franquismus und danach war der Bürgerkrieg im politischen und historischen Diskurs stets obligater Bezugspunkt; kaum jemand versäumte es, auf den Ursprung des Franco-Regimes im Krieg hinzuweisen. Und der nach 1975 einsetzende Boom an Bürgerkriegsliteratur entsprach einem verbreiteten Bedürfnis in weiten Bevölkerungskreisen nach Information und Aufklärung, nachdem in den Jahrzehnten zuvor die Geschichtsschreibung vielfach zur Legitimation des Siegerregimes instrumentalisiert worden war.⁴

Es stand zu erwarten, daß im demokratischen Spanien an den Jahrestagen des Bürgerkrieges verstärkte Aktivitäten stattfinden würden, um dem Informations- und Aufklärungsbedürfnis der Bürger nachzukommen. Die Jahrestage 1976/1979 fielen allerdings voll in die politisch aufgewühlte Transitionsphase; sowohl die Politiker als auch die Zivilgesellschaft mußten all ihre Energien auf die Bewältigung des Übergangs von der Diktatur in die Demokratie konzentrieren. Als diese Gratwanderung erfolgreich abgeschlossen war und seit 1982 die Sozialistische Partei unangefochten regierte, bot der Jahrestag 1986 zum ersten Mal im redemokratisierten Spanien die Gelegenheit, ohne

3 Vgl. hierzu Walther L. Bernecker, Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006, Nettersheim 2006, S. 151-227.

4 Zur Transition vgl. Walther L. Bernecker: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 1997, S. 213-232.

staatlich verordnete ideologische Vorgaben des Bürgerkriegsbeginns vor 50 Jahren zu gedenken. Zweifellos gab es 1986 auch öffentliche Veranstaltungen, die an den Bürgerkriegsbeginn erinnerten (während der Jahrestag des Kriegsendes 1989 praktisch unbeachtet verstrich); aber gemessen an der überragenden Bedeutung, die dieser Krieg für das Spanien der Gegenwart hat, hielten sich die Rückblicke eher in Grenzen. Die meisten Veranstaltungen waren ohnehin in die eher »entschärfte« Domäne der Historiker übergegangen. Denn darin waren sich nahezu alle politisch und wissenschaftlich Verantwortlichen einig: Keine erneuten Rechtfertigungen, sondern Erklärungen waren gefragt; nicht die Opas, die den Krieg geführt hatten, sondern die jungen Akademiker, die ihn nur über Quellen und Literatur kannten, waren die Protagonisten der Veranstaltungen. Und auf diesen selbst wurde immer wieder mahnend dazu aufgefordert, »objektiv« und »historisch distanziert« zu argumentieren, da man doch über ein längst vergangenes Ereignis spreche, das seit langem schon Teil der »Geschichte« sei.

Ergebnis dieser Tagungen und Kongresse waren mehrere Sammelbände, die ein weitgehend ausgewogenes Bild des Bürgerkrieges präsentierte; verbreitete historische Zeitschriften (etwa *Historia 16*) und Tageszeitungen mit hohen Auflagen (*El País* u. a.) brachten vielfältige Bürgerkriegsbeiträge.⁵ Im Gegensatz zu diesen historiographischen Beiträgen ließ sich das »offizielle« Spanien so gut wie nicht vernehmen. Im Juni 1986, wenige Wochen vor dem eigentlichen Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns, standen Parlamentswahlen auf der politischen Tagesordnung, bei denen es für die regierende Sozialistische Partei um den Erhalt ihrer absoluten Mehrheit ging, und in dieser politisch heiklen Situation durften Wähler der Mitte und der gemäßigten Rechten nicht verunsichert oder gar verschreckt werden, indem öffentlich und über Massenmedien auf die Spaltung der spanischen Gesellschaft in den dreißiger Jahren hingewiesen wurde. Damals war ja die Sozialistische Partei eindeutig auf dem linken Spektrum des politischen Lebens angesiedelt gewesen.

Die einzige Verlautbarung aus dem Moncloa-Palast – Ministerpräsident Felipe González verkündete sie als Regierungschef aller Spanier, nicht als Generalsekretär der Sozialistischen Partei – besagte, der Bürgerkrieg sei »kein Ereignis, dessen man gedenken sollte, auch wenn er für die, die ihn erlebten und erlitten, eine entscheidende Episode in ihrem Leben darstellte«. Inzwischen sei der Krieg jedoch »endgültig Geschichte, Teil der Erinnerung und der kollektiven Erfahrung der Spanier«; er sei »nicht mehr lebendig und präsent in der Realität eines Landes, dessen moralisches Gewissen letztlich auf den Prinzipien der Freiheit und der Toleranz basiert«.⁶

Sicherlich sind derartige Äußerungen in Zusammenhang mit dem demokratischen Neuaufbau nach 1975 und dem Schlüsselwort beim Abbau der Diktatur zu sehen: *consenso*, Zusammenwirken aller. Die traumatische Erfahrung von Bürgerkrieg, brutalster Gewaltausübung und gesellschaftlicher Spaltung dürfte unausgesprochen den Hintergrund vieler Haltungen und Maßnahmen in der Übergangsphase zur Demokratie gebildet haben: für die Akzeptierung der Monarchie durch die republikanischen Sozialisten, für die gemäßigten Positionen der Kommunisten, für das Zusammenwirken aller politischen Kräfte bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung. Die neue Demokratie

5 Vgl. etwa die monographischen Sondernummern zum Spanischen Bürgerkrieg folgender Zeitschriften: *Cuenta y Razón* Nr. 21, Sept.–Dez. 1985; *Arbor* Nr. 491/492, 1986; *Studia Historica* Nr. 4, Bd. III, 1985; *Letras de Deusto*, Bd. 16, Nr. 35, Mai–Aug. 1986; *Aportes* Nr. 8, Juni 1988; als Tagungsbände vgl. Universität de València, Facultad de Geografía i Història: *Estudis d'Història Contemporània del País Valencià*, Valencia o. J.; Julio Aróstegui (Hg.): *Historia y Memoria de la Guerra Civil. Encuentro en Castilla y León*. 3 Bde., Valladolid 1988; als Sammelbände vgl. Manuel Tuñón de Lara u. a.: *Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt a. M. 1987; Ramón Tamames: *La guerra civil española. Una reflexión moral 50 años después*, Barcelona 1986.

6 »Una guerra civil no es un acontecimiento conmemorable«, afirma el Gobierno, in: *El País*, 18. Juli 1986, S. 17.

sollte nicht von einem Teil gegen den Willen des anderen, sondern möglichst unter Mitwirkung aller politischen Lager aufgebaut werden. Voraussetzung hierfür aber war die Wiederversöhnung aller ehemals verfeindeten Lager. Nicht alte, noch ausstehende Rechnungen sollten beglichen, sondern ein endgültiger Schlußstrich unter die Kämpfe und Feindschaften der Vergangenheit gezogen werden. Dieser Wunsch nach Aussöhnung und die Angst davor, alt-neue, nicht verheilte Wunden wieder aufzureißen, mögen die regierenden Sozialisten – die zu den Hauptverlierern des Bürgerkrieges gehörten! – mitbewogen haben, den Jahrestag 1986 offiziell nicht zur Kenntnis zu nehmen, ja: zu verdrängen, und außerdem politisches Verständnis für die ehemals »andere« Seite zu zeigen. Weiter heißt es nämlich in der Moncloa-Erklärung, die Regierung wolle »die Erinnerung an all jene ehren und hochhalten, die jederzeit mit ihrer Anstrengung – und viele mit ihrem Leben – zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie in Spanien beigetragen haben«; zugleich gedenke sie »respektvoll jener, die – von anderen Positionen aus als denen des demokratischen Spanien – für eine andere Gesellschaft kämpften, für die viele auch ihr Leben opferten«. Die Regierung hoffe, daß »aus keinem Grund und keinem Anlaß das Gespenst des Krieges und des Hasses jemals wieder unser Land heimsuche, unser Bewußtsein verdunkle und unsere Freiheit zerstöre. Deshalb äußert die Regierung auch ihren Wunsch, daß der 50. Jahrestag des Bürgerkrieges endgültig die Wiederversöhnung der Spanier besiegle.«

Die bis 1996 regierenden Sozialisten griffen auf die Erblast der Angst als Folge des Krieges zurück, um ihre politische Vorsicht abzusichern, um keine radikalen Veränderungen vorzunehmen, die möglicherweise die Stabilität des Systems gefährden könnten. Die in Spanien nach 1975 relativ schnell erreichte Stabilität hatte ihren politischen und moralischen Preis, der soziopolitische Friede mußte erkauf werden.⁷ Das Überleben des franquistischen Symbolsystems erinnerte daran, daß die politische Reform aus einem Pakt hervorgegangen war, der innerhalb der autoritären Institutionen ausgearbeitet wurde und schließlich zur Transition führte.

Die Tatsache, daß es keinen klaren demokratischen Bruch mit der franquistischen Diktatur gab, hat einen Schatten auf jene Bereiche der Vergangenheit geworfen, die von Pierre Nora »Orte des Gedächtnisses« genannt werden.⁸ Die *transición* stellte eine Art Ehrenabkommen dar, durch das die Kompensation der Franquisten für die Übergabe der Macht in der Praktizierung einer kollektiven Amnesie erfolgte. Dies gilt nicht nur für die konservativen Übergangsregierungen der Jahre 1977-1982; dies ist nicht weniger gültig für den *Partido Socialista Obrero Español*: Mit ihrer Geschichtslosigkeit setzte die spanische Sozialdemokratie den in der Franco-Zeit erzwungenen Gedächtnisverlust des Volkes fort. In beiden Fällen diente die Marginalisierung und Verdrängung von Geschichte der Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse.

Ein weiterer wichtiger Grund für die offizielle Verdrängung des Bürgerkrieges dürfte in dem ideologischen Konsens gelegen haben, der in den Jahren der Transition und des darauf folgenden ökonomischen Aufschwungs die spanische Gesellschaft bestimmte und der auf die Begriffe Modernisierung und Europäisierung gebracht werden

7 Vgl. Gregorio Morán: *El precio de la transición*, Barcelona 1991.

8 Vgl. Pierre Nora (Leitung): *Les lieux de mémoire*, Paris 1984.

kann. Hintergrund der Fortschrittsgläubigkeit, des extrovertierten Konsumrausches und der ungezügelten Europa-Euphorie jener Phase war ein tiefsitzender Minderwertigkeitskomplex gerade in bezug auf diesen Fortschritt und dieses Europa, von dem das Franco-Regime sich zuerst bewußt abgekoppelt hatte (»Spanien ist anders«) und von dem es zuletzt aus politischen und ökonomischen Gründen ferngehalten worden war. Philosophen, Schriftsteller und Politiker haben sich immer wieder die Frage nach den Gründen für Spaniens »Rückständigkeit« gestellt. Der Bürgerkrieg gilt in dieser Debatte als das historische Ereignis, durch das die Rückständigkeit der Spanier am klarsten zum Ausdruck kam, der Schlußpunkt in einer ganzen Reihe fehlgeschlagener Modernisierungsversuche.

Die Folge des Bürgerkrieges, die Installierung des Franco-Regimes, führte nach 1945 zum Ausschluß Spaniens aus der internationalen Staatengemeinschaft, zur Ächtung und zum wirtschaftlichen Boykott. Minderwertigkeit, Isolierung und Spaltung in Sieger und Besiegte wurden in Spanien mit dem Bürgerkrieg und seinen Folgen assoziiert. Die Öffnung des Landes zur Demokratie, zu Fortschritt und zu Europa war eine bewußte Abkoppelung von dieser unerwünschten Vergangenheit.

In nahezu allen Kommentaren über das Bewußtsein der spanischen Bevölkerung in bezug auf den Bürgerkrieg wurde in den achtziger Jahren auf die Indifferenz vor allem der Jugend gegenüber der jüngsten Vergangenheit hingewiesen. Amtliche Stellen zeigten ein auffälliges Desinteresse, diesen Zustand zu ändern: König und Regierung sprachen vor allem von Wiederversöhnung, staatliche Instanzen predigten unaufhörlich das Thema Europa. Im Jahr 1986 beging Spanien nicht nur den 50. Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns; es war auch das Jahr, in dem das Land Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaften wurde und sich endgültig für den Verbleib in der NATO entschied. Hatte der Bürgerkrieg den (erneuten) Beginn eines historischen »Sonderwegs« markiert, so stellte spätestens das Jahr 1986 die Rückkehr Spaniens zur europäischen »Normalität« dar.

Sicher hing die Geschichtslosigkeit der jüngeren Generationen auch mit der jahrzehntelangen Instrumentalisierung von Geschichte im Franquismus zusammen, die im Nach-Franquismus in Gleichgültigkeit oder sogar in Ablehnung umschlug. In diesem Zusammenhang verdienen die Überlegungen des Philosophen José Luis L. Aranguren referiert zu werden, der davon sprach, daß die nachfranquistische Gesellschaft Spaniens eine neue Beziehung zu ihrer Geschichte eingegangen sei, daß sie keine Dogmen mehr übernommen habe, sich von der Vergangenheit distanzieren (im Gegensatz zur früheren Identifizierung) und in ihrer kollektiven Erinnerung eine Wende vollzogen habe.⁹ Diese »historische Mutation« hänge damit zusammen, daß die Spanier früher vom Gewicht eines »Volkes mit Universalgeschichte« erdrückt worden seien.

Die vorherrschende spanische Kultur war zu Beginn der Neuzeit, im literarisch glänzenden »Siglo de Oro«, eine Kultur der Gegenreformation, später dann eine Kultur der Antimodernität. Der Franquismus kann als letzter Versuch betrachtet werden, zumindest in seiner Frühphase sich in diese Tradition der Antimodernität einzureihen. Die »prämodernen« Kulturelemente gingen in der Spätphase des Fran-

9 José Luis L. Aranguren: Por qué nunca más, in: Ramón Tamames: La guerra civil española. Una reflexión moral 50 años después, Barcelona 1986, S. 171-184.

quismus, seit dem Wirtschaftsboom der sechziger Jahre, rapide verloren. Der Verlust erzeugte nicht so sehr einen expliziten Anti-Franquismus als vielmehr einen Nicht-Franquismus, eine Skepsis gegenüber der Politik, die zwar in den ersten Jahren nach 1975 einem bewußten Engagement wich, sehr schnell jedoch wieder zur distanzierten Skepsis wurde, als die Hauptziele des friedlichen Wandlungsprozesses – die Sicherung der Demokratie und eine Übertragung der Macht an die linke Mitte – erreicht zu sein schienen.

Auf der Grundlage derartiger Überlegungen könnte es für das offizielle Verdrängen des Bürgerkrieges und das äußerst laxen Umgehen mit den franquistischen Symbolen im Übergangsprozeß in die Demokratie somit auch eine weit einfachere als die politisch-ideologische Erklärung geben: Es stellt sich die Frage, ob die vom Franquismus propagierten Werte in der spanischen Gesellschaft überhaupt je Fuß gefaßt haben, ob die Symbole und die Ästhetik des Regimes mehr als resigniert-unbeachtet hingegenommene Oberflächensymptome waren. Die Ideologie des Regimes – wenn es sie denn je gegeben hat – war spätestens seit dem Ende der fünfziger Jahre einem steten Auflösungsprozeß unterworfen gewesen; in den Schlußjahren der Diktatur war sie praktisch inexistent. Eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dieser Ideologie, mit den Symbolen und den äußeren Merkmalen des franquistischen Regimes war nach 1975 deshalb nicht nötig; es handelte sich ohnehin nur noch um inhaltsleere Hüllen, die kaum jemand mehr ernst nahm. Auch das erklärt die Art, wie die spanische Gesellschaft lange Zeit mit ihrer diktatorischen Vergangenheit umging. Sie betrachtete sie als überlebt und gab sie dem Vergessen anheim.

Über den Bürgerkrieg, noch mehr sogar über die ersten Jahre der Franco-Ära, legte sich zumindest im politischen Diskurs für längere Zeit eine Decke des gesellschaftlichen Schweigens; wahrscheinlich erachteten es die Demokratisierungs-Generationen nicht für ratsam, auf eine derart konfliktbeladene Epoche zurückzublicken. Auf dem Altar der Ausgleichsmentalität wurden auch jene Gedenkveranstaltungen geopfert, die viele von der Regierung 1986 bzw. 1989 oder auch 1996 erwartet hatten. Statt dessen lautete die offizielle, nach beiden Seiten hin gleichermaßen abgesicherte Parole: »Nie wieder!« Der Bürgerkrieg wurde als »Tragödie« bewertet, als Krise, die den Zusammenbruch aller Werte des Zusammenlebens heraufbeschwor; nicht von den Gründen und Verantwortlichkeiten für diese Tragödie war die Rede, sondern von den Folgen der »tragischen Krise«.

Im Sommer 1983 ließ die Zeitschrift *Cambio 16* eine repräsentative Umfrage über den Bürgerkrieg durchführen.¹⁰ Danach bezeichneten 59 % der Befragten den Bürgerkrieg als ein Thema von Interesse, und 57 % hielten den Krieg für das wichtigste Ereignis zum Verständnis des gegenwärtigen Spaniens; zugleich hielten sich aber 76 % für schlecht informiert. Fast drei Viertel aller Befragten (73 %) sahen im Bürgerkrieg eine beschämende Epoche in der Geschichte Spaniens, die besser vergessen werden sollte; genau die Hälfte der Befragten war der Meinung, daß auf beiden Seiten für die Freiheit und den Fortschritt Spaniens gekämpft worden war, und ganze 48 % stimmten der Auffassung zu, daß alle Handlungen Francos ihren Beweggrund in seiner großen Liebe zu Spanien hatten. Auf die Frage: »Wenn Sie heute Partei ergreifen müßten: Für welche von beiden Seiten wären Sie zu

10 *Cambio 16* Nr. 616-619 vom 26. September bis 10. Oktober 1983.

kämpfen bereit?«, antwortete fast die Hälfte (48 %): für keine von beiden.

Die Antworten dieser Umfrage der achtziger Jahre lassen das Ausmaß deutlich werden, in dem der Krieg das Bewußtsein der Nachfolgenerationen geprägt hat, die ihn längst nicht mehr erlebt haben. Zum Zeitpunkt der Umfrage bestand die große Mehrheit des spanischen Volkes aus jenen, die den Krieg nur in seinen Folgen erlitten hatten. Und jene überwältigenden 73 %, die den Krieg für eine beschämende Epoche hielten, die besser vergessen werden sollte, drückten mit dieser Meinung ihr Interesse daran aus, nicht auf die alten Kriegsgeschichten zurück-, sondern von der versöhnten Gegenwart aus in die europäische Zukunft vorauszublicken.

Zwischen Erinnern und Vergessen: Das Spanien der Republik

Nach dem Tod des Diktators war die Amnestiefrage rasch zu einem Hauptanliegen der Opposition und deren Lösung zugleich zur politischen Bewährungsprobe für das Regierungslager geworden. Die Forderung nach einer umfassenden Amnestie wurde gleichsam zum Kristallisationspunkt für alle Veränderungswünsche. Da die Amnestie sich auf die Taten beider Seiten erstreckte und deren symbolische Bedeutung als Haupttakt der nationalen Versöhnung nicht gefährdet werden sollte, durften keine einseitigen Schuldzuweisungen erfolgen. Das gesamte politische Spektrum bekannte sich zu einer »Amnestie aller für alle« – so der baskische Nationalist Xavier Arzallus –, die ein besonders leidvolles Kapitel der spanischen Geschichte besiegeln und die Grundlage für einen Neuanfang legen sollte.¹¹

11 Zur Amnestie nach 1975 vgl. Paloma Aguilar: *Memoria y olvido de la Guerra Civil española*, Madrid 1996.

Bilanziert man diesen vergangenheitspolitischen Schlußstrich im Lichte der Bürgerkriegskategorien, so kann die Versöhnungsrhetorik nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Lager der »Verlierer« insgesamt einen deutlich höheren Preis für die Wiedergewinnung der Demokratie zu zahlen hatte. Denn zur Niederlage im Krieg und deren unmittelbaren Folgen gesellte sich in der Regel die politische und sozialökonomische Diskriminierung von knapp 40 Jahren Diktatur.

Die offizielle Anerkennung der einstigen Verlierer als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft war jedoch nicht allein mit juristischen Mitteln zu bewerkstelligen. Vielmehr galt es auch, das einst unterlegene Spanien in seiner Identität ernst zu nehmen und dessen besondere Geschichte als einen integralen Bestandteil der, wenn man so will, »nationalgeschichtlichen« Erfahrung zu begreifen. Die Wiederaufnahme der Republikaner in den Schoß der postfranquistischen Gesellschaft stand somit offenkundig unter der Bedingung, die Kämpfe von gestern und selbst die Erinnerung daran im Exil zu lassen. Und wer hierzu nicht bereit war, blieb letztlich außerhalb des politischen Konsenses.

Über diesen Verzicht auf Erinnerung wird bis heute spekuliert, und manche Kritiker sehen hier anstelle von kluger Zurückhaltung im Interesse von Freiheit und Demokratie eher die verbreitete Furcht der Opposition vor dem alten Establishment am Werke. Nicht zufällig ist daher in der Rückschau oftmals von einem »Pakt des Schweigens« der Eliten, gar von »kollektiver Amnesie« die Rede gewesen. Dagegen hat der Historiker Santos Juliá klargestellt, daß die Vergessensrhetorik der Transition keineswegs mit einem praktizierten Beschweigen der Ver-

gangenheit gleichgesetzt werden kann. Denn die politische Öffentlichkeit redete und erinnerte sich tatsächlich unermüdlich, wenn auch die Art dieser Erinnerungsrhetorik vor allem darauf abzielte, den Bürgerkrieg und seine Folgen von der politischen Debatte fernzuhalten.¹² Was heute wie ein Verzicht auf Erinnerung erscheinen mag, war der letztlich erfolgreiche Versuch, die explosive Wirkungsmacht der Vergangenheit rhetorisch zu neutralisieren.

Charakteristisch hierfür waren Distanzierungsstrategien, mit denen die traumatische Erfahrung der dreißiger Jahre in möglichst weite Ferne zur Gegenwart geschoben wurde. Der erste Schritt mentaler Distanzierung war bereits mit der Anerkennung des Krieges als »Bruderkrieg« und »nationale Tragödie« erfolgt. Die Kollektivschuldthese verhinderte nicht nur die späte Aufrechnung politischer Verbrechen, sondern auch die öffentliche Anerkennung der Tatsache, daß die politische Repression auf franquistischer Seite bedeutend mehr Opfer gefordert hatte. Politischer Mord, Unterdrückung, Exil und Zwangsarbeit, kurzum, die Leidensgeschichte des republikanischen Lagers verwandelte sich so in einen hochsensiblen Sperrbereich des öffentlichen Diskurses, der nur selten betreten wurde.

Zur Repolitisierung der Vergangenheit in der Regierungszeit der Konservativen

Auf die lange Regierungszeit der Sozialisten folgte 1996 der Wahlsieg des konservativen *Partido Popular*, dessen Vorsitzender José María Aznar vier Jahre lang einer Minderheitsregierung vorstehen und weitere vier Jahre mit absoluter Mehrheit regieren sollte. Das neue Selbstbewußtsein der Rechten, das proportional zur Krise der Sozialisten im Verlauf der 90er Jahre gestiegen war, sollte nicht ohne Folgen für die Geschichtspolitik insgesamt und den Blick auf die jüngste Vergangenheit im besonderen bleiben. Sichtbar wurde dies allerdings erst mittelfristig. Als neu erwiesen sich zunächst der Nachdruck und die Lautstärke, mit der eine ultrakonservativ aufgeladene Vergangenheitsdeutung zu dieser Zeit in die politische Öffentlichkeit drängte. Dabei ging es nicht nur um Teilaspekte, sondern letztlich um die Deutungshoheit über den Bürgerkrieg insgesamt.

Getarnt als Kampf gegen die vermeintliche Usurpation der Geschichte des Bürgerkrieges durch die Linke, zielte eine revisionistische Rechte mit ihren Arbeiten praktisch auf die Gesamtheit der universitär verankerten, kritischen Gesellschaftsgeschichte. Als Antwort auf das von zahllosen Einzelstudien geformte, fachhistorische Bild des Bürgerkrieges warteten die Revisionisten mit mehreren Titeln auf, deren generelle Tendenz in der Minimierung der Verantwortlichkeiten der Aufständischen lag, während die Handlungen des gegnerischen Lagers regelmäßig zu einem apokalyptischen Schreckbild gesteigert wurden. Zentraler Fluchtpunkt war hierbei stets die sogenannte Oktoberrevolution von 1934, jener Aufstandsversuch, der wie kein anderes Ereignis der kurzen republikanischen Phase die mangelnde Republiktreue der Linken belegen sollte. Und indem man den Ausbruch des Bürgerkrieges gleichsam auf diese Ereignisse vordatierte, avancierte der 18. Juli 1936 zu einer Aktion konterrevolutionärer Selbstverteidigung.

Hatte der 50. Jahrestag noch ganz im Zeichen fachhistorischer Eintracht gestanden, so kündigte sich also zehn Jahre später das Wieder-

12 Vgl. Santos Juliá: Echar al olvido. Memoria y amnistía en la transición, in: Claves de razón práctica, Nr. 129 (2002), S. 21 f.

aufflehen ideologisch verzerrter Vergangenheitsdeutungen und damit auch das Ende der in der Transition erlernten, geschichtspolitischen Zurückhaltung an.

1999 legten die Oppositionsparteien einen gemeinsamen Gesetzentwurf vor, mit dem 60 Jahre nach Kriegsende das Andenken der Bürgerkriegsexilanten geehrt und Gelder für Entschädigungszahlungen bereitgestellt werden sollten. Neben dieser Würdigung des Exils zielte der Gesetzentwurf aber auch auf eine »offizielle« Neubewertung der Kriegsschuldfrage, insofern diese erstmals auf die Verantwortlichen jenes »faschistischen Militärputsches gegen die republikanische Legalität« zugespitzt wurde. Damit aber verabschiedete sich der Text von der bisher gültigen Sprachregelung des offiziellen Spanien, die eine auf beide Lager gleichmäßig verteilte Kollektivschuld unterstellte.

Im Regierungslager war man keineswegs bereit, sich der neuen Sicht der Dinge anzuschließen. Zwar erklärten sich die Konservativen mit einem eigenen Vorschlag bereit, die Ehrung der »Opfer« zu unterstützen. Bürgerkrieg und Diktatur aber seien »überwundene Perioden«, deren Ursachen nicht zur politischen Debatte stehen dürften.¹³

In ihrer zweiten Legislaturperiode sahen die Konservativen sich sodann mit zahlreichen Anträgen und Initiativen der Opposition konfrontiert. Diese »entdeckte« in der Frage der Vergangenheitspolitik plötzlich eine neue politische Arena: In regelmäßigen Abständen legten Sozialisten und »Vereinigte Linke« von nun an Gesetzesinitiativen vor, die mit der Forderung nach Rehabilitation und Entschädigung nacheinander die verschiedenen Opfergruppen der Franco-Diktatur ins Spiel brachten. Mehr als der Sache selbst diente diese als Feldzug »gegen das Vergessen« deklarierte Kampagne aber wohl dazu, den moralischen Druck auf die Regierung zu erhöhen und diese zum Schwur zu zwingen.

Die Aussichten auf eine staatliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten blieben zunächst gering, zumal alle Umfragen für die im März 2004 anstehenden Parlamentswahlen eine Bestätigung der Konservativen im Amt voraussagten. Bekanntlich waren es dann aber die Madrider Terroranschläge vom 11. März, in deren Folge das politische Meinungsbild im Lande in kürzester Zeit umstürzte und die oppositionellen Sozialisten unverhofft den Sieg davontragen konnten. Dieses unerwartete Ergebnis weckte auf seiten der Bürgerinitiativen berechnete Hoffnungen, denn nach dem parlamentarischen Engagement in Sachen Vergangenheit in den vorangegangenen Monaten stand der PSOE nun moralisch in der Pflicht.

Die Mobilisierung kollektiver Erinnerung um die Jahrtausendwende
Im Spanien der Jahrtausendwende ist die zeitliche Parallelität eines plötzlich wachsenden gesellschaftlichen Engagements zu beobachten, das im Zusammenspiel mit verschiedenen politischen Akteuren den öffentlichen Umgang mit der Bürgerkriegserinnerung nachhaltig verändert hat. Sucht man auf zivilgesellschaftlicher Ebene nach einem Ausgangspunkt, so fällt der Blick rasch auf den aus León stammenden Lokalreporter Emilio Silva. Anfang 2000 hatte sich dieser auf die Suche nach den sterblichen Überresten seines im Bürgerkrieg verschollenen Großvaters gegeben und damit ganz unverhofft einen Stein ins

13 Carsten Humlebæk: Usos políticos del pasado reciente durante los años de gobierno del PP, in: Historia del Presente, Nr. 3 (2004), S. 161 sowie El País digital, 1. Juni 1999.

Rollen gebracht.¹⁴ Ein Artikel zu seinem Vorhaben, publiziert in einer Lokalzeitung, löste unerwartete Hilfsbereitschaft aus. Zeitzeugen meldeten sich zu Wort, und Archäologen und Gerichtsmediziner boten ihre Hilfe an. Rasch formierte sich eine lokale Bürgerinitiative, die unter dem Namen *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* (»Verein zur Rückgewinnung der historischen Erinnerung«) bald darauf zur Tat schritt. Noch im Herbst desselben Jahres kam es so – nach einer Unterbrechung von rund zwanzig Jahren – im leonesischen Priaranza del Bierzo im Nordwesten Spaniens zur Öffnung eines weiteren Bürgerkriegsgrabes.

Die Exhumierungen von León hatten für das ganze Land eine überraschende Signalwirkung: 25 Jahre nach dem Tod des Diktators rückte plötzlich die Frage nach den *desaparecidos*, den Verschwundenen des Krieges, ins öffentliche Bewußtsein. Wie selbstverständlich wurde eines der düstersten Kapitel der Zeitgeschichte aufgeschlagen, namentlich jenes der teils spontanen, teils systematischen Gewaltexzesse und Hinrichtungen, die zu Kriegsbeginn und danach auf beiden Seiten der Front durch Städte und Dörfer fegten. Ein jahrelang verborgenes Wissen um die in Straßengräben sowie auf Äckern und Feldern verscharrten Opfer des »nationalen« Lagers brach sich Bahn, und rasch machte die Zahl von 30 000 nicht identifizierten Toten die Runde. Von León ausgehend breitete sich die Bewegung mittels zahlreicher lokaler Initiativen über das ganze Land aus. So zählt die *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* mittlerweile neun regionale Arbeitsgruppen. Darüber hinaus ist eine kaum mehr überschaubare Anzahl weiterer, lokal oder regional verankerter Vereine und Bürgerinitiativen auf den Plan getreten, die – zumeist über das Internet vermittelt – die Interessen von Opfern und Angehörigen vertreten und sich an der Suche nach den Verschwundenen beteiligen. Schon bald folgten daher auch in anderen Regionen Exhumierungen.

Die Vergangenheit drängte auch über andere Kanäle in die Öffentlichkeit. Eine geradezu modische Begeisterung entfaltete sich in der Fachwissenschaft, wo man den inhaltlichen Fokus um all jene Bereiche der republikanischen Geschichte erweiterte, die bisher nur geringe Aufmerksamkeit erhalten hatten. Das größte Interesse aber erregt nach wie vor die franquistische Repression, deren Grausamkeit und Systematik seither bis in die letzten Winkel hinein ausgeleuchtet wird.¹⁵

Noch in einem anderen Sinne spielte die Erinnerungskultur eine herausragende, öffentliche Rolle. Denn zur Jahrtausendwende waren die metallenen Zeugnisse der Führer-Verehrung nach wie vor präsent. In Gestalt großer Reiterstandbilder sowie mehrerer Statuen und Bronzebüsten war der *Caudillo* zu diesem Zeitpunkt auf einigen städtischen Plätzen und Straßen noch immer gegenwärtig. Weniger auffällig, aber noch deutlich weiter verbreitet ist außerdem der Namenskanon von Mitsreitern und Kriegsschauplätzen aus dem Bürgerkrieg, der bis heute das Straßenregister unzähliger Städte und Ortschaften schmückt. Eine quantitative Erhebung zur franquistischen Straßennomenklatur ergab, daß in 79 Prozent der Provinzhauptstädte auch nach mehr als 25 Jahren in Sachen franquistischer Symbolik die Kontinuität vor dem Wandel stand.

Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit von all dem heute noch eine politisch infektiöse Wirkung ausgeht. Eine Tatsache ist aber, daß – mit

14 Vgl. Emilio Silva, Santiago Macías: *Las fosas de Franco. Los republicanos que el dictador dejó en las cunetas*, Madrid 2003

15 Zur neueren Literatur vgl. die Sammelrezension von Walther L. Bernecker: *Entre la historia y la memoria: Segunda República, Guerra Civil española y primer franquismo*, in: *Iberoamericana* Jg. III, Nr. 11, 2003, S. 227-238.

Ausnahme von Katalonien und dem Baskenland – praktisch im ganzen Land der politische Wille zur Eliminierung derartiger Relikte bisher gefehlt hat. Weniger eindeutig als dieser Befund sind im Einzelfall die zugrundeliegenden Motive. Einzelne Ortschaften waren bekannt für konservative Mehrheiten im Stadtrat, für die der Erhalt franquistischer Symbole offenbar lange Zeit eine Herzensangelegenheit darstellte. Der statistische Vergleich zeigt jedoch, daß auch Städte mit wechselnden oder stabil sozialistischen Mehrheiten nach nunmehr sieben Wahlperioden nicht notwendigerweise ein anderes Bild bieten.

Der lange Fortbestand franquistischer Herrschaftszeichen erscheint symptomatisch für die spanische Vergangenheitspolitik nach 1975. Allerdings hat die neue vergangenheitspolitische Sensibilität unterdessen auch diesen Bereich unbewältigter Zeitgeschichte in den Blick gerückt. Seither haben landesweit ganz unterschiedliche Initiativen die Forderung aufgegriffen und die Zerstörung franquistischer Symbole bisweilen sogar in die eigenen Hände genommen.

Während aber nach Jahrzehnten der Tatenlosigkeit wenigstens die Sozialisten endlich Handlungsbedarf erkannten, entschlossen sich die Konservativen im gereizten Klima ihrer zweiten Amtsperiode nun erst recht zu systematischer Blockadepolitik. Und so geriet auch die nach allen Maßstäben demokratischer Kultur längst überfällige Demontage der franquistischen Regimesymbolik zum Gegenstand neuer Streitereien und zu einem weiteren vergangenheitspolitischen Auftrag an die seit Frühjahr 2004 amtierende Regierung Zapatero.

Ausblick

Die Hoffnung der Bürgerinitiativen, von der Regierung Rodríguez Zapatero rasche finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit zu erhalten, ist zwei Jahre nach Amtsantritt weitgehend verebbt. Bis heute liegt das wiederholt angekündigte Gesetz zur Rehabilitierung der franquistischen Opfer nicht vor. Mehrere Versuche von Angehörigen, eine Revision franquistischer (Unrechts-) Urteile zu erreichen, sind von den zuständigen Gerichten abgewiesen worden.

Es ist weitgehend unstrittig, daß von Vergangenheitsarbeit überwiegend positive Impulse für die demokratische Konsolidierung eines Gemeinwesens zu erwarten sind, da sie Vertrauen in die Institutionen des Rechtsstaates schafft. Im spanischen Fall nun fand sich am Anfang der neuen Demokratie ein Generalkonsens der politischen Lager: Alle Seiten verzichteten auf eine allzu explizite Verurteilung der jüngsten Vergangenheit. Die neue Popularität des Erinnerns, die in den letzten Jahren um sich gegriffen hat, hat allerdings die Aussichten auf einen Erinnerungskonsens, auf eine einmütige Verurteilung der jüngeren von Krieg und Diktatur geprägten Vergangenheit eher erschwert. Die Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt somit, daß in Spanien eine kritische Aufarbeitung der Geschichte offenbar nur um den Preis verschärfter politischer Konfrontationen und einer Art Lagerbildung zu haben ist. Bestätigt dieses Erkenntnis nachträglich die politische Klugheit des »Schweigepaktes« der Transition?

MIRKO BEER

Bericht über die Kommandierung nach Spanien vom 10. Oktober 1936 bis 3. Juni 1939

Dr. Mirko A. Beer, Jahrgang 1905, entstammte einer jüdisch-ungarischen Familie aus Jugoslawien. Von 1924 bis 1929 studierte er in Wien Medizin. Seit 1927 Mitglied der KP Jugoslawiens, richtete er 1928 in Subotica das Balkansekretariat der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) ein. Von 1930 bis 1932 praktizierte er als Arzt in Berlin, war hier Mitglied der KPD und aktiv in der IAH. Auf Einladung des Ministeriums für Volksgesundheit der UdSSR arbeitete er ab April 1932 als Arzt in einem wissenschaftlichen Institut in Moskau.

Seit Oktober 1936 freiwillig in Spanien unter dem Namen Oskar Goryan tätig, baute er maßgebend das Sanitätswesen der Internationalen Brigaden und der republikanischen Armee auf. Theorie und Praxis eines modernen militärischen Sanitätswesens propagierte und verallgemeinerte er in der von ihm gegründeten und redigierten vier-sprachigen Zeitung »La voz de la sanidad« und in zwei zusammen mit dem spanischen Arzt Rodrigéz Perez erarbeiteten Broschüren.

Nach einer Internierung in Frankreich kehrte Mirko Beer im Juni 1939 nach Moskau zurück. Am 9. Juli 1939 übergab er an die Kader-Abteilung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) den untenstehenden Bericht über seine Tätigkeit in Spanien. Mirko Beer arbeitete nach seiner Rückkehr wieder als Arzt und Wissenschaftler. Seine beiden Broschüren wurden 1938 und 1939 für die Rote Armee ins Russische übersetzt und gedruckt.

Am 9. Juli 1941 wurde Mirko Beer wegen »der Spionage verdächtiger Beziehungen« in Moskau verhaftet. Auf die von seiner Schwester erwirkte Anfrage Dimitroffs vom 2. August 1941 antwortete die Kaderabteilung des EKKI am 17. September 1941: »Indem/ich/Ihnen die Auskunft über M. A. Beer übersende, teile ich mit, daß die Kaderabteilung des EKKI nicht über Materialien verfügt, auf deren Grundlage vor den betreffenden Organen die Frage nach Überprüfung seiner Angelegenheit gestellt werden könnte.«

Im September 1941 wurde Mirko Beer in das Saratover Gefängnis überführt, am 4. Juli 1942 von der Sonderberatung beim NKWD, einem außergerichtlichen Gremium, zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt. Offensichtlich im Zusammenhang mit dem Vordringen der Deutschen bis zur Wolga und der Gefahr der Einnahme Saratovs wurde er, wie andere politische Gefangene auch, aufgrund eines Urteils des Militärtribunals am 4. August 1942 erschossen. Seine Ehefrau erhielt 1944 von einem Moskauer Standesamt – ohne Angabe des Todesortes – die Auskunft, Mirko Beer sei am 11. August 1942 an Ruhr gestorben ...

Er war einer der am meisten geachteten ausländischen Ärzte im spanischen militärischen Sanitätsdienst. War ein guter Organisator, unermüdlich aktiv, von Anfang bis Ende führender Theoretiker des militärischen Sanitätsdienstes und verallgemeinerte die Kriegserfahrung theoretisch. Gab die erste militärische Sanitätszeitschrift in Spanien »La voz de la sanidad« und zwei Broschüren heraus. Manchmal trat er unüberlegt scharf gegen einen Menschen auf, den er für einen Feind hielt.

Aus dem Bericht Walter Fischers, Arzt aus Österreich (bis 1968 KPÖ), über seinen Einsatz in Spanien und über seinen Kollegen Mirko Beer. Auszugsweise enthalten in Mirko Beers KI-Personalakte, in: Privatarchiv Lola Debüser.

Oskar Goryan, Rodrigéz Perez: Sanitätsdienst in der Infanterieabteilung der spanischen republikanischen Armee. Übersetzung aus dem Spanischen, Volkskommissariat für Gesundheitswesen, Staatlicher medizinischer Verlag Moskau/Leningrad 1938.

Oskar Goryan, Rodrigéz Perez: Medizinischer Verteilungspunkt. Übersetzung aus dem Spanischen, Militärverlag Moskau 1939.

»Übrigens: Goryan ... Er sprach mit gleicher Geläufigkeit deutsch, ungarisch und (serbo-)kroatisch. Und später spanisch (sowie russisch – U. P.) ... Ich sehe ihn noch lebendig vor mir: groß, schlank, sehnig, im schmalen, fein und kühn geschnittenen Gesicht mit dem kleinen schwarzen Schnurrbart die tiefliegenden schwarzen Augen, beredte Zeugen von Güte, Liebe, Kühnheit und Entschlossenheit. Bei den Kämpfen ... im Spätherbst 1936 hatte er als stellv. Chefarzt der 11. Internationalen Brigade (IB) in diesem entscheidenden (Madriдер – U. P.) Abschnitt die Frontsanität auf die Füße gestellt. Wenn es damals die ersten IB waren, die den Ansturm der Faschisten auf Madrid zurückschlugen und den jungen Milizen der Spanischen Republik eine Atempause erkämpften, ... so war es Goryan, auf den sich der Chef der Madriдер Militärsanität ... in seiner Arbeit vor allem stützen konnte. Überall tauchte er auf, wo es zu helfen galt – mit langen, lautlosen Schritten ..., den Oberkörper wie forschend ein wenig vornüber geneigt ... In der 15. Division (geschaffen im Februar 1937 – U. P.), deren Chefarzt er an der Jaramafront wurde, während ich die Sanität der 15. (I) Brigade leitete, arbeiteten wir aufs engste zusammen ...
Walter Fischer: Kurze Geschichten aus einem langen Leben, Persona-Verlag Mannheim 1986, S. 147.

Am 15. Juli 1957 wurde vom Militärtribunal des Moskauer Militärbezirks eine »Bescheinigung« (russ. spravka) ausgestellt, der zu entnehmen ist, der »Fall Mirko M. A.« sei vom Militärtribunal überprüft und »wegen nichtvorhandenen Straftatbestandes« eingestellt worden. Eine offizielle Rehabilitierung Mirko Beers steht bis heute aus.

Abgefahren aus Moskau am 10. Oktober 1936. In Prag mußte ich mich 8 Tage aufhalten, bis ich vom Verbindungsmann die nötigen Papiere erhielt; in Paris ging es schneller, nach 3 Tagen konnte ich weiterfahren. Am 25. Oktober kam ich in Barcelona an.

Ich meldete mich im Parteikomitee, in der Sektion für ausländische Freiwillige, die mich am nächsten Tag weiter nach Madrid dirigierte. Am 28. Oktober kam ich in Madrid an, meldete mich im Stab des 5. Regiments. Da erfuhr ich über die Bildung einer »Internationalen Kolonne« in Albacete, der ich mich, nach der Weisung der Parteivertretung des 5. Regiments anschließen sollte; am nächsten Tag wurde ich nach Albacete befördert.

Ich schloß mich sofort dem Sanitätsdienst an, er lag damals in den Händen dreier Ärzte: Kalmonovitch' aus Paris und der zwei deutschen Ärzte Neumann und Fraenkel, die – zwar unbeschwert von militärischen Sanitätserfahrungen – doch mit großer Hingabe am Werke waren, der sich bildenden »Internationalen Kolonne« einen Sanitätsdienst zu geben. Mir wurde gleich am Tage meiner Ankunft die Leitung des chirurgischen Hospitals in Albacete, genannt »Hospital del Socorro Rojo«, anvertraut. Hier lag schon eine Reihe Verwundeter von den ausländischen Freiwilligen, die in den ersten Monaten in verschiedenen spanischen Einheiten gekämpft hatten; das Hospital diente außerdem als Durchgangsstation für die spanischen Verwundeten, die von den zentralen Frontgebieten durch Albacete in Richtung Levante strömten.

Am 4. Tag nach meiner Ankunft bekam ich den Befehl, mich der an die Front fahrenden ersten Internationalen Brigade anzuschließen. Ohne eine Ahnung von meinen Aufgaben, von der Organisation meiner Einheit, ja ohne sie einmal gesehen zu haben, setzte ich mich in den Zug nach Madrid. Die Brigadesanität konnte nicht einfacher sein: Ihr Personal bestand aus 2 Ärzten und 3 Medizinstudenten als Sanitäter, ihre Ausrüstung aus 4 Sanitätsbeuteln. Der eine Arzt war der Leiter der Brigadesanität Dr. Fraenkel, der andere ich als Chirurg und stellvertretender Brigadearzt.

Erst im Vorort von Madrid Vicalvaro sah ich zum ersten Mal unseren Stab und eines unserer Bataillone, »Dombrowsky«, und erst während der Vorgefichte unsere übrigen 2 Bataillone, das französische und das Bataillon »Edgar André«. Wir setzten uns sofort in Verbindung mit der Sanitätsleitung des 5. Regiments in Madrid; da erhielten wir unseren ersten Krankenwagen und einiges Sanitätsmaterial. Die Bataillonsärzte taten aus eigener Initiative dasselbe, und so hatten wir, als wir nach 2 Tagen in das Universitätsstädtchen zogen, unsere unentbehrliche Sanitätsausrüstung. Unentbehrlich, aber ungenügend – den Aufgaben jener ersten schweren Tage gerecht zu werden, wäre ohne die Nähe von Madrid unmöglich gewesen!

Wir kamen mit leeren Händen, und wir bekamen alles, was wir verlangten. Die Sanität des 5. Regiments und später die der »Junta de Defensa de Madrid« (Leiter: Dr. Planelles) gaben uns alles, was sie nur konnten und oft auch darüber hinaus – wir waren ihre verwöhnten Kinder. Die Nähe Madrids bedeutete für uns die Sicherstellung der ständigen Nachlieferung von notwendigem Sanitätsmaterial; sie bedeutete, daß das ganze große Hospitalsnetz der Hauptstadt für unsere Verwundeten und Kranken zur Verfügung

Peter Weiss über die – von André Marty im Auftrag des KI-Apparates geschaffene – Situation in den Internationalen Brigaden in Spanien: Im Hauptquartier der Interbrigaden, deren Organisationsapparat in den Händen der KI lag, »hatte der hierarchische Apparat einen Atavismus entwickelt, der scharf abstach vom Anliegen des Kampfs. Daß der oberste politische Leiter (André Marty – U. Pl.), einem Fürsten gleich, von seinen Kreuzgängen und Steinsälen aus ein Regime persönlicher Willkür und einer an Verfolgungswahn grenzenden Anmaßung ausübte, mußte Bestürzung wecken. Bitterkeit war zu

vernehmen, daß in der proletarischen Armee Spielraum gewährt wurde für Bevormundung, Zank und Arglist.«

Peter Weiss: Ästhetik des Widerstands, Band I, Berlin (DDR) 1987, S. 205.

André Marty über Oskar Goryan (d. i. Mirko Beer): Bemerkungen über den Arzt und Kommandeur Goryan (XI. Brigade, 15. Division der Manöverarmee).
Streng geheim

1. Mit dem Gen. Goryan befaßte ich mich schon zu Beginn der Februartkämpfe bei Jarama. Damals berichtete mir der Kommandant der Base der Interbrigaden über Unzufriedenheiten mit Doktor Goryan. Nachdem Goryan zum Chefarzt der 15. Division berufen worden war, zögerte er nicht, die Sanität der 15. Division völlig zu desorganisieren. Die Division verfügte über einen chirurgischen Sanitätswagen, über mehrere Wagen der schnellen Hilfe, der Desinfektion usw. Goryan teilte das unter die verschiedenen Staffeln auf. Diese Desorganisation führte er in vollem Einvernehmen mit dem Kommandeur der 15. Brigade und dann der Division durch. Wir bewerteten diese Handlungen Goryans nicht als Versuch, den Sanitätsdienst zu verbessern (der während der Jarama-Schlacht ein ausgezeichnete war), sondern als die Absicht eines Karrieristen, der bei seinen parteilosen spanischen Militärleitern Prestige gewinnen und sich der Kontrolle der politischen, militärischen und sanitären Leitung der Internationalen Brigaden entziehen wollte.

2. Der Kommissar und Inspekteur der Internationalen Brigaden (Gallo) und ich schätzten Goryan als

stand – wir selbst besaßen ja in den ersten anderthalb Monaten nicht einmal ein eigenes Feldlazarett; sie bedeutete jene große, selbstlose Hilfe in jeder Hinsicht, die damals nur in Madrid möglich war, wo die für uns in Frage kommenden leitenden Stellen von Kommunisten besetzt waren; die Nähe Madrids bedeutete für uns nicht zuletzt den Impuls jener prächtigen politischen Atmosphäre, die diese Stadt ausstrahlte, die auch die Kampfmoral unserer Internationalen Brigaden so entscheidend beeinflusste.

Auf der anderen Seite, vom Standpunkt der Sanität, bedeutete die Tatsache, Madrid unmittelbar hinter dem Rücken zu haben, auch beträchtliche Nachteile. Es geht über den Rahmen dieses Berichts hinaus, eine Kritik der Militär-Sanitätsorganisation der Madrider Front zu geben, doch erachte ich die Erwähnung einiger allgemeiner Momente zur Charakterisierung unserer eigenen Arbeit für unumgänglich. Jede operierende Armee braucht ein sanitäres Hinterland, das den ganzen Strom der Verwundeten und Kranken aufnimmt, wo sie unter relativ günstigsten Bedingungen ihre Behandlung erhalten und von wo aus sie in der maximal möglichen Anzahl wieder zur Front dirigiert werden können. Im November 1936, als wir in Madrid ankamen, stand der Feind schon vor den Toren der Stadt – Madrid, das einzige sanitäre Sammelbecken für jene zentralen Frontabschnitte, wurde selbst zum Frontgebiet. Eine Verlegung dieses sanitären Zentrums hätte einen riesigen kriegssanitären Apparat benötigt, den die Milizen natürlich nicht besaßen. So verwandelten sich die Hospitäler von Madrid in Frontlazarette, die bald über 10000 Verwundete beherbergten. In einer Stadt unter einem ununterbrochenen Bombardement ist es kein Leichtes, einen regelrecht funktionierenden Sanitätsdienst zu organisieren, besonders wo es noch eine Anzahl erschwerender Momente gibt, wie es damals in Madrid eine ganze Reihe gab. Eine reguläre Armee gab es damals noch nicht, folglich auch keine reguläre Kriegssanität. In der Organisation der Hospitäler herrschte eine Anarchie: Jedes Syndikat, jede Partei hatte ihr eigenes Hospital, jede Kolonne oder Bataillon schickte ihre Verwundeten in spezielle Hospitäler, mit einer vollkommenen Unbekümmertheit für eine allgemeine Organisation. Nur langsam gelang es der ordnenden Hand der Sanitätsleitung, der »Junta de Defensa«, eine Organisation in dieses Gewirr hineinzubringen. Manche von diesen Hospitälern waren nichts weiter als Schlupfwinkel für feindliche Elemente, in anderen waren nicht wenig zahlreich die Unzuverlässigen, die vor der imminenten Einnahme Madrids durch die Faschisten als ihre Hauptsorge betrachteten, sich so wenig wie möglich zu kompromittieren. Ich erinnere mich an unseren ersten Schwerverwundeten aus den Vorgefechten der 11. Brigade, ich brachte ihn nach Madrid und wollte ihn in einem Hospital unterbringen, wo ich die Aufschrift las »Hospital del Partido Izquierda Republicana« – als aber der Arzt sah, daß es sich um einen Internationalen handelt, wurde ich abgewiesen. »Es gab keinen Platz«.

Trotz der erwähnten Mängel der Hospitäler Madrids blieb für uns nichts anderes übrig, als uns ihrer zu bedienen; einen eigenen Apparat zu schaffen war am Anfang bei unserer Armut an Personal und Material undenkbar. Unsere Aufgabe war nur, aus dem vorhandenen Apparat das Optimale herauszuschlagen. Uns Internationalen wurde

ein vom 5. Regiment gegründetes Hospital, das »Hospital Obrero«, zur Verfügung gestellt, wo wir alle unsere Verwundeten konzentrieren sollten. Es war in den ersten Wochen meine Aufgabe, die Behandlung der verwundeten Internationalen zu überwachen. Ich konnte diese Aufgabe nur teilweise erfüllen, denn das ausersehene Hospital erwies sich als ungenügend, und bald waren unsere Verwundeten über eine große Anzahl von Hospitälern Madrids zerstreut. Auch konnte ich mich nicht ganz dieser Arbeit widmen, denn meine Hauptaufgabe war, die Arbeit des Sanitätspostens der Brigade zu leiten; auch die Kontrolle der Front-Sanitätsposten beanspruchte Zeit; in den freien Stunden, oft nur während der Nächte, konnte ich nach Madrid fahren, um bei der Operation unserer Verwundeten mitzuhelfen, oder einfach um zu überprüfen, ob sie überhaupt die notwendige Behandlung erhalten hatten. Das war oft nicht der Fall, und ich konnte eine Reihe Unterlassungen feststellen und die entsprechende Abhilfe schaffen – viele andere blieben aber unentdeckt oder wurden erst spät und manchmal zu spät korrigiert. Der Mangel an eigenen Kadern und der Mangel an Organisationserfahrung in jener ersten Zeit rächten sich durch manche unnötige Opfer. Seit dem 20. November, als die 2. (12.) Brigade in Madrid ankam, übernahm unser Posten die Arbeit für beide Brigaden, da die 12. Brigade noch improvisierter, noch ärmer an Sanitätsmaterial und Personal aus Albacete abfuhr als die 11. Brigade; die beiden Brigaden bildeten in den nächsten Wochen vom Standpunkt der Sanität praktisch eine Einheit.

Die Arbeit unserer Sanität erstreckte sich nicht nur auf unsere eigenen Einheiten, sie wurde zu einem bedeutenden Teil in Anspruch genommen von der Versorgung der Verwundeten aus den uns angrenzenden spanischen Einheiten (es handelte sich hier um die erste Hilfe, nicht um die operative Versorgung). Eine regelrechte militärische Organisation der Sanität gab es damals nicht; die Organisationsmängel der Sanität waren ein Spiegelbild der militärischen Organisationsmängel der sich in eine reguläre Armee verwandelnden Milizen. Jede Brigade, manchmal sogar einzelne Bataillone besaßen ihren autonomen Sanitätsdienst, der unabhängig von allen anderen Nachbareinheiten funktionierte. Seit Dezember machten wir eine Reihe Versuche, die Sanität der verschiedenen Einheiten an unseren Frontabschnitten zu koordinieren; wenn wir auch keine dauernden Erfolge erzielten, erreichten wir doch, daß die Sanität unserer Brigade zum Kristallisationspunkt einer höheren Sanitätseinheit wurde; von den Verwundeten, die durch unseren Brigadeposten durchgingen, waren bald ungefähr dreiviertel Spanier. Unser Einfluß wurde erleichtert durch Umstände: Seit Dezember 1936 ging die 11. Brigade daran, größere Gruppen von spanischen Kämpfern in die Brigade einzureihen, außerdem wurden auch geschlossene spanische Bataillone der Brigade zugeteilt; der zweite Umstand war die Ernennung unseres Brigadekommandeurs (G. Kleber) zum Chef des Nordsektors der Madrider Front. Beide Umstände brachten uns überhaupt erst in einen engen Kontakt mit den spanischen Einheiten; die bessere Kenntnis der jeweiligen militärischen Situation, vermittelt durch die Sektorleitung, gab uns die Möglichkeit, besser vorauszusehen und somit auch besser zu organisieren.

Intriganten und Karrieristen ein, der sich eigenwillig der Kontrolle des Internationalen Sanitätsdienstes und der Base der Internationalen Brigaden entzog und in eine militärische Einheit (die 15. Division) wechselte, in der es keine einzige internationale Abteilung gab. Indem Goryan sich der Kontrolle der Internationalen Brigaden entzogen hatte, wich er im Grunde der Parteikontrolle aus. Die spanischen Kommunisten scheuten sich, die Kommunisten-Internationalisten zu kontrollieren, weil sie sie für schon überprüft hielten.

3. Demzufolge befand sich Goryan in der ganzen Zeit nach dem Februar 1937 außerhalb unseres Gesichtskreises. Das erlaubte ihm, aus karrieristischen Erwägungen heraus zu spanischen Elementen in Beziehung zu treten, die den Interbrigaden gegenüber feindselig eingestellt sind. Gerade auf diesem Wege der Intrigen stieg er zum Leiter des Sanitätsdienstes der Manöverarmee von Levante auf.

4. Die ganze Rolle Goryans muß gründlich beleuchtet werden. Das kann nicht anders erreicht werden als durch eine möglichst vollständige Untersuchung des Sanitätsdienstes der Interbrigaden als des Zentrums der feindlichen Elemente, das gegen die Interbrigaden gerichtet ist, als des Zentrums der Antikommunisten und Trotzlisten. Aus diesem Grunde sollte man nach meiner Meinung Goryan keine verantwortlichen Aufgaben übertragen. Mit seiner Abreise in die UdSSR waren wir nur deshalb einverstanden, um noch ausführlicher seine Position aufzudecken.

19. XI. 39, Marty.

P. S. Das Mitgliedsbuch eines Mitglieds der KP Spaniens wurde Goryan nur deshalb ausgehändigt, weil alle oben angeführten Fakten den Genossen, die sich mit seiner Arbeit befaßten, unbekannt waren. Marty Quelle: Mirko Beers KI-Akte in russischer Übersetzung aus dem Französischen; hier aus dem Russischen übersetzt

Unsere Verbindung mit der Sanitätsleitung der Base der Internationalen Brigaden in Albacete brachen mit der Abfahrt unserer Brigade an die Front praktisch ab. Unsere materielle Belieferung erfolgte – wie schon gesagt – ausschließlich von Madrid aus, unseren Anforderungen an Personal kam man aus Albacete nicht, oder nur mit großer Verspätung nach. Wenn die Base-Sanität uns organisatorische Weisungen gab, strahlte daraus nur Unkenntnis der Lage oder Unverständnis für die Frontinteressen. Ich will zwei Beispiele anführen: In dem aus Albacete erhaltenen Organisationsplan der Sanität für unsere Brigade wurde Arganda (Städtchen auf der Madrid-Valencia-Straße) als Ort für das Feldlazarett bestimmt. Abgesehen von der Entfernung – über 50 km von der Linie! – hat der Plan vergessen, daß zwischen der Front und dem genannten Ort sich Madrid befindet.

Eine wichtige Streitfrage zwischen uns, der Sanität der 11. Brigade und der Sanitätsleitung der Base war die der sogenannten Rekuperationshospitäler. Die Effektivität der Rekuperation (Wiedereinreihung der genesenen Verwundeten und Kranken in ihre Einheit) ist einer der wichtigsten Maßstäbe für die Leistungsfähigkeit jeder Kriegssanität. Nun geschah, daß die aus den Madrider Hospitälern ins Hinterland evakuierten Leichtverletzten nur ausnahmsweise zur Brigade zurückkehrten, nämlich dann, wenn sie aus eigenen Stücken die Rückreise unternahmen, sie »desertierten« sozusagen zur Front. Für die schnelle Wiederkehr der übrigen sorgte niemand, im Gegenteil, sie wurden wider ihren Willen in der Base zurückgehalten. Der Rekuperationsdienst unserer Hinterlandssanität funktionierte absolut nicht. Deshalb gingen wir Anfang Dezember selbst daran, eigene Rekuperationsstellen im nahen Hinterland zu schaffen. Das vorhin erwähnte und von der Base zum Feldlazarett vorgeschlagene Hospital wurde als Rekuperationsstelle für die 11. und 12. Brigade verwendet; im selben Monat wurde noch ein weiteres Hospital ähnlichen Charakters geschaffen. Sie konnte das Problem der Rekuperation unserer Kämpfer natürlich nicht vollständig lösen, sie waren außerdem wegen ihrer kleinen Kapazität auch unökonomisch, doch waren sie der erste Versuch zur Lösung dieser wichtigen Frage. Unsere Maßnahmen wurden von der Base mißbilligt und nur als vollzogene Tatsache anerkannt.

Am 1. Januar 1937, nach dem Abgang Dr. Fraenkels, wurde ich zum Chef der Sanität der 11. Brigade ernannt. Von da an hörte meine Tätigkeit als Chirurg auf, da die organisatorische Arbeit mich vollkommen in Anspruch nahm, nur selten kam ich wieder dazu, mich hier und da mal chirurgisch zu betätigen.

Ende Dezember 1936 kamen aus Albacete zur 11. Brigade die ersten 2 chirurgischen Equipen mit allem notwendigen Inventar, was uns erlaubte, unser eigenes Feldlazarett zu schaffen. Die Effektivität unserer Sanität nahm damit bedeutend zu; die Erfahrungen, die wir selbst dabei gewonnen haben, waren im späteren ebenfalls von beträchtlicher Bedeutung, sie dienten der Base in der Schaffung aller unserer – und nicht nur unserer – späteren mobilen chirurgischen Equipen.

Nach den schweren Verlusten unserer Brigade in der ersten Dekade vom Januar 1937 in den Kämpfen bei Las Rozas wurde sie aus der Linie zurückgezogen und zur Reorganisierung ins Hinterland

nach Murcia geschickt. Die Sanität der Brigade bat um die Erlaubnis, an der Front bleiben zu dürfen, um den die 11. Brigade ablösenden Einheiten helfen zu können, was auch bewilligt wurde. Während dieses einen Monats relativer Ruhe stellten wir uns zur Verfügung der 12. und 14. Internationalen Brigade, die damals im Norden Madrids operierten, sowie den sich in der Nähe befindlichen spanischen Einheiten. Eine kurze Zeit war ich auch in Murcia, um die Reorganisation der Sanität in den Bataillonen der 11. Brigade zu leiten.

Damit schließt die erste Etappe meiner Tätigkeit ab. Sie war für mich die schwerste während des ganzen Krieges; an diese 3 Monate knüpfen sich meine größten Erlebnisse. Die Erfahrungen, die ich in jener ersten Zeit gesammelt, wurden zur Grundlage meiner Arbeit in den nächsten 2 Jahren.

Bevor ich zur nächsten Etappe übergehe, möchte ich ein paar Worte über einige Genossen sagen, mit denen ich in dieser Zeit zusammenarbeitete. Dr. Fraenkel (K.P.D.), den ersten Chefarzt der 11. Brigade, lernte ich als ehrlichen, opferbereiten Genossen kennen, der sich aber absolut nicht für den aufreibenden Frontdienst eignete; mit seinen zerrütteten Nerven, mit seinem schweren Leberleiden konnte er auch nicht lange die Anstrengungen ertragen. Dr. Neumann (meines Wissens parteilos), der Chefarzt der Base in Albacete in den ersten Monaten, zeigte in seiner Arbeit Intelligenz und Energie; seine Irrtümer in einer Reihe von wichtigen Fragen unserer Arbeit sind z. T. aus einem Mangel an Erfahrung zu erklären, z. T. aus der Tatsache, daß sein Kompetenzkreis durch die Leitung der Base sehr beengt wurde. Er war zweifellos einer der Pioniere in der Schaffung der Sanität der Internationalen Brigaden.

Jaramaschlacht

Arbeit gab es Tag und Nacht. Alle Bataillone mußten ihre Sanitäter und Träger, ihre Ambulanz und ihr Sanitätsmaterial bekommen, die Fragen der Lagerhygiene, vom Wasser bis zur Latrine, mußten gelöst werden, die jungen Bataillonsärzte mußten in den Anfangsgründen der Sanitärtaktik, die Sanitäter und Bahrenträger in der Arbeit im Gelände unterrichtet werden. ... Anfang Februar ging die Brigade an die Front. Zur Feuerprobe in der großen Jaramaschlacht. Ich glaube, es war der 11. Februar, als unsere Bataillone vom Tajunatal aus durch den nassen roten Lehm der Weinberge und Olivengärten zu dem Höhenzug aufrückten, der das Tajuna vom Jaramatal scheidet. Den anderen Hang kamen die Faschisten hinauf. Es war ein kühler, ausnahmsweise sonniger Tag. Die letzten Tage hatte es viel geregnet. Ich ging von Kompanie zu Kompanie, um zu überprüfen, wie es mit Tragbahnen und Verbandmaterial stand, und um die letzten Instruktionen zu geben. In einem Olivenhain auf der Höhe stand eine unserer 7,5er Batterien.

Als ich hinkam, hatte sich gerade die feindliche Artillerie eingeschossen. Jüü-sch-bumm! machten die Granaten und rissen zwischen unseren Geschützen ein Loch neben dem anderen in den weichen Lehmboden. Der Sanitätsposten war in bester Ordnung. Ich ging wieder zurück. Jüü-uh- hörte ich. Die kommt nah. Man lernt sehr rasch, zu hören, wohin eine Granate geht. Ich warf mich hinter den Erdkegel am Stamm eines Olivenbaums. Bumm! machte es, und die nassen Lehm-

Dr. Heilbrun (S.P.D.), Chef der Sanität der 12. Internationalen Brigade (gefallen im Juni 1937 bei Huexa), war ein Mensch mit stark individualistischen Zügen; der Mangel an ärztlich-technischen Kenntnissen wurde bei ihm durch eine Kenntnis der örtlichen Verhältnisse kompensiert (er lebte schon Jahre lang in Spanien); es gelang ihm, eine effektive Sanität in seiner Brigade zu schaffen.

Dr. Dubois-Domansky (K.P.D.), Chefarzt der 14. Internationalen Brigade (später der 35. Division, gefallen im August 1937 bei Quinto), war ein prächtiger Mensch und Genosse, eine gewinnende Persönlichkeit voll Hilfsbereitschaft und Kollektivgefühl. In der Arbeit zeigte er bemerkenswerte organisatorische Fähigkeiten.

Von den militärischen Leitern, mit denen ich während der ersten Etappe in einem mehr oder weniger engen Arbeitskontakt stand, möchte ich in erster Linie den Genossen Kleber, den ersten Kommandanten der 11. Internationalen Brigade erwähnen. Ich fand bei ihm immer die größte Hilfsbereitschaft und Verständnis für die Bedürfnisse unserer Sanität; er hatte immer Gehör für unsere Probleme, wo manche seiner Untergebenen sie als »kleinlich« abtaten. Er war meist der Einzige, der uns mit Geduld über die Lage orientierte, was für uns damals, bei unseren mangelhaften militärischen Kenntnissen sehr viel bedeutete.

Der Genosse Ludwig Renn, unser Stabschef, hatte nicht viel übrig für die Sanität, doch gab er mir manchmal Winke, auf die man sich verlassen konnte. Seine für ungeübte Soldaten – wie es unsereiner damals war – unerträgliche Trockenheit war doch, durch den mit ihr gepaarten Ordnungssinn, für uns alle nützlich, wie eine kalte Dusche. Seine Selbstbeherrschung und Kaltblütigkeit wirkten auf uns alle stark.

Über andere Genossen, mit denen ich während dieser Zeit zusammengewesen bin, kann ich auf speziellen Wunsch berichten. Als Brigadearzt kannte ich fast jeden einzelnen Genossen, der einmal mit der Sanität in Berührung gekommen ist, die überwiegende Mehrheit der Verwundeten der 11. und 12. Brigade ist durch meine Hände gegangen. Hier nur der Name einiger gefallener Genossen, die ich schon früher kannte: Genosse Moiseenko (K.P.Ju., Politikommissar der Balkan-Kompanie im Thälmann-Bataillon), mit dem ich zusammen nach Spanien fuhr, fiel in den ersten Wochen in der Casa de Campo bei Madrid. Genosse Varesko-Romero (K.P.Ju., Politikommissar derselben Einheit) fiel im Januar 1937 bei Las Rozas. Genosse K. Hedrich (K.P..) Politikommissar der ungarischen Kompanie im Edgar-André-Bataillon, am Kopf schwerverwundet am 18. November 1936, starb in meinen Händen.

Unvergeßlich bleiben mir zwei prächtige Gestalten aus unserer Sanität, die erst später gefallen sind, die Kompanie-Sanitäter des Bataillons Edgar André, Wilhelm und Tierscheidt (beide K.P.D.)

II

Am 9. Februar 1937 erhielt unsere Brigade-Sanität, die damals bei Fuencarral im Norden von Madrid stationierte, den Befehl, sich nach dem Süden von Madrid zu begeben, um bei Perales de Tánjua sich der Brigade anzuschließen. Am 11. Februar begann die Jaramaschlacht, die 11. Brigade trat am nächsten Tag ins Feuer ein.

Es war das erste Mal, daß drei Internationale Brigaden – die 11., 12., 15. – zusammen operierten; in einigen Tagen kam noch die 14. Internationale Brigade hinzu. Das ermöglichte die Koordination der Kräfte der Sanität der 4 Brigaden, und der von uns aufgestellte Plan wurde zum Gerüst der Sanitätsorganisation während der ganzen Jarama-Schlacht. Uns, der Sanität der 11. Brigade, wurde der Knotenpunkt Tarancon zugewiesen, wo wir das Evakuationshospital für alle Brigaden aufzustellen hatten. Tatsächlich funktionierte es bald als Sammelbecken für den überwiegenden Teil der Verwundeten eines ganzen Armee-Corps und z. T. als Evakuationshospital der ganzen Zentralen Armee. Einige Tage darauf wurden die ersten Divisionen der Armee formiert; 2 von den ersten 4 Divisionen wurden uns zwei internationalen Ärzten anvertraut: Dubois wurde zum Chef der Sanität der Division »A«, ich der Division »B« (später 15. Division) ernannt (am selben Tag, 17. Februar 1937, bekam ich meine Ernennung zum Mayor). In der Division »A« waren die 12. und 14., in der »B« die 11. und 15. Internationale Brigade (außerdem noch 2, später 3 spanische Brigaden).

Die Kämpfe am Jarama waren wohl die opferreichsten für die Internationalen Brigaden während des ganzen Krieges. Die Sanität unserer Brigaden – bis auf die der 15. Brigade, die am Jarama ihre Feuertaufe erhielt – war schon an Arbeit gewöhnt, aber nicht an Arbeit solchen Ausmaßes; sie übertraf ihre Kräfte, und so gab es manche unnötige Opfer. Eine eingehende sanitär-technische Analyse jener Kämpfe kann hier nicht gegeben werden, doch seien einige wichtige Momente hervorgehoben.

Die Jarama-Kämpfe bedeuteten für die Entwicklung der Sanität der ganzen republikanischen Armee eine neue Etappe; man kann sagen, sie bedeuteten das Ende der Sanität der Milizen und den Beginn einer regelrechten Kriegssanität. (Das galt nur für die Zentrale Armee; an den übrigen Fronten dauerte der Milizen-Zustand noch lange fort.) Die Schaffung der großen militärischen Einheiten gab dazu die Grundlage; sie erst ermöglichte eine hierarchische Ordnung und eine richtige Koordination der Kräfte. Zum ersten Mal im spanischen Kriege wurde eine annähernd richtige Tiefenstaffelung realisiert, d. h. die unumgängliche Differenzierung der Funktionen der verschiedenen Etappen; zum ersten Mal wurde eine zielbewußte Konzentration von Mitteln in großer Skala durchgeführt; es gab nun auch eine annähernd einheitliche Leitung. Die Jarama-Schlacht war die Schmiede unserer Feldlazarette und die erste große Probe unseres, nun schon eigenen chirurgischen Personals. Sie gab uns wichtige organisatorische Erfahrungen, die wir im weiteren systematisch anwendeten, einige darunter, wie mir scheint, neue fanden später in einer Reihe von Veröffentlichungen ihren literarischen Ausdruck.

Trotz der großen Kraftanstrengung des Sanitätspersonals und trotz des objektiv unzweifelhaften Fortschritts in der Organisation gab es bedeutende Defekte – unsere Kräfte reichten einfach nicht aus. Allein die 15. Division hatte 3 chirurgische Hospitäler, wo 6 chirurgische Equipen operierten – trotzdem erwiesen sie sich in den schwersten Tagen als unzureichend. Die Sanität unserer 4 Internationalen Brigaden hatte den überwiegenden Teil der Arbeit für das ganze Armee-Corps zu leisten, da die Nachbareinheiten einen sehr

brocken fielen mir ins Genick. »Es hat gar nicht viel Lärm gemacht«, dachte ich und stand auf. Drei Meter vor mir, auf der anderen Seite des Ölbaums, war ein neues Trichterloch. Auf den Bataillonshilfsstellen gab es schon Verwundete. Ich fuhr zurück ins Spital. Die ersten Ambulanzen kamen angerollt, wurden entladen, fuhren zurück an die Front. Der belgische Arzt war ohne Assistent. Ich wusch mich rasch, um ihm zu assistieren. Wir sind auf uns allein angewiesen. Wir haben keine Ambulanzen zur weiteren Evakuierung der Verwundeten. Das nächste Spital ist weit. Immer mehr Verwundete. Am ersten Tag waren es 250, am nächsten 350. In wenigen Stunden waren alle Betten belegt. Die Verwundeten saßen und lagen auf den Stiegen und Gängen, so daß kein Quadratmeter frei blieb. Dann füllte sich der riesige Hof mit Tragbahnen; als wir keine mehr hatten, mußten die Verwundeten auf dem nackten Boden liegen. Es war kalt. Ein dünner, durchdringender Regen hatte wieder begonnen. Im Operationssaal ging die Arbeit ohne eine Minute Pause. Auf dem Boden häuften sich die zerschnittenen Uniformen und durchbluteten Verbände. Wenn ein Operierter weggetragen, ein neuer Verwundeter hineingetragen wurde, drang durch die Tür das Stöhnen und Hilferufen von Hunderten. Wir sahen uns mit gequälten Augen an und sprachen kein Wort. Was wir an Hilfe geben konnten, war armselig wie ein Almosen. Nach 48 Stunden pausenloser Arbeit fielen den Operationsschwestern die Instrumente aus den zitternden Händen. Sie sanken mitten in der Arbeit schlafend zu-

sammen. Auf Uniformen und Verbandfetzen schliefen wir eine Stunde in einem Winkel des Operationssaales, der inzwischen notdürftig gereinigt wurde. Dann arbeiteten wir weitere 36 Stunden wie im Fieber, in einem krampfhaften Dämmerzustand zwischen Traum und Wachen. Endlich kamen einige Lastautos und Ambulanzen, um die noch Überlebenden zu evakuieren. In der Kapelle häuften sich die Leichen. Es hat später Tage mit mehr Verwundeten gegeben. Aber nie wieder haben wir Tage des Grauens erlebt, die denen am Jarama ähnlich waren, Tage, die sich noch nach Wochen als Abdruck in unsere Träume schlichen. In diesen Tagen wurden die Menschen aus sechzehn Nationen, das Personal der Brigadesanität, zu einer unzerreißbaren Einheit zusammengeschweißt: Dänen und Schweden, Holländer und Amerikaner, Belgier und Tschechen, Kroaten und Franzosen.

Walter Fischer: Kurze Geschichten aus einem langen Leben, a. a. O., S. 100-102.

schwachen Sanitätsapparat besaßen und die Corps-Sanität in den ersten 2 Wochen überhaupt keinen.

Seit Februar 1937 wurden unsere Verbindungen mit der Sanitätsleitung der Base in Albacete intensiver. Die Versorgung der Front mit Sanitätsmaterial wurde bedeutend besser; die Sanität der 15. Brigade kam an die Front schon sehr gut ausgerüstet und auch die übrigen Brigaden erhielten eine wesentliche materielle Hilfe. Doch äußerte sich nun das Unverständnis für die Frontinteressen von seiten der Albaceter Sanitätsleitung in anderen Formen, die, meiner Ansicht nach, den Internationalen Brigaden schweren Schaden zugefügt haben. Einige Beispiele: Im Februar 1937 wurde aus Albacete ein mobiles Hospital zum Jarama geschickt, das vorwiegend aus amerikanischem Personal bestand; es war, dank der bedeutenden amerikanischen Hilfe, wohl das bestausgerüstete Hospital. Es unterstand direkt Albacete, wir konnten uns seiner nur bedienen. Dieses Hospital wurde von der Base 80 km (!) von der Front placiert; der Transport bis dorthin bedeutete auf den schlechten Straßen für manche Schwerverwundete den Todesstoß. Deshalb konnte dieses Hospital, trotz des ungeheuren Mangels an operativen Kräften, nur sehr beschränkt ausgenutzt werden. Als nun, am 11. März, die 11. Brigade an die Guadalajara-Front kommandiert wurde und mit ihr selbstverständlich ein Teil unseres Sanitätsapparates mitgeschickt werden mußte, erreichte ich, daß das amerikanische Hospital in unser Divisionshospital verlegt wurde. Das neue Personal führte sich da auf, wie wohl Amerikaner in einem International Settlement in China sich aufführen mögen: gesonderte Wohnung und Verpflegung vom übrigen Personal, nur Direktion und feinere technische Arbeit für sich, die gröbere Arbeit für die übrigen, u. ä. Dinge, die moralisch sehr schädlich wirkten und das ganze Funktionieren des Hospitals beeinträchtigten. Als ich ihnen nahegelegt habe, daß es an der Front keine exterritorialen Rechte gäbe und sie der militärischen Disziplin ebenso untergeordnet sind wie jeder andere, identifizierte sich die Sanitätsleitung der Base mit ihnen, und das amerikanische Personal wurde nach einigen Tagen abberufen. Ich gebe zu, daß ich bei der Klärung der Angelegenheit nicht genügend Takt bewies, doch der Fehler der Base war, wie auch die spätere Entwicklung es bestätigt hat, prinzipieller Natur.

Die zahlreichen ausländischen Sanitätsgruppen, die mehr oder weniger lose in den Verband der Internationalen Brigaden gehörten, wurden in ihrem Unabhängigkeitsbestreben systematisch unterstützt durch das Verhalten von Albacete. So gab es »autonome« englische und amerikanische Inseln in der Sanität der Internationalen Brigade, die tun konnten, was sie für gut hielten. Das hatte zur Folge eine unrichtige Verwendung von Kräften, Vergeudung von Personal, eine oft sinnlose Verschwendung von Mitteln – um nicht zu sprechen von den schädlichen politischen Folgen. Beispiele, außer den genannten, könnte ich noch eine Reihe anführen, und die Genossen, die im Hinterland gearbeitet hatten, mehr als ich. Dabei wurden diese losen Sanitätsgruppen auch untereinander unterschiedlich behandelt, so ungefähr nach dem »Prinzip«, von welcher Gruppe mehr materielle Hilfe zu erwarten ist. So gab es sozusagen »reiche Onkel«, um deren Gunst man oft mit einer förmlichen Lobhudelei sich beworben

hat. Der Zweck war augenscheinlich: eine beabsichtigte günstige propagandistische Wirkung nach dem Land der betreffenden Gruppe, um die materiellen Zuwendungen zu steigern. Dabei hatte die Propaganda nach dem Auslande viel kräftigere, weil reelle Mittel als jene plumpe Methode der Bauernschlauheit. Sie war auch vollkommen unnötig: Es gab zwar unter jenen Sanitätsgruppen manche Typen von Wohltätigkeitsdamen und Herren, aber auch viele gute Antifaschisten, mit denen man vernünftig reden konnte, nicht wenige Parteigenossen, die auch unsere Sprache verstanden. Sprechende Beispiele dafür waren der ausgezeichnete Sanitätsdienst des Lincoln-Bataillons und eine ganze Reihe prächtiger Mitarbeiter aus den erwähnten Gruppen in den verschiedenen Hospitälern der Internationalen Brigaden.

Nicht selten waren Fälle von Kompetenzstreitigkeiten mit der Sanität der Base. Im April 1937 bekam ich z. B. eine Mitteilung aus Albacete, laut welcher unsere Fronthospitäler nun direkt der Sanität der Base – und nicht den entsprechenden militärischen Einheiten – untergeordnet seien. Dieses Umding vom militärischen Standpunkt aus wurde natürlich zurückgewiesen. Es gab auch andere falsche und auch schädliche Dispositionen und Einnisierungen, die den elementaren militärischen Normen Hohn sprachen.

Vielleicht für den schwersten Fehler in der ganzen Tätigkeit der Sanitätszentrale in Albacete hielt ich eine Tendenz, die man als eine isolationistische bezeichnen könnte. Sie bestand in der Betonung einer autonomen Organisation der Sanität der Internationalen Brigaden. Sie kam in zahlreichen Fällen zum Ausdruck. Ich will nicht sprechen von der eigenen Hinterlandsanitätsorganisation, die durch eine Reihe von Umständen nicht rein sanitärer Natur berechtigt war; ich hatte außerdem auch wenig Gelegenheit, sie in ihren Einzelheiten persönlich kennenzulernen. Auch an der Front spürten wir jene Tendenz auf Schritt und Tritt. Die Internationalen Brigaden waren in der Regel mit Sanitätsmaterial besser versorgt als die spanischen, in erster Linie dank der großen Zuwendungen, die von den ausländischen Hilfsorganisationen nach Albacete flossen. Das hatte seine Berechtigung im Charakter unserer Einheiten als Stoßbrigaden. Doch nahm dieser Unterschied manchmal förmlich unanständige Maße an; es war nicht selten z. B., daß eine von Internationalen geleitete Division 3-4 Mal soviel Sanitätstransportmaterial besaß wie eine spanische; dabei wurde das Eigentumsrecht von Albacete bei jeder Gelegenheit unterstrichen. Ich war immer der Auffassung, daß wir unseren Brigaden am besten dienen, wenn wir uns soweit wie möglich in die allgemeine Organisation der Republikanischen Armee einordnen, wie wir das Besondere an unseren Einheiten nicht durch äußerliche Unterschiede unterstreichen, sondern durch das Beispiel unserer Arbeit. Das war die Auffassung wohl der Mehrheit in der Sanität unserer Brigaden; so ist zu erklären, daß die Sanität der Internationalen Brigaden fast immer und überall das Rückgrat der nächsthöheren spanischen Einheit wurde. In der 15. Division, deren Sanität ich leitete, gab es – als Höchststand – 5 Brigaden, davon 3 spanische; in der engen Zusammenarbeit verschwand oft der Begriff zwischen »meinem« und »deinem« – für Menschen wie Genosse Telge, den damaligen Leiter der Sanität der Base, war das ein

Spanien

Ich bin kein Historiker. Und wenn ich über den Bürgerkrieg in Spanien und über die Internationalen Brigaden schreibe, so handelt es sich dabei um persönliche Erlebnisse, Eindrücke und Erfahrung, aber keineswegs um eine zusammenhängende Darstellung und Würdigung dieses großartigen Kampfes, in dem ein waffenloses Volk in den ersten Tagen des Militärputsches im größten Teil Spaniens die bewaffneten Formationen der Armee besiegte und entwaffnete, um mit den eroberten Waffen – zunächst ohne Kampferfahrung und militärische Organisation – den Vormarsch der Moros und Fremdenlegionäre, die Franco mit deutschen Flugzeugen aus Afrika nach Spanien gebracht hatte, zum Stehen zu bringen und – im Stich gelassen von der »demokratischen« Welt die von Hitler und Mussolini mit Flugzeugen und schwerem Kriegsgerät ausgestatteten und schließlich mit regulären italienischen Divisionen unterstützten faschistischen Armeen fast drei Jahre lang in Schach hielt. Jeder, der zur Zeit dieses beispiellosen Freiheitskampfes in Spanien war, hat die Ereignisse mit anderen Augen, aus einem anderen Blickwinkel gesehen. Und das Geschehen dieser Tage sieht ganz anders aus, je nachdem, ob man als Journalist in enger Verbindung mit den zentralen Stellen und, ob man den Krieg als Kämpfer im Schützengraben oder als Kommandeur einer Spezialeinheit wie der Sanität erlebt hat, der zwar über das Geschehen in der ersten Linie nicht selten besser informiert war als der Brigadestab, der aber vor allem in Anspruch genommen war von der Sorge

um das klaglose Funktionieren der Frontsanität und dem ständigen Krieg, den er darum gegen Unfähigkeit, Sabotage und Geltungsbedürfnis übergeordneter Stellen zu führen hatte, vor dem keine Heeresorganisation verschont blieb, kein Kriegsministerium und auch keine Base der Internationalen Brigaden, deren Einsatz trotz manchem Sand im Getriebe zum Großartigsten gehört, was internationale Solidarität vollbracht hat. Ich kann nur einiges von dem erzählen, was ich selbst gesehen und erlebt habe. Walter Fischer: Kurze Geschichten aus einem langen Leben, a. a. O., S. 91 f.

Stein des Anstoßes. Das Eigentumsrecht über einen Camion interessierte ihn mehr als wichtige Kaderfragen.

Als Beispiel für die erwähnte separatistische Tendenz in der Leitung der Sanität der Base will ich noch eine Tatsache anführen. In der Offensive von Brunete, Juli 1937, wurde von der Armeeleitung ein einheitlicher Plan der Evakuierung der Verwundeten ausgearbeitet und auch durchgeführt. Inmitten der Operation und ohne vorherige Vereinbarung mit der Armee-Sanität, erschien eine Evakuationsgruppe der Base (Leiter G. Franek) mit einer beträchtlichen Zahl von Ambulanzen, um einen Teil der internationalen Verwundeten nach einem eigenen Plan zu evakuieren. Abgesehen von der kopflosen Ausführung auch des eigenen Plans, bedeutete ein derartiges Handeln Desorganisieren.

Seit dem Eintreten einer relativen Ruhe an der Jarama-Front, April 1937, konnten wir uns bis dahin auch unseren »ruhigen« Aufgaben widmen. Das erste Mal gelang uns, hygienische Probleme in größerem Maßstab befriedigend zu lösen. Die dazu notwendigen Behelfe (Zisternen-, Dusch-, Desinfektionswagen) konstruierten wir selbst in unserer Werkstätte. Wir nutzten dazu stillstehende Betriebe und alles unverwendete Material aus.

Auch unsere politisch-kulturelle Arbeit nahm von nun an größeren Umfang an. Im Mai 1937 begann unsere Zeitschrift »La Voz de la Sanidad de la 15. Division« ihr Erscheinen, deren Redaktion ich bis zu meinem Abgang aus der Division, Januar 1938, leitete. Sie erschien zehntägig, gedruckt in Madrid in einem Umfang von 12-16 Seiten. Sie wurde zum Zentrum der technischen und kulturellen Arbeit in unserer Sanität und fand von den Sanitätsarbeitern der Internationalen Brigaden – es war die einzige derartige Zeitschrift – eine hohe Bewertung. Ein wichtiger Abschnitt unserer Kulturarbeit war die sanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung in den der Front naheliegenden Dörfern; an der Jarama-Front gelang es uns, das in großem Maßstab durchzuführen. Das wurde überhaupt zur Norm für unsere Sanität in allen Situationen, wo Frontverhältnisse es uns erlaubten.

Im Juli 1937 machte ich die Brunete-Offensive mit, wie früher, als Leiter der Sanität der 15. Division, die nun aus der 13. und 15. Internationalen Brigade bestand. Die Brunete-Offensive bedeutete eine neue Etappe in der Entwicklung der Sanität der Armee. Es war die erste Operation mit einem vollkommen einheitlichen Kommando, mit einem von vornherein genau ausgearbeiteten Plan der Sanitätsorganisation im Maßstab einer ganzen Armee. Auch hier bildete die Sanität der Internationalen Brigaden das Gerüst; so leistete die Sanität der 15. Division den überwiegenden Teil der Arbeit ihres zugehörigen Armee-Corps. Dank der einheitlichen Leitung und einer vernünftigen Koordination der Kräfte verschwanden zum großen Teil unsere Probleme während der Jarama-Kämpfe. Es gab nun andere Defekte, auf die ich hier nicht einzugehen brauche, da zu ihrer Beleuchtung eine ausführliche sanitär-technische Analyse notwendig wäre.

Eine hervorragende Rolle in der Organisation der Sanität in dieser Operation spielte der Sanitätsberater in der Zentralen Armee Genosse Kljus (V.K.P.[B]). Später wurde er Berater in der Generalinspektion der Sanität der ganzen Republikanischen Armee, von wo

aus sein Einfluß auf die Entwicklung der Sanitätsorganisation ein sehr bedeutender war.

Die besten Eindrücke gewann ich vom Chefarzt der 15. Internationalen Brigade, Genosse Langer (K.P.Oe., später eine Zeit lang war er Chefarzt der Base); er zeigte sich während unserer Zusammenarbeit als ein energischer Organisator mit bedeutenden technischen Kenntnissen und als ein kameradschaftlicher, verlässlicher Parteigenosse. Der Chefarzt der 13. Internationalen Brigade, Dr. Jensen (K.P.Oe.), erwies sich in jener Zeit als ein schwacher Organisator, m. E. hauptsächlich wegen der unkritischen Auswahl seiner Mitarbeiter; unter dem sehr persönlichen Regime gedieh da viel Mist, der bei der ersten ernsten Probe eben als solcher sich erwies. Was ohne jeden Zweifel stand, war sein persönlicher Mut.

Äußerst schlechten Eindruck gewann ich von der Tätigkeit des Chefarztes der 14. Internationalen Brigade, Dr. Bernstein (K.P.Tsch.); unqualifiziert, grob bis zur Gewalttätigkeit, war er unbeliebt bei allen, die mit ihm je zu tun hatten.

Mein Nachfolger in der 11. Brigade, Dr. Kriegel (K.P.P.), zeigte bedeutende organisatorische Fähigkeiten, die er auch in seinen späteren Funktionen bewies. Seine Arbeitslust reicht aber nur, solange er die erste Geige spielt, an zweite Stelle gesetzt, antwortet sein Ehrgeiz mit einer passiven Resistenz. Eine negative Meinung habe ich von der Tätigkeit von Dr. Telge (K.P.B.), der lange Zeit als Chefarzt der Base der Internationalen Brigaden arbeitete. Für die meisten der erwähnten Fehler der Sanität der Base halte ich ihn für verantwortlich. Als Organisator zeigte er wenig Sachkenntnis, um so mehr Ehrgeiz; seine Arbeitsweise war die eines plumpen Dilettanten, seine Methode die Intrige. In seiner Kaderpolitik mangelte es an Sachlichkeit, da sie hauptsächlich von persönlichen Motiven geleitet war; große Möglichkeiten für Kaderbildung ließ er unausgenützt. Die Sammlung der großen organisatorischen und technischen Sanitätserfahrungen des Krieges verstand er nicht einmal in der bescheidensten wissenschaftlichen Form zu organisieren. Dafür stellte er seine eigene Person in jeder nur möglichen Weise in den Vordergrund und schuf um sich herum eine ungesunde, weil unehrliche Atmosphäre. Eine unheilvolle Verwirrung stiftete er durch die Gründung der sog. »Ayuda Medica Extranjera« (»Ausländische Ärztehilfe«), deren Wesen der Autor selbst nicht zu definieren wußte; es kostete der Partei nicht wenig Mühe, diese Mißgeburt von Organisation zu liquidieren.

Von den militärischen Kadern möchte ich den Kommandanten der 15. Division Genossen Gál (V.K.P.[B]) erwähnen, den ich während der 9 Monate Zusammenarbeit nahe kennengelernt habe. Während der Jarama-Kämpfe erfreute er sich einer großen Autorität, sowohl als Militär als auch als Kamerad, und ich glaube mit Recht. Sein einfaches, derbes soldatisches Wesen, gepaart mit einer menschlichen Wärme, gewann ihm viele Freunde. Doch zwei seiner Fehler traten bald zum Vorschein: eine große und primitive Eitelkeit und ein Mangel an Menschenkenntnis. Inmitten der ihm so ungewohnten Atmosphäre, die er intellektuell nicht assimilieren konnte, wuchs sein Selbstbewußtsein ins Maßlose, seine Erfolge, wirkliche und angenommene, stiegen ihm zu Kopf. Dazu kam seine kritiklose Auswahl

Befehlen und Gehorchen
Beim Sanitätsdienst der 11. Brigade in der Casa Nazareth bei Fuencarral im Norden von Madrid machte ich einen Besuch beim Brigadestab. ... Damals, Anfang Dezember 1936, gab es bei den Milizen der spanischen Volksarmee noch keine Distinktionen. Wir alle bezogen einen einheitlichen Sold von täglich drei Peseten. Aber sehr bald wurden Rangabzeichen und eine Differenzierung der Soldaten eingeführt. Ich kann mich noch sehr gut an die Diskussion erinnern, die ich deshalb mit dem stellvertretenden Sanitätschef der Brigade, Dr. Goryan, hatte, einem prachtvollen Menschen, der bald mein bester Freund wurde. Goryan sprach sich entschieden gegen die Neueinführung aus, weil er bei den freiwilligen Kämpfern gegen den Faschismus alle Kastenunterschiede ablehnte ... Als im Herbst 1938 die Internationalen Brigaden aus der Front gezogen wurden und im katalanischen Hinterland Abrüstungslager bezogen, gab Marty, der oberste Chef, Weisung, daß für Offiziere und Mannschaft getrennte Messen einzurichten seien. Marty meinte, das sei notwendig, um auch in der demoralisierenden Atmosphäre der Abrüstungslager die Disziplin aufrechtzuerhalten. In den Abrüstungslagern der anderen Interbrigaden lehnten es die Offiziere ab, dieser Weisung Marty's Folge zu leisten. Überall wurden gemeinsame Messen der Offiziere und Mannschaften eingerichtet. Die 11. Brigade war die einzige, die bis zum Schluß die Trennung von Offizieren und Mannschaft aufrechterhielt. Ebenda, S. 95.

Boykottiert

Einige Tage nach dem Besuch Martys an der Jaramafront erhielt ich einen schriftlichen Befehl von Oskar Telge, dem Chef des Internationalen Sanitätsdienstes mit dem Sitz in Albacete, der Base der Internationalen Brigaden. In diesem Befehl wurde ich nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß ich als Chef der 15. Internationalen Brigade ausschließlich dem Befehl der Base Albacete unterstehe. Es sei mir verboten, mich dem Kommando der Division oder irgendeiner anderen Kommandostelle der Zentrumsarmee zu unterstellen. Das gelte ganz besonders auch für den Autochir (Chirurgie-Auto) und die beiden chirurgischen Equipen der 15. Brigade. Eine Standortveränderung des chirurgischen Spitals, das sich damals in Colmenar de Oreja befand, ohne Befehl aus Albacete sei strikt verboten. Nach einer Aussprache mit Dr. Goryan, der bis zur Reorganisierung der Zentrumsarmee Chefarzt der 11. Brigade war und jetzt den Sanitätsdienst der 15. Division leitete, schrieb ich die Antwort an Albacete. Ich stellte fest, daß ich als Arzt der Internationalen Brigaden kadermäßig selbstverständlich der Base unterstehe, die mich jederzeit abberufen könne, wenn sie das für notwendig halte. Als Leiter des Sanitätsdienstes der 15. Brigade sei ich aber gleichzeitig Kommandeur des Dienstes einer Fronteinheit, die selbstverständlich dem übergeordneten Frontkommando unterstehe. Solange mir der Autochir mit den beiden chirurgischen Equipen zugeteilt sei, gelte das selbstverständlich auch für das chirurgische Frontspital.

von Mitarbeitern (darunter gab es höchst zweifelhafte Elemente und Taugenichtse wie die Kapitäne Miklós, Santiago und Jaworski), die einen ungesunden Einfluß auf ihn ausübten. Was mein Arbeitsverhältnis zu ihm betrifft, muß ich betonen, daß ich in den Fragen der Sanität von ihm die größtmögliche Unterstützung erhielt.

Während der Kämpfe bei Brunete fielen drei unserer Ärzte: Genosse Grozeff (K.P.B.), Arzt des französischen Bataillons der 15. Brigade; die Sanität seines Bataillons mit den prächtigen Sanitätern Visse Pierre (K.P.F., gefallen ebenfalls bei Brunete) und Delpierre (K.P.F., verwundet dort selbst), war die bestorganisierte, die ich während des Krieges gesehen habe; Genosse Robbins (aus Nordamerika, parteilos), der Leiter des Hygiene-Dienstes des Division, ein sehr begabter und initiativreicher Arzt, und Genosse Sollenberger (England, parteilos), Bataillonsarzt, der bei einer schwierigen Situation das Gewehr nahm und sich an die Spitze einer Kompanie stellte.

Unter den Feinden, die sich in den Sanitätsdienst eingeschuggelt haben, der bedeutendste der eine zeitlang als Administrator der Hospitäler der 15. Division tätige A. Vierbücher (nach seinen Angaben Mitglied der S.P.D.) stand längere Zeit unter Spionage-Verdacht; wegen der unbeholfenen Arbeit der Untersuchungsorgane in Albacete konnte aber lange kein beweiskräftiges Material gegen ihn erbracht werden. Als dann durch unsere Beobachtung dringende Verdachtsmomente aufkamen und ich sofortige Maßnahmen forderte, wurde seine Festnahme beschlossen; doch wurde der Haftbefehl mit einem unverantwortlichen Leichtsinn ausgeführt, daß der Verdächtige entwischen konnte. Als ich dann später erfuhr, daß der Betreffende sich in Madrid verborgen hält und es den entsprechenden Organen meldete, wurde nichts unternommen, um ihn festzunehmen.

R. Schiermann (nach seiner Angabe Mitglied der K.P.D.) war Administrator des Hospitals in Tarancon; ich entließ ihn wegen Arbeitsunzuverlässigkeit und liederlichem Benehmen und stellte ihn der Sanität der Base zur Verfügung, wo er eine verantwortliche Stelle erhielt. Später erfuhr ich, daß er wegen Spionage verhaftet worden ist; nach langen Monaten ist er dann wieder freigelassen worden. Einzelheiten sind mir nicht bekannt, zu Gesicht bekam ich ihn nicht wieder.

Nach den Kämpfen bei Brunete kam die 15. Division wieder auf ihre alte Position am Jarama. Im August 1937 verließ uns die 15. Brigade, und die Division wurde dadurch eine rein spanische Einheit; nur kleine Inseln von Internationalen behielt sie, so im Stab und im Sanitätsdienst. Die nun folgende Periode von ruhigem Positionskampf wurde von mir ausgenützt zur Kaderbildung und anderen konstruktiven Aufgaben. Im September begann eine neue Funktion unserer Sanitätsschule, durch die die Mehrheit der Sanitäter der Division durchging; Kurse für Ärzte wurden organisiert, die Arbeit um die Zeitschrift wurde intensiver. Im November 1937 erschien unser Lehrbuch für Sanitäter »La Sanidad en la Compania de Infanteria«, verfaßt von mir und meinem Stellvertreter Kapitän P. Rodriguez-Perez (K.P.S.). Das Buch mußte in einigen Monaten in zweiter Auflage verlegt werden; es wurde im ganzen in 8000 Exemplaren vertrieben. Es blieb bis zum Ende des Krieges das einschlägige Buch in der Armee und diente als Lehrbuch für Sanitäter sowohl in den Internationalen Brigaden wie in

den spanischen Einheiten. Die General-Inspektion der Armee-Sanität forderte später von uns das Material an, um es als offizielles Lehrbuch für die Sanität der ganzen Armee nachzudrucken, wozu es aber nicht mehr kam. (Die Kritik der Bücher s. im Artikel von Dr. Planel im »Ejereito Popular« N. 3-4.)

III

Ende 1937 wurde aus 5 Armee-Corps eine spezielle Armee formiert, die »Ejercito de Maniobra«, die eine Stoßarmee werden sollte; in ihren Verbänden wurde die Mehrzahl der besten Einheiten der Republikanischen Armee aufgenommen, fast alle – und später alle – Internationalen Brigaden gehörten ebenfalls zu dieser Armee. Der Stillstand im Frontabschnitt der 15. Division dauerte nun schon zu lange und ich bat um meine Versetzung in jene Armee, die im Januar 1938 auch erfolgte. Ich wurde zum Leiter der Hospitäler der Armee ernannt; gleichzeitig sollte ich auch die Presse-Abteilung der Armee-Sanität leiten. Ich nahm nun teil an der zweiten Phase der Operationen um Teruel und machte den ganzen Rückzug an der Aragon-Front mit.

Die Arbeitsverhältnisse in dieser Armee waren sehr schwer. Mittel wurden uns von der General-Inspektion der Sanität äußerst spärlich zur Verfügung gestellt, wobei eine beabsichtigte Benachteiligung unzweideutig war. Die bürokratischen und z. T. auch Schädlingselemente in der General-Inspektion (vor allem aus den alten Militärärztekreisen) taten alles, um die Entwicklung der Sanität unserer Armee (die für sie als kommunistische galt) hintanzuhalten. Wir hatten uns nach Direktive der General-Inspektion jenes fixen Sanitätsapparates zu bedienen, der auf dem jeweiligen Frontabschnitt, wo unsere Einheiten operierten, schon vorhanden war. Dieser Apparat aber unterstand der örtlichen Sanität, und daraus ergaben sich nicht selten Kompetenzunklarheiten mit den unliebsamen Folgen einer uneinheitlichen Leitung. Die Schwierigkeiten erwuchsen besonders daraus, daß die meisten örtlichen militärischen Einheiten an der Aragon-Front kaum eine Kampferfahrung hatten; sie besetzten schon seit 6-8 und mehr Monaten dieselbe Linie, bewegungs- und kampfflos, dessen Folge sich natürlich auch im Zustand ihres Sanitätsdienstes widerspiegelte. Das war ein gut versorgter, oft üppig lebender, verweichlichter Apparat, der manchmal unangenehm überrascht war vom Kommen unserer Stoßeinheiten – es bedeutete doch den Krieg! Dieser Zustand war nicht verwunderlich, wenn man die Leiter der Sanität der Levante-Armee, Dr. Cerrada, oder der Ost-Armee Dr. Linares, persönlich kennenlernte. Beide waren Militärärzte aus der alten Armee. Der erste war ein beschränkter alter Oberstleutnant, der von der Frontsanität keine blasse Ahnung hatte, der nicht einmal wußte, wo die Hospitäler seiner eigenen Einheiten lagen, weil er nicht das Interesse und den Mut aufbrachte, sie persönlich zu besichtigen. So rührte er sich während der ganzen Teruel-Operation nicht aus seinem Tunnel. (Er galt übrigens als altes Mitglied der Partei!) Der andere, Dr. Linares (Mitglied der P.S.U.C.), besaß seine alten verknöcherten Normen für die Kriegssanität, hergebracht aus dem spanisch-marokkanischen Krieg, die er auf den jetzigen anwenden wollte; dazu ein aufgeblasener, geriebener und doppelzüngiger Charakter. Er verstand, ein für unsere Begriffe riesiges Sanitätsma-

Schon rein technisch sei es unmöglich, bei einer plötzlichen Verlegung der Division an einen anderen Frontabschnitt, für eine entsprechende Bewegung des Frontspitals erst die Zustimmung aus Albacete einzuholen. (Albacete lag etwa 200 Kilometer hinter der Jaramafront, ohne Telefon- oder Telegrafenerbindung.) Ich sei daher nicht in der Lage, dem Befehl der Base Folge zu leisten, da dies einer Sabotage der Front gleichkäme.

Auf diesen Brief erhielt ich nie eine Antwort. Auch nicht die Abberufung. Aber von diesem Tag an erhielt ich auch kein Geld mehr, um den Ärzten und Mannschaften des Sanitätsdienstes den Sold auszubezahlen. Ich erhielt auch kein Geld zur Bezahlung der von der Intendanz der Brigade gelieferten Verpflegung. Albacete bekam von mir laufend Berichte über die Belegung der drei Spitäler der Brigade, die praktisch als Spitäler der Division funktionierten, des chirurgischen, des internen und des venerologischen Spitals. Aufgrund dieser Berichte bekam Albacete die entsprechenden Verpflegungsgelder vom Kriegsministerium in Valencia. Ebenso wie das Geld für den Sold. Aber das Geld blieb in Albacete. Es fanden sich trotzdem Mittel und Wege, den Sold zu bezahlen und die Verwundeten und Kranken zu pflegen. ... Zu dieser Zeit verfügte der internationale Sanitätsdienst über eine Evakuationsgruppe von zwanzig großen Ambulanzen, um die Verwundeten aus den Frontspitälern nach Madrid oder noch weiter ins Hinterland zu bringen. Diese Ambulanzen fuhren an Hoyo und Torrelodones vorbei nach

El Escorial und – mit Verwundeten beladen – wieder zurück. In Torrelodones hielt keine einzige dieser Ambulanzen. Als ich mit dem befreundeten internationalen Brigadearzt Dr. Kriegel darüber sprach, meinte er: »Warum hast du damals diesen Brief nach Albacete geschrieben? Wenn die einen Unsinn befehlen, dann gibt es nur eine einzige vernünftige Reaktion: Man sagt ja und macht dann, was man will.« Kriegel, obwohl jünger als ich im Dienst, war damals schon zum Major befördert. Ich wäre wohl noch lange Kapitän geblieben, wenn mich nicht der Divisionskommandeur bei Brunete zum Major befördert hätte. Der von Albacete befohlene Boykott meines Frontspitals durch die Evakuationsgruppe führte zu einer Stauung der Verwundeten. Nach einigen Improvisationen brachte erst die Entleerung von zwei Evakuierungsambulanzen beim Hinterlandspital der Zweiten Internationale in Onteniente in Südspanien eine wirkliche Entlastung. Nur so konnte verhindert werden, daß der von Marty angeordnete Boykott mit dem Leben von Verwundeten bezahlt wurde. Ebenda, S. 112-114.

terial in seinen Händen anzuhäufen, das er den notleidenden Kampfeinheiten vorenthielt, um es bei der ersten schweren Probe kampfflos den Faschisten zu überlassen. Die Untauglichkeit der beiden erwähnten Sanitäts-Chefs trat während der faschistischen Offensive März-April 1938 so offen zutage, daß die General-Inspektion gezwungen war, sie zu ersetzen; an ihre Stelle kamen zwei junge, energische und kampferfahrene Genossen, I. Recatero und C. Diez (beide K.P.S.)

Während der faschistischen Offensive im Aragon arbeitete ich als Sanitätsinspektor an verschiedenen Frontabschnitten, die je einem Armee-Corps der Manöver-Armee entsprachen. Bei den oben erwähnten Verhältnissen an jener Front wird es nicht wundernehmen, daß ein bedeutender Teil unserer Arbeit darauf verwendet werden mußte, aus den von der örtlichen Sanität stehengelassenen Hospitälern Menschen und Material zu retten. Bei den schwierigen Momenten jenes Rückzuges rechnete man uns hoch an, keinen Verwundeten und kein Hospitalinventar den Faschisten zurückgelassen zu haben. Es ergab sich die paradoxe Tatsache, daß unsere Armee-Sanität, die armselig ins Feld zog, nach dem Rückzug eine ansehnliche Ausrüstung besaß.

Während des Aragon-Rückzuges, bei den Kämpfen um Morella, verloren wir noch einen internationalen Arzt, den Genossen Tallenberg (K.P.Tsch.), Chefarzt der 12. Internationalen Brigade Er ist verschollen; wir glaubten lange, daß er in Gefangenschaft geriet. Man soll Nachforschungen über ihn angestellt haben, die nichts ergaben.

Seit meinem Eintreten in die Sanität der Manöver-Armee war ich Redakteur ihrer Zeitschrift »La Voz de la Sanidad« del Ejercito de Maniobra, die die Aufgabe stellte, die organisatorisch-sanitären und medizinisch-wissenschaftlichen Erfahrungen des Krieges zu sammeln und zu popularisieren. Im April 1938 erschien in Valencia unser zweites Buch – verfaßt von P. Rodriguez-Perez und mir – »Puerto de Clasificacion«, in dem wir unsere anderthalbjährigen Erfahrungen zu verallgemeinern versuchten.

Nach dem faschistischen Durchbruch bis zur Levante-Küste blieb ich im zentralen Teil Spaniens; nach dem Aufgehen der Manöver-Armee in der Levante-Armee nahm ich in der letzten denselben Posten ein wie in der vorigen.

Am 28. April 1938 erlitt ich während einer Frontinspektion eine Automobil-Katastrophe; ich kam mit einer Fraktur des Oberschenkels davon. Nun war ich unter chirurgischer Behandlung bis Oktober 1938. Vom Hospital aus leitete ich weiter unsere Zeitschrift, die nun unter dem Titel »La Voz de la Sanidad« del Ejercito de Levante erschien.

IV

Am 1. Oktober 1938 kam ich nach Barcelona; hier erreichte mich der Beschluß der Republikanischen Regierung über die Abberufung der Internationalen Brigaden von den Fronten. Noch nicht wiederhergestellt von den Folgen der Verletzung verbrachte ich die nächste Zeit in einem Hospital der Internationalen Brigaden in Katalonien. Als ich erfuhr, daß unsere sich in den Demobilisationslagern befindlichen Brigaden wieder freiwillig an die Front meldeten, verließ ich das Hospital (26. Januar 1939) und begab mich in eines der Lager.

Hier, im Lager von Llers bei Figueras, übernahm ich die Leitung des Sanitätsdienstes und die Organisation der Sanität für die sich im Lager formierenden Bataillone, die aber nicht mehr an die Front kamen. Zusammen mit diesen überschritt ich am 8. Februar 1939 bei la Iunquera die französische Grenze.

Von den Personen, mit denen ich in dieser letzten Periode in Spanien zu tun hatte, möchte ich den Dr. Sanmarty (Mitglied der P.S.U.C.) erwähnen. Er war der letzte Chef des Internationalen Sanitätsdienstes und war mit dessen Liquidierung beauftragt. Ich halte ihn für ein – zumindest – zufälliges Element in der Partei; ein Mensch mit typischen Bourgeois-Allüren, arbeitsscheu, doppelzüngig und feige. In den letzten schweren Wochen des Zusammenbruches, wo ein letztes Zusammenraffen aller noch brauchbaren Energien so notwendig war, war er im Umkreis unserer Brigaden überhaupt nicht mehr zu sehen.

Jene letzten Tage in Spanien waren überhaupt eine starke moralische Probe an jeden einzelnen aus den Internationalen Brigaden, der so manche nicht standhielten. Wir, die wir vom Lager Llers den Rückzug zur Grenze antraten, kamen nicht mehr in die Frontlinie,

doch glaubten wir oft, dort zu sein, da in diesen Tagen man so manches Mal nicht wußte, wo die Front sich eigentlich befindet – und das ergab bei einigen solche Reaktionen, die einer Feigheit vor dem Feind gleichkommen.

V

Wieder in Moskau

Ich hatte, gemeinsam mit anderen Frontärzten der spanischen Republik, viele Erfahrungen gemacht, die über die aus dem ersten Weltkrieg geschöpften Lehren der Kriegsmedizin in manchen Fragen weit hinausgingen. Die von meinem Freund Goryan herausgegebene »Voz de la Sanidad« (zunächst Organ der Sanität der 15. Division, dann der Manöverarmee und schließlich der Ostararmee) hatte sich laufend mit diesen Erfahrungen auseinandergesetzt. Ich war überzeugt, auf diesem Gebiet der Sowjetunion gute Dienste erweisen zu können, und wäre gern an die militärmedizinische Akademie aufgenommen worden. Aber ich mußte zur Kenntnis nehmen, daß ... bei allen Sowjetbehörden ehemalige Angehörige der internationalen Brigaden einfach nicht existierten. Ich übernahm also fürs erste beim Ausländerverlag Korrekturarbeiten an einer deutschen Lenin-Übersetzung.

Groß war meine Freude, als auch Goryan in Moskau auftauchte, wo ihn seine Frau erwartet hatte. Wie immer voller Ideen und Initiative, schlug er mir vor, gemeinsam mit ihm und dem ehemaligen Chefarzt der spanischen Armee, Carlos Diaz, an einem Bericht über die Erfahrungen der spanischen Militärsanität mitzuarbeiten. Ich übernahm das Kapitel über die Organisation der

Das Konzentrationslager Argelés sur Mer war in den ersten Tagen unserer Ankunft eine wahre Hölle; das nicht nur wegen der unmenschlichen Zustände und der niederträchtigen Schikanen, die uns die französischen Behörden bereitet hatten, sondern auch wegen des moralisch-politischen Zustands, in dem sich das Lager befand. Die Zusammensetzung unseres Lager konnte nicht ungünstiger sein: Während im Lager der Internationalen in St. Cyprien in erster Linie unsere geschlossenen Front-Einheiten untergebracht wurden, kam in das Internationale Lager von Argelés neben verhältnismäßig nicht zahlreichen guten Kadern eine beträchtliche Zahl von ungesunden und feindlichen Elementen. Es waren darunter Gruppen von Ausländern, die als Zivile schon vor dem Krieg in Spanien lebten, eine große Anzahl Ausländer, die nichts mit den Internationalen Brigaden zu tun hatte, unter ihnen nicht wenige üble anarchistische und trotzkistische Typen, offene Provokateure, eine Reihe von Leuten, die in Spanien mehr die Gefängnisse als die Front kennenlernten. Die Hauptparole dieser Elemente war: »Wir sind jetzt nicht mehr in Spanien – und wir sind frei – nieder mit der Disziplin!« Das Lager war am Anfang mehr ähnlich einer tierischen Horde als einer organisierten Gemeinschaft. Es dauerte ungefähr 2 Wochen, bis es der Partei gelang, die Lage zu dominieren und mit einem organisierten Leben zu beginnen.

Sofort nach meiner Ankunft übernahm ich die Organisation der Sanität des Lagers, die neben den Fragen der Unterkunft und Ernährung das wichtigste Problem war. Wir lebten ja auf dem bloßen Strand ohne jedwede sanitäre Einrichtungen, ja ohne die primitivsten hygienischen Vorkehrungen, was bei der riesigen Menschenansammlung mit Epidemien drohte. Andererseits war gerade in unserem Lager die überwiegende Mehrzahl der Invaliden der Internationalen Brigaden konzentriert; da waren alle aus unseren letzten Hospitälern in Spanien herübergebrachten Kranken und Verwundeten, unter den letzten viele mit noch offenen Wunden. Am 3. Tag begann in einer halb offenen Hütte unsere erste improvisierte Infirmierie zu funktionieren; am 5. Tag wurde aus Freiwilligen die »Sanitäts-Stoßbrigade« geschaffen, die sich der hygienischen Aufgaben des Lagers annahm. Nach und nach wurde ein regelrechter Sanitätsdienst ausgebaut, mit einer zentralen Infirmierie, kleinen Infirmieren in den verschiedenen Nationalitätengruppen mit allen möglichen Spezialistenkonsultationen; auch ein eigenes kleines Hospital haben wir uns gebaut. Wir erreichten, daß die Genossen bald vorzogen, im Lager behandelt als in die zweifelhaften französischen Hospitäler evakuiert zu werden. Wir erhielten in unserer Infirmierie ständig einen bedeutenden Zuzug von Verwundeten und Kranken aus den nachbarlichen spanischen Lagern, und wir trachteten, mit allen Mitteln eine ständige Zusammenarbeit mit der Sanität jener Lager zu schaffen. Das Niveau der ärztlichen Arbeit versuchte ich durch verschiedene

Mittel zu erhöhen: Eine Reihe ärztlicher Vortragsabende wurde abgehalten, im April erschien unsere Zeitschrift, in spanischer Sprache, unter dem Titel »La Voz de la Sanidad del Campo Internacional Argelés« usw.

Bei der miserablen sanitären Versorgung durch die französischen Behörden arbeiteten wir fast ausschließlich dank der Zuwendungen von den auswärtigen Hilfsorganisationen, vor allem dank der tatkräftigen Hilfe der »Centrale Sanitaire Internationale«.

Unter den Ärzten des Konzentrationslagers in Argelés haben sich besonders bewährt: Genosse G. Nikolis (K.P.Ju.), K. Contelle (K.P.D.) und R. Bobea (im Lager in die Partei eingetreten). Unter den Parteiarbeitern muß ich ganz besonders hervorheben die Genossen De Costa und A. Carvallo (beide K.P. Brasiliens), die die Seele der Parteiorganisation im Lager waren.

Neben meiner ärztlichen Arbeit war ich Parteisekretär der Sanitätsgruppe und Instruktor ihrer drei Zellen.

Am 20. April 1939 wurde unser Lager nach Gurs überführt, wo wir uns mit den Internationalen aus dem Lager St. Cyprien vereinigt haben.

Ich wurde der Sanitätsleiter im Lager der Mitteleuropäisch-Balkan-Nationalitätengruppen und leitete die Konsultation für Chirurgie. Als die Franzosen uns die Arbeit im französischen Hospital des Lagers erlaubten, wurde ich dorthin geschickt als Leiter der chirurgischen Abteilung; gleichzeitig war ich der Parteileiter in jenem Hospital. Wir installierten nun hier die Konsultationen unserer Spezialisten, und so verrichteten, unter der administrativen Leitung und bei der technisch nur formalen Betätigung des französischen Militärpersonals, eigentlich wir die ganze Arbeit. (Kurz vor meiner Abreise, am 24. Mai, gelang es mir unter einem ärztlichen Vorwand in das Straflager von Gurs zu gelangen und die dort befindlichen Genossen zu sehen; von den Internationalen befanden sich da O. Flatter [K.P.U.] und P. Richter [K.P.D.]. Ich konnte am erstgenannten Genossen das Resultat der Mißhandlung, die ihm die französische Gendarmerie beigebracht hatte, feststellen und gab darüber einen ärztlichen Befund bei unserem Partei-Komitee.)

Von den zahlreichen Genossen, mit denen ich während dieser letzten Zeit zusammenarbeitete, will ich noch den Genossen Minkow (K.P.B.) erwähnen. Er war in der letzten Periode Leiter der Sanität des Internationalen Lagers in Gurs. Ein Mangel an Organisationsfähigkeit, gepaart mit einem übertriebenen Mißtrauen hinderten ihn, das Mögliche aus unseren Ärzte- und Sanitärkadern herauszuholen; was bei diesem Genossen unzweifelhaft war, war seine trotz Krankheit sich nicht schonende Arbeitsenergie und eine saubere Gesinnung.

Ich möchte mit einem Hinweis schließen. Als Arzt der Internationalen Brigaden seit ihrem Entstehen und des Konzentrationslagers der Internationalen während fast 4 Monaten kenne ich die Schwerverwundeten und Invaliden, die sich noch im Lager befinden, fast alle persönlich. Unter ihnen gibt es an 200 schwere Fälle (mit Amputationen, Lähmungen usw.), die für das Leben arbeitsuntauglich bleiben werden, andere, die ernste Nachbehandlung benötigen, um ihre Arbeitsfähigkeit wiederzuerlangen, wieder andere, die es durch

Frontsanität. Die fertige Arbeit wurde von Carlos Diaz den sowjetischen Militärbehörden überreicht, die keinerlei Interesse dafür zeigten. Bald darauf, bei den Kämpfen mit den Japanern am Chalchin Gol, bewies die sowjetische Frontsanität, daß sie aus den spanischen Erfahrungen nichts gelernt hatte. (S. 146/147)

eine Umschulung noch zu brauchbaren Arbeitsleistungen bringen könnten. Die auch sonst aufreibenden Verhältnisse im Konzentrationslager bedeuten für diese Menschen, unter denen es prächtige Parteigenossen gibt, eine unerhört schwere Probe und sie bedeuten gleichzeitig eine zusätzliche Belastung für die anderen, gesunden Genossen, die für sie aufzukommen haben. Das Problem dieser Invaliden ist vielleicht das dringendste von allen Problemen des Konzentrationslagers in Frankreich, dessen rasche Lösung eine große Erleichterung für alle Internierten bedeuten würde.

Moskau, 9. 7. 1939

Goryan Oscar
(Beer M. A.)

SIEGFRIED WENZEL

Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

Das Anliegen

Das Erscheinen des Buches von Heinz Dieterich »Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus«¹ hat in der kurzen Zeitspanne seit seinem Erscheinen große Beachtung gefunden und teilweise euphorische Einschätzungen sehr verschiedener Persönlichkeiten ausgelöst.

Nach dem Scheitern des ersten großen Versuchs der Schaffung einer von Marx ausgehenden alternativen sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Europa und der Sowjetunion sind die Kräfte und Strömungen, die eine solche, zur vorherrschenden marktwirtschaftlichen Ordnung alternative Entwicklung anstreben, über Ziel und Wege dahin zutiefst verunsichert und zersplittert. Es herrscht eine weit verbreitete Orientierungslosigkeit. Die Wege Chinas, Vietnams und Kubas werden häufig als nicht alternativ-sozialistisch eingeschätzt; eher als eine Entwicklung, die ebenso scheitern müsse, wie das sowjetische Modell oder sie würden sich in die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung einordnen. Mit dem Buch von Dieterich liegt der Versuch vor, die Grundzüge, Struktur und Charakteristika einer neuen alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung heraus zu arbeiten. Er baut dabei auf Ideen und einem Konzept von Arno Peters, einem ausgewiesenen Historiker, und Konrad Zuse, dem Erfinder der ersten betriebsfähigen, vollautomatischen Rechenanlage auf, die in dem im Jahre 2000 veröffentlichten Buch »Computer-Sozialismus« dargelegt sind und entwickelt sie weiter.

Die Konzeption von Dieterich geht in Übereinstimmung mit Peters von drei grundlegenden Annahmen aus.

Erstens: Die bürgerliche Gesellschaft und mit ihr die marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung ist in ihrer Endphase angekommen. Er schreibt: »Die Menschheit hat sich seit ihrer Entstehung bis vor etwa 5000 Jahren unter den Prinzipien der bedarfsdeckenden Lokalwirtschaft, des intuitiv äquivalenten Produktaus-tausches und der Solidargemeinschaft reproduziert und organisiert. Dann brach die durch privates Bereicherungsstreben gekennzeichnete Marktwirtschaft in die zivilisatorische Entwicklung ein und zerstörte die Prinzipien solidarischer Bande, wertgleichen Güteraus-tausches und gebrauchswertorientierter Arbeit und Produktion. Seitdem lebt die Gattung unter der privaten Tyrannei der Produktionsmittel-eigner und ihrer repressiven Staatsapparate in hierarchischen und antidemokratischen Klassengesellschaften.«² Es wird der Begriff des »historischen Projektes« eingeführt und als die treibende Kraft der

Siegfried Wenzel – Jg. 1929, Diplomökonom, studierte Volks- und Betriebswirtschaft an der Universität Leipzig, arbeitete in der Leitung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft sowie der Staatlichen Plan-kommission der DDR, zuletzt als Stellvertreter des Vorsitzenden verantwortlich für volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, war Mitglied der Regierungs-delegation zur Vorbereitung der Währungsunion BRD – DDR, publizierte vor allem zur Wirtschaftsgeschichte der DDR, u. a. »Was war die DDR wert?« und »Was kostet die Wiedervereinigung?« (2003). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa, Heft 133, (November 2001).

1 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahr-

hunderts, Kai Homilius Verlag Berlin 2006.

2 Ebenda, S. 21.

Geschichte bezeichnet. Dieterich knüpft, gestützt auf Peters umfangreiche historische Arbeiten, an die Analyse des bestehenden kapitalistischen Systems durch Marx an und begründet anhand der seit dieser Zeit gesammelten Erfahrungen und wirksam gewordenen neuen Entwicklungen politischen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Charakters anhand vieler Fakten eindrucksvoll die Notwendigkeit der Ablösung dieses Systems, wenn der Absturz der Menschheit in die Barbarei verhindert werden soll.

Als Kern des historischen Projektes der marktbestimmten, später kapitalistischen Gesellschaft wird der »nichtäquivalente Austausch« hervorgehoben als die entscheidende Quelle der bestehenden ökonomischen und sozialen Ungerechtigkeit, der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen, der bedrohlichen Vernutzung der ökologischen Ressourcen dieser Erde und damit der menschlichen Existenz.

Zweitens: Diese Situation erfordert nach Peters und Dieterich den Übergang zu einem neuen, postkapitalistischen Projekt: Der nicht-äquivalente Austausch müsse durch das Prinzip der Äquivalenz ersetzt werden. Dieses Konzept geht davon aus, dass die Äquivalenz für die Wirtschaft die Gleichwertigkeit jener Güter und Leistungen bedeutet, die in der arbeitsteiligen Welt ausgetauscht werden, also die vollkommene Entsprechung von Leistung und Gegenleistung, von Wert und Preis. Peters beruft sich in diesem Zusammenhang auf Ricardo, der feststellte: »Schon in der frühen Wirtschaftsgeschichte ist also der Wert eines Gutes nicht durch seinen Gebrauchswert bestimmt, sondern allein durch die in ihm enthaltene Arbeitsmenge.« Marx und Engels hätten als wissenschaftliche Revolutionäre oder revolutionäre Wissenschaftler Zeit ihres Lebens nicht nur die Logik allgemeinen gesellschaftlichen Handelns wissenschaftlich entschlüsselt und in ihren entfremdeten Manifestationen politisch bekämpft, sondern auch die Systemlogik privatkapitalistischer Marktwirtschaft in der Kritik der politischen Ökonomie mit außerordentlichem Erfolg analysiert. »Diese ungeheure Forschungsleistung, verbunden mit revolutionärer politischer Tätigkeit, Exil und außerordentlichen persönlichen Entsaugungen, beanspruchte ihre gesamte Energie. Für die Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags zum Wirtschaftssystem des zukünftigen Sozialismus, dem neuen Staatsgebilde sowie der Organisation der sie tragenden Massen blieb daher keine Zeit mehr. Für die revolutionäre Übergangsphase zum Kommunismus gibt es daher wichtige Hinweise in ihren Arbeiten, ... doch hätten konkrete strategische Planungen auf der Basis nationaler Entwicklungsbedingungen erst unter Lenin und den Bolschewiki realisiert werden können.«³

3 Ebenda, S. 78.

Drittens: Mit der Mikroelektronik und Erfindung der modernen Rechenanlagen sei eine neue Stufe in der Erfassung und Steuerung der komplexen und zugleich hoch differenzierten Faktoren der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung erreicht, ohne den Umweg über die blinden Gesetze des Marktes und den damit verbundenen nichtäquivalenten Austausch gehen zu müssen. In einem Vortrag am 7. Mai 1995 in Palermo führte Peters aus: »Das Ineinandergreifen von Produktion, Verteilung, Konsum und Dienstleistungen kann vom Computer gesichert werden: Die weltweite Entwick-

lung des Bedarfs (einschließlich der Rangordnung dieser Bedürfnisse), die Lenkung der Produktion (einschließlich der Errichtung neuer Produktionsstätten) und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen wäre vom Computer bereits heute zu bewältigen. *Computer-Sozialismus* nannte der Erfinder des Computers, Konrad Zuse, diese Wirtschaftsordnung, wenn sie das Äquivalenzprinzip mit der Arbeitswertlehre verbindet. Damit war die ökonomische Dimension des Computer-Sozialismus bestimmt.«⁴ Dieterich ergänzt, dass Veränderungen in den Preis-Kosten- bzw. Wertrelationen bereits mit der aktuellen Informationslogistik auf nationalem Niveau stündlich erfasst und an die Betriebseinheiten weitergegeben werden könnten, so dass die Flexibilität und Reaktionsmöglichkeiten auf wirtschaftliche Parameter-Veränderungen unvergleichlich viel schneller (effizienter) durchgeführt werden können als es der kontemporäre »Markt« kann. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten der Engländer Cockshott und Cotrell und die Tatsache, dass bereits 1993 Supercomputer in der Lage waren, eine demokratisch definierte Planungsaufgabe für eine große Volkswirtschaft mit etwa 12 Mio. Produkttypen innerhalb von zehn Minuten zu lösen.⁵

Die Konzeption Dieterichs, gestützt auf Peters und Zuse, besteht darin, in einem »entscheidenden Schritt für den Übergang zum Sozialismus, den für die Bourgeoisie lebenswichtigen privatwirtschaftlichen Planungsmechanismus des Marktes zu ersetzen durch die demokratische koordinierte kybernetische Regulation der unmittelbaren Produzenten. Der Markt und sein Preiskalkül als fünftausendjähriger obsoleter Modus der Ressourcenverteilung, ersetzt durch Mehrheitendemokratie und wertökonomisch operierendes, elektronisch gesteuertes gesellschaftliches Produktiveigentum, das wäre das geschichtliche Ende der bürgerlichen Klasse ...«⁶ Zuse hat seinen Standpunkt dazu in einem Vortrag am 4. Oktober 1993 im Deutschen Museum in München wie folgt dargelegt: » ... dass der Computer letzten Endes dazu dient, die Belange der Gesellschaft zu lösen. ... Mir schwebt so etwas vor wie eine Art Computersozialismus ... was die Idealisten in den sozialistischen Ländern im Osten dachten, was ihnen dann aber leider nicht ganz gelungen ist«.

Bemerkenswert und in mancher Hinsicht neu sind in diesem Zusammenhang Einschätzungen zu den »eigentlichen Ursachen« des Scheiterns des sowjetischen Modells einer alternativen Gesellschaft in Europa und der Sowjetunion: Weder die wissenschaftliche Erkenntnis, noch der Fortschritt der Produktivkräfte seien auf dem Entwicklungsstand angekommen gewesen, den die Formulierung eines Programms sozialistischer Ökonomie oder wirklicher Mehrheitendemokratie erfordert hätte. Dieterich formuliert seine Sicht dieser Zusammenhänge und ihrer Rolle beim Scheitern dieses ersten großen Sozialismusversuchs folgendermaßen: »Die Werttheorie, die die Essenz der politischen Ökonomie von Marx und Engels darstellt, hatte, Ricardo folgend, den objektiven Wert des Produktes korrekt über die gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Menge abstrakter Arbeit bestimmt, die in die Produktion einer Ware investiert wird. Aber es gab weder Computer, noch Datenübertragungsnetze, noch die fortgeschrittene Mathematik, welche für die Wertkalkulation eines Produktes in der Praxis notwendig sind. Die für die Gestaltung

4 Arno Peters: *Computer-Sozialismus*, Verlag Neues Leben Berlin 2000, S. 12.

5 *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts*, a. a. O., S. 95.

6 *Ebenda*, S. 79.

einer – im Verhältnis zur kapitalistischen Chrematistik qualitativ unterschiedlichen sozialistisch-demokratischen Ökonomie vitalen Theoreme der Wertbildung ... konnten daher nicht zur operativen Basis einer realen Ökonomie werden. Aus diesem Grunde basierten die Volkswirtschaften der sozialistischen Staaten auf Kosten-Preis-Berechnungen in monetären Einheiten, die im allgemeinen an den Weltmarktpreisen orientiert waren oder an soziopolitischen Direktiven der Regierung, und nicht an den Mengeneinheiten abstrakter Arbeit. Demzufolge konnte sich der Austausch von Produkten, Dienstleistungen und Arbeitskraft auch nicht in gleichen Wertgrößen vollziehen, als Äquivalententausch, sondern wie Arno Peters herausgearbeitet hat, nur in gleichen Preisgrößen, will sagen als äquipterärer (nicht wertgleicher) Tausch. ... Die objektive Unmöglichkeit, die Ökonomie der neuen Gesellschaft auf einer der nationalen Chrematistik qualitativ anderen Basis zu konstruieren – in welcher als gesellschaftliche Verrechnungseinheit nützlicher Arbeit computerisierte Arbeitszeiten anstelle monetärer Kosten Preis-Kalkulationen verwendet und unternehmerische Autokratie durch mehrheitsdemokratische Planung ersetzt würden –, machte den Quantensprung des Systems aus dem realen Sozialismus in den wirklichen Sozialismus unmöglich.«⁷ Und Dieterich stellt in diesem Zusammenhang fest: Dies sei in der Tat die tiefstliegende, auf der Ebene der Produktivkräfte angesiedelte gesellschaftliche Ursache des inneren Zusammenbruchs der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Länder. Tragischerweise sei die Sowjetunion gerade in dem historischen Augenblick implodiert, in dem die objektiven Barrieren des Übergangs zum wirklichen Sozialismus von Wissenschaft und Technik überwunden werden. »Tragisch deshalb, weil bei Lenin die subjektiven Voraussetzungen antibürgerlichen Triumphes vorlagen, nicht so die objektiven, während bei Gorbatschow die objektiven Bedingungen reif wurden, aber die subjektiven fehlten.«

7 Ebenda, S. 78

Peters, Zuse und Dieterich halten eine Planwirtschaft für unabdingbar bei der Gestaltung menschlicher Gesellschaften, die auf Arbeitsteilung und Kooperation beruhen. Sie setzen dem neoliberalen mainstream der Vergötterung der blinden Kräfte des Marktes die ordnende und organisierende Rolle einer demokratischen Planwirtschaft entgegen als die für die menschliche Entwicklung einzig bestehende Alternative. »Und als vor 6000 Jahren die Menschen in den Flusstälern des Nil, des Euphrat und Tigris, des Indus und des Hoangho durch Anlage von Dämmen, Staubecken und Kanälen die Ströme bändigten, war das schon Wirtschaftsplanung, die ganze Völker in Gemeinschaftsarbeit verband. Ägyptens Pyramiden und die Chinesische Mauer wären ohne zentrale, planende Ordnung nicht zu vollbringen gewesen.«⁸ Sie weisen darauf hin, dass »dieses sich gegenseitig ergänzende und fördernde, aber auch konkurrierende Nebeneinander von zentraler Wirtschaftslenkung und privater Gewinnplanung während der ganzen Dauer des Bestehens der Marktwirtschaft erhalten« hat. Peters weist darauf hin, dass die Bedeutung der staatlichen Wirtschaftsplanung in dem Maße wächst, wie der über Steuern und Abgaben durch die Hand des Staates laufende Anteil am Sozialprodukt zunimmt. Es habe also seit Entstehung der Marktwirtschaft stets einen Planungs dualismus gegeben, der die In-

8 Arno Peters ebenda, S. 32.

teressen einer sich verselbständigenden Wirtschaft in Einklang brachte, ohne die eigentliche Aufgabe der Wirtschaft, nämlich die Versorgung aller Menschen, zu seiner Zielstellung zu machen anstatt des maximalen Gewinns und Profits der Kapitaleigner. Seit 1917 seien Staaten aufgebaut worden, in denen dieser Planungs dualismus einer dominierenden zentralen Planung Platz gemacht hat.

So unwirklich es klingt, so zutreffend ist es im Kern doch, wenn festgestellt wird, dass damit anstelle der Regulierung durch Angebot und Nachfrage (Marktwirtschaft) eine Art Bedarfsdeckungswirtschaft (Planwirtschaft) getreten ist. Ob die Planwirtschaft eine optimale Bedarfsdeckungswirtschaft sein kann, »ist abhängig von der technischen Entwicklungsstufe des betreffenden Landes sowie von der laufenden Ermittlung des allgemeinen Bedarfs und seiner direkten Umsetzung in Gütererzeugung, vom Stand der Dienstleistungen und der Güterverteilung, wie sie mithilfe des Computers möglich geworden ist. Aber das sei auch noch von einer zweiten Prämisse abhängig: von einer gerechten Verteilung der erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen. Planwirtschaft sei also noch kein Sozialismus. Damit aus der Planwirtschaft Sozialismus werde, müsse auch dessen zweites Merkmal verwirklicht sein: das von Marx begründete Prinzip *Jedem nach seiner Leistung*. Dieses Ziel könne nur verwirklicht werden durch eine Verteilung der erzeugten Güter und erbrachten Leistungen nach dem *Äquivalenzprinzip*.⁹

9 Ebenda, S. 38/39.

Die Problematik

Wie dargelegt, besteht die zentrale Idee des Konzeptes »Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in der Postulierung des Übergangs vom »nichtäquivalenten Austausch« als dem entscheidenden Charakteristikum der Warengesellschaft zur Verwirklichung des Prinzips des »äquivalenten Austausches« als der ökonomischen Grundlage einer neuen postkapitalistischen Ordnung, eines neuen historischen Projektes.

Dieses Wertmaß gefunden und definiert zu haben, sei die große Leistung der klassischen Ökonomie. Die Arbeitswertlehre von Smith habe noch kein praktisch anwendbares *Wertmaß* entwickelt. Ricardo habe dann versucht, aus der Arbeit das Maß abzuleiten, das »Wertmessungen mit der gleichen Verbindlichkeit erlaubt wie das Urmeter in Paris Längenmessungen«. Er habe die Arbeit nicht nur als *Wertursache*, sondern auch als *Wertmaß* betrachtet. Peters konstatiert: Dadurch wurde die Zurückführung des Wertes jedes einzelnen Gutes auf die in ihm enthaltene Arbeitsmenge, besonders im Hinblick auf die ständige Veränderung dieser Faktoren, zu einer rechnerisch kaum zu bewältigenden Aufgabe. Ohne deren Lösung wäre jedoch das Äquivalenzprinzip nicht zu verwirklichen. Erst durch die Erfindung des Computers, der diese Aufgabe lösen kann, ist neben der die allgemeine Bedarfsdeckung sichernden Planwirtschaft auch die zweite Grundlage des Sozialismus praktisch zu verwirklichen: Der Austausch von Gütern und Leistungen zu ihrem Wert.«¹⁰

10 Ebenda, S. 43.

Die Leistung von Marx beschreibt Peters wie folgt: Er (Marx) ging davon aus, dass die menschliche Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft zur Ware geworden sei, die mit ihrem jeweiligen Marktpreis (=Lohn) voll bezahlt ist. Peters zitiert Marx: »Daß der Wert,

den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer.« Und er versicherte sogar, es würden bei diesem Kauf die Gesetze des Warenaustausches in keiner Weise verletzt. Äquivalent werde gegen Äquivalent ausgetauscht.

Während bis zu diesem Punkt die Logik der Gedanken von Peters und Dieterich – unabhängig davon, ob man ihnen im Einzelnen zustimmt oder nicht – nachzuvollziehen ist, erweist sich als das entscheidende Problem, das letzten Endes über die Tauglichkeit des »neuen historischen Projektes« zur bestehenden kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung entscheidet, die Frage, auf welchem computerisierten Wege es möglich ist, die konkrete Arbeit auf das einheitliche Maß »durchschnittlich gesellschaftlich notwendige abstrakte Arbeit« zu transformieren. Dieterich formuliert das Problem so: »Im Unterschied zum subjektiven Charakter der von der bürgerlichen Ökonomie verwendeten Konzepte Preis und Wert ist das Konzept des Wertes als die in einem Produkt oder einer Dienstleistung real enthaltene direkte und indirekte Arbeitszeit abstrakte Arbeit eine objektive Größe«. ¹¹

11 Heinz Dietrich ebenda, S. 145 f.

Wie stellen sich Dieterich und Peters in ihrem Projekt des Äquivalenzaustausches die Lösung dieses Problems vor? Dieterich führt aus, dass »der Präzisionsgrad, mit dem jeder einzelne Produktionsfaktor als Zeit bestimmt werden kann, davon abhängt, ob es sich um lebendige oder verdinglichte Arbeit handelt. Die Zeiten (Werte) lebendiger Arbeit ... könnten mit einer Präzision von annähernd 100 % berechnet werden, da alle Produktionsprozesse der modernen Ökonomie auf dem Vektor ›Zeit‹ basieren.

Die Berechnung der Werte an verdinglichter Arbeit (Maschinen, Werkzeuge, Räumlichkeiten etc.), die anteilmäßig in das Produkt eingehen, sei komplexer und erfordere Approximationsmethoden, die ähnlich der Berechnungsgrundlage der zur Zeit gebräuchlichen Wertminderungstabellen (Abschreibungen) hinreichend akzeptable Annäherungswerte ergeben. ... In der ersten Etappe des Neuen historischen Projektes wäre der Prozess der Messung, Operationalisierung und Instrumentalisierung des objektiven Wertes demzufolge eine Kombination von präzisen Messungen und begründeten, nicht willkürlichen Schätzungen.« ¹² Bereits hier ist anzumerken, dass der Anteil der verdinglichten Arbeit am Wert eines Produktes oder einer Leistung aufgrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ständig wächst und deshalb auch der Anteil der geschätzten Wertbestandteile beträchtlich ist und sich ständig weiter erhöht.

12 Ebenda, S. 149.

Peters lässt als Arbeitswertmaß ausschließlich die Arbeitszeit gelten. Eine Bewertung der unterschiedlichen Inhalte der konkreten Arbeiten ist bei ihm nicht vorgesehen und nicht Bestandteil seines Äquivalenzprinzips. Damit geht er zwar den Schwierigkeiten der Reduktion der komplizierteren konkreten Arbeiten auf das einheitliche Maß der durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeit aus dem Weg; allerdings fehlt so dem Petersschen Projekt der Äquivalenzökonomie damit der Faktor der Motivation zur Erbringung der notwendigen komplizierteren Arbeiten wie auch eine entscheidende Voraussetzung für die Realisierung des ökonomischen Prinzips: Jedem nach seiner Leistung.

Das entscheidende Problem besteht darin, dass mit dem Vektor »Zeit« z. B. einer Arbeitsstunde, noch nicht der unterschiedliche Inhalt einer Arbeitsstunde konkreter Arbeit, d. h. die Differenzierung in der Wertschöpfung erfasst und auf das Einheitsmaß abstrakte Arbeit transformiert ist. Das hat Dieterich in folgender Formulierung zum Ausdruck gebracht: »Das von Arno Peters stipulierte Prinzip rigoroser Äquivalenz oder absoluter Gleichheit in der Entlohnung einfacher und komplizierter Arbeit kann in der gemischten Ökonomie des Übergangs realistischere nicht aufrechterhalten werden, da es der Konditionierung des menschlichen Charakters im Kapitalismus – möglicherweise auch seiner anthropologischen Natur – nicht genügend Rechnung trägt, wie etwa der Bedeutung materieller Anreize, dem Machtstreben und Machtmissbrauch, dem Neid, den Tendenzen zur Korruption, dem Narzissmus, Autoritarismus und Konsumismus.«¹³ Er verweist in diesem Zusammenhang auf die in dieser Hinsicht in der DDR und auch in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen. Dieterich macht dieses grundlegende Problem auch an folgendem Zusammenhang deutlich: »Einer der wichtigsten, aber auch komplexesten Aspekte dieser Problematik ist die Beziehung zwischen der Produktivität einer Arbeitskraft und ihrer materiellen Vergütung, also die Frage, wann eine höhere individuelle Produktivität des Beschäftigten A gegenüber dem Beschäftigten B, bei gleicher Anzahl geleisteter Arbeitsstunden, eine höhere Gratifikation für A erlaubt?« Dieterich lässt die Frage offen, ob eine höhere Gratifikation erlaubt ist, wenn die höhere Produktivität durch sein Interesse, seine professionelle Ausbildung, formale Erziehung, Sorgfalt, Disziplin, Wille usw. begründet ist. Auf die Frage, wie zu verfahren ist, wenn die höhere Produktivität nicht seinem eigenen oder persönlichen Verdienst entspricht – z. B. in einem physisch leistungsfähigeren Alter zu sein, über eine bessere Produktionstechnologie zu verfügen, einer ethnisch und geographisch privilegierten Gruppe oder einem privilegierten Geschlecht anzugehören –, gibt er zur Antwort, es wäre keine bessere Vergütung als der Basislohn zu rechtfertigen. Außerdem müssten Arbeitsbedingungen in Rechnung gestellt werden, die extrem schwer oder gesundheitsgefährdend sind.

Aus den Darlegungen von Dieterich wird deutlich, dass es in diesen Fragen zwischen ihm und Peters unterschiedliche Standpunkte gibt. Das Argument von Peters, dass die Berechnung solcher Vergütungen – über den objektiven Wert hinaus – notwendigerweise subjektiv ist, sei zweifellos korrekt; da es keinen Modus gibt, aufzuz zeigen, dass ein Ingenieur zweimal mehr anstelle von 1,8 oder 2,2 Mal mehr zu verdienen hat als ein Mechaniker. Dieterich stellt fest: »Dieser Multiplikator des Basiswertes ist unvermeidlich subjektiv und insofern ein möglicher Gefahrenpunkt von Korruption und Ungerechtigkeiten.« Trotzdem hält er auch in dieser Frage das Konzept des Äquivalenzaustausches für besser als das des »brain drain«, das aus dem kapitalistischen Einkommensgefälle zwischen niedrig- und hochtechnifizierten Gesellschaften entspringt. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der DDR ist Dieterich unbedingt zuzustimmen, wenn er feststellt, dass es wenig realistisch wäre zu versuchen, vom kapitalistischen *homo oeconomicus* ohne Übergang zum ethischen Menschen der zukünftigen Demokratie zu gelangen. Das gilt aber offensichtlich nicht nur für den Übergang. Bei Marx und Engels

13 Ebenda, S. 151.

sei das Problem mit dem Konzept der Reduktion von komplizierter Arbeit auf einfache gesellschaftlich notwendige Arbeit gelöst. Hier ist festzustellen, dass das nur insofern zutrifft, als Marx im Rahmen der Werttheorie dazu einen gedanklichen Ansatz vorgeschlagen hat, auf das Problem der praktischen Realisierung jedoch nicht eingegangen ist. Wenn es in einer solchen Grundfrage zwischen den Hauptvertretern der Äquivalenztheorie grundlegend verschiedene Auffassungen gibt, kann man diesem Konzept nicht als ausgereift und für in sich schlüssig betrachten.

In diese Problematik ist eingeschlossen die Schwierigkeit, die sog. mittlere Produktivität zu ermitteln. In der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaft tendiert das ökonomische Subjekt, dessen Produktivität unterhalb des nationalen oder internationalen Durchschnitts liegt, dazu eliminiert zu werden, vor allem in Krisenzeiten. Das bedeute, so Dieterich, dass die heutigen Produktionskosten im Prinzip eine realistische Richtschnur hinsichtlich des erreichten Produktivitätsstandes zu jedem Zeitpunkt und in jedem Winkel der globalen Ökonomie darstelle, wenn auch die praktischen Berechnungsprobleme, die aus Währungsverhältnissen, Subsidien, manipulierten Statistiken usw. resultierten, nicht unterschätzt werden sollten. »Für die demokratisch geplante Ökonomie wird ein ähnlicher Standard benötigt – eine mittlere Produktivität – der es erlaubt, die Effizienz jeder ökonomischen Einheit, vor allem der Unternehmen, mit einer gewissen Objektivität zu bewerten, um keine knappen Ressourcen zu verschwenden. Diese durchschnittliche Produktivität würde, demokratisch vermittelt, als eines der Leitprinzipien der Äquivalenztwirtschaft das ersetzen, was Marx das Wertgesetz der kapitalistischen Ökonomie genannt hat.«¹⁴

14 Ebenda, 153.

Daraus ergibt sich, dass die Äquivalenzkonzeption diesen entscheidenden Baustein des Gesamtkonzeptes nicht eigenständig ermitteln kann, sondern den erreichten Stand der gegenwärtigen Ausbeutungsgesellschaft übernehmen muss. Es entsteht hier eine ähnliche Situation wie bei der Ermittlung der Realität angenäherter Preise, respektive Werte für die Ökonomie des sog. sozialistischen Weltmarktes. Man musste auf die Weltmarktpreise der kapitalistischen Welt zurückgreifen, hatte also keine eigene, autonome Wertbasis, die die Funktion eines Marktes voraussetzt.

Es handelt sich bei dieser Problematik nicht nur um eine zentrale Frage, die für die Tauglichkeit des »neuen historischen Projektes« von grundlegender Bedeutung ist, sondern generell für jedes Projekt, das auf die Steuerung der Wirtschaft durch den marktwirtschaftlichen Regulierungsmechanismus verzichten will.

Was findet sich bei Marx zu dieser komplexen und komplizierten Problematik? Im ersten Kapitel des Kapital führt er aus: »Ursprünglich erschien uns die Ware als ein Zwieschlächtiges, Gebrauchswert und Tauschwert. Später zeigte sich, daß auch die Arbeit, soweit sie in Wert ausgedrückt ist, nicht mehr dieselben Merkmale besitzt, die ihr als Erzeugerin von Gebrauchswerten zukommen. Diese zwieschlächtige Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit ist zuerst von mir kritisch nachgewiesen worden. Da dieser Punkt der Springpunkt ist, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht, soll es hier näher beleuchtet werden.«¹⁵

15 Karl Marx: Das Kapital, in: MEW Bd. 23, S. 56.

»Der Wert der Ware aber stellt menschliche Arbeit schlechthin dar ... Sie ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung, in seinem leiblichen Organismus besitzt. *Die einfache Durchschnittsarbeit* selbst wechselt zwar in verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben. Kompliziertere Arbeit gilt nur als *potenzierte* oder vielmehr *multiplizierte* einfache Arbeit. ... Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar.«¹⁶

Ebenda, S. 59

In einem bestimmten Umfang kommt Marx dazu in seiner »Kritik des Gothaer Programms, Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei« 1875 zurück. In Bezug auf die erste Phase seiner Vision einer kommunistischen Gesellschaft, einer Phase mit Übergangscharakter wie er hervorhebt, die gemeinhin als sozialistische Gesellschaft oder Sozialismus bezeichnet wird, schreibt er: »Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. ... Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. ... Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt ... Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein.«¹⁷

17 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 20 f.

Marx legt nicht dar, wie dieser Vorgang ohne das Vorhandensein eines funktionierenden Marktes praktisch verwirklicht werden kann. Offenbar ist aber die Lösung dieses Problems eine generelle Voraussetzung für die Gestaltung der Ökonomie einer sozialistischen Gesellschaft im Wortverstand von Marx und auch des neuen historischen Projektes von Peters und Dieterich. Die Formulierung »... der Ausdehnung *oder* der Intensität nach ...« lässt Fragen offen. Offensichtlich muss es heißen »der Ausdehnung *und* der Intensität nach«, weil sonst das ökonomische Grundprinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« nicht realisierbar ist. Marx formulierte seine Gedanken zu einem Zeitpunkt, da die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft noch weit in der Ferne lag. Dieses Problem der Erfassung der unterschiedlichen Intensität der Arbeit erhält aber zudem ständig wachsendes Gewicht, weil der Anteil der wissenschaftlich-technischen, d. h. der höher qualifizierten Arbeit, fortlaufend zunimmt und die Berücksichtigung dieses Umstandes für die materielle Interessiertheit der Produzenten grundlegende Bedeutung besitzt. In diesem Punkt muss Marx offensichtlich weitergedacht werden.

Peters und Dieterich halten, wie dargelegt, dieses Grundproblem bei Nutzung der modernen Rechentechnik und moderner mathematischer Verfahren ohne Inanspruchnahme der blinden Gesetze des Marktes für lösbar. Die Erfahrung lehrt, dass allgemeine gedankliche Vorstellungen auf dem Gebiete der Ökonomie nur erste Schritte für die Erfassung und Beherrschung der vielfältigen realökonomischen Vorgänge darstellen und allzu leicht bereits für die volle Lösung gehalten werden. Aber gerade daran kann das ganze Projekt scheitern.

Eine entscheidende Rolle wird von Dieterich dabei der Peters-Rose, einer Grafik zur Erfassung der in Produkten und Leistungen enthaltenen Arbeit, zugemessen. Wegen der zentralen Bedeutung dieser Frage für die Verwirklichung der Konzeption von Peters/Dieterich soll auf die Entstehung und die Möglichkeiten der Peters-Rose detaillierter eingegangen werden.

Die Peters-Rose

Dieterich schreibt: »Kurz vor seinem Tod (2003) hat Arno Peters in bedeutender Weise das didaktische Problem des Verständnisses des Wertkalküls vorangebracht. Neben den ursprünglich von Wassily Leontieff entwickelten Input-Output-Matrizen, die es gestatten, komplexe wechselseitige Abhängigkeiten und Verflechtungen quantitativ zu kalkulieren ... gelang es dem Wissenschaftler im Januar 2002 eine Matrix zu entwickeln, die die Berechnung des Wertes eines beliebigen Produktes erlaubt. Dieses Paradigma, das Peters selbst als »Peters-Rose« bezeichnete, verdeutlicht die für die Wertberechnungen der Äquivalenzökonomie notwendigen Einsatzfaktoren der Produktion, die den Gesamtwert des Produktes ergeben. Die Matrix von Peters (Peterssche Rose) ist eine deutlich didaktischere Form, das theoretische Problem der Berechnung des objektiven Wertes darzustellen, als die Input-Output-Tabellen (IOT) von Wassily Leontieff. ... Die Matrix erlaubt es, anschaulich alle Produktionsverfahren auf zwei zurückzuführen, in Übereinstimmung mit der klassischen Ökonomie und ihrem Postulat, dass ausschließlich die Arbeit in lebendiger und verdinglichter Form Wert schafft bzw. transferieren kann. ... Die Peters-Rose zeigt auf, dass der Präzisionsgrad, mit dem jeder einzelne Produktionsfaktor als Zeit bestimmt werden kann, davon abhängt, ob es sich um lebendige oder verdinglichte Arbeit handelt.«

Damit werden von Dieterich Lösungen postuliert, die mit der Peters-Rose nicht erreichbar sind. Das ist einmal die Transformation der einzelnen konkreten Arbeiten auf das Einheitsmaß abstrakte Arbeit, und das ist zum anderen die Approximation (Näherungsschätzungen) der vergegenständlichten Arbeit, die als Produktionsverbrauch in das neue Produkt eingeht. Außerdem muss die Frage weiter geprüft werden, ob die ungeheure Vielzahl ökonomisch gesellschaftlicher Prozesse, die sich im Gegensatz zu den naturwissenschaftlichen Gesetzen nur als eine Tangente aus dem Wirken millionenfacher unabhängiger Willen und Verhaltensweisen äußern, computerisiert brauchbar erfassen lassen.

Eine grundlegende Fehlorientierung besteht offensichtlich in der Auffassung, dass in der auf dem Äquivalenzprinzip beruhenden Ge-

sellschaft dem Arbeitnehmer der volle oder unverkürzte Arbeitsertrag auszuzahlen sei und man ihm als Ausdruck höchster Produzentendemokratie selbst entscheiden lassen solle, auf welche Teile davon er für gesamtgesellschaftliche Aufgaben verzichtet. Mit dieser utopischen Lassallschen Idee hat sich Marx in der Kritik des Gothaer Programms prinzipiell auseinander gesetzt und nachgewiesen, dass vom gesellschaftlichen Arbeitsertrag in einer entwickelten Gesellschaft »Abzüge vom unverkürzten Arbeitsertrag« eine ökonomische Notwendigkeit sind; z. B. zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel, für die Ausdehnung der Produktion, für Reserve- und Assekuranzfonds, für Bildung, Gesundheitswesen, Fonds für Arbeitsunfähige.

Für das Verständnis dieser Probleme erscheint es nützlich, kurz auf die Entstehungsgeschichte der Peters-Rose einzugehen.

In einem Brief vom 2. März 2002 schrieb Peters an den Autor dieses Beitrags¹⁸: »Deshalb sende ich Ihnen anbei die heute fertig gestellte Version V meiner ›Rose«, von der ich hoffe, dass sie helfen kann, die Arbeitszeit aller einzelnen Produkte zu errechnen ... um dann die zweite Phase, eben die Errechnung des Wertes (= der Arbeitszeit) zu beginnen. Meiner Rose liegt ein binäres System zugrunde, der erste Ring um den Mittelkreis (›Produkt‹) teilt die in diesem Produkt (etwa einer Tasse) enthaltene Gesamtarbeitszeit, die für das Produkt notwendig war, in lebendige und verdinglichte Arbeit. An dieser Zweiteilung des ersten Ringes möchte ich gerne festhalten (bin aber auch da noch offen – nur zeigt die Rose sogleich beim ersten Blick, dass es nur um die im Produkt enthaltene Arbeit geht – was ich gut finde.) Bei den weiteren drei Ringen finden Sie immer eine Zweiteilung, die zum Schluss 16 Kategorien bringt; und in jedem, dem Produkt näheren, doppelt so breiten Segment ist immer die Summe der beiden weiter außen stehenden Segmente enthalten.

Diese und andere Fragen wurden während eines zweitägigen intensiven Meinungsaustausches in Bremen eingehend erörtert. Im Verlaufe dieser Diskussion entstand eine weitere Version der Peters-Rose als Manuskript.

Das Problem besteht darin: Die Ausfüllung und Modellierung der Peters-Rose zunächst für ein Produkt – wie es die Rose vorsieht – setzt voraus, dass alle Segmente, die in den Wert dieses Produktes eingehen, ebenfalls ausgedrückt in Arbeitsstunden, vorliegen müssen. Das wird im Allgemeinen eine beträchtliche Zahl anderer Produkte und Leistungen sein, die vorher in Arbeitsstunden erfasst sein müssen. Es entsteht ein Problem der Gleichzeitigkeit und das Problem, dass es keinen einfachen Anfang geben kann. Ob dies mit Hilfe der modernsten Rechentechnik möglich ist, muss weiter untersucht werden. Es ist zu berücksichtigen, dass bereits bei einer Glühbirne mehrere Dutzend solcher bereits transformierter Inputs erfasst werden müssen, darunter auch solche schwer abgrenzbare Leistungen wie anteilige Kosten für wissenschaftlich-technische Leistungen, Grundstücks- und Gebäudekosten, Arbeitsorganisation, Ausbildungskosten u. a. Das heißt bei jedem einzelnen Input für die Glühbirne müssten vorher deren Inputs erfasst werden, wodurch sich eine sich ständig erweiternde Kette über mehrere Etagen ergibt.

Das bedeutet, dass auch mit der Peters-Rose das Problem der Transformation der einzelnen konkreten Arbeiten auf das Einheits-

18 Der Brief vom 2. 3. 2002 befindet sich im Privatarchiv des Autors.

maß abstrakte Arbeit nicht gelöst ist. Damit fehlt ein entscheidender Baustein für die Verwirklichung einer Äquivalenzökonomie, aber auch für jedes andere alternative Konzept, das dem Prinzip folgt: Jedem nach seiner Leistung.

Alternative Überlegungen

Angesichts dieser Sachlage ergibt sich die Schlussfolgerung, in dieser ersten Phase einer grundlegend alternativen Gesellschaft den in der sechstausendjährigen Geschichte der Warenwirtschaft ausgebildeten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus neben der makroökonomischen Planung als ein Hauptsteuerungsinstrument der wirtschaftlichen Entwicklung zu nutzen. Es drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die Nutzung des Wertgesetzes in der nächsten überschaubaren Zukunft für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft – zumindest so lange das Prinzip gilt ... jedem nach seiner Leistung – ein objektives Erfordernis der Entwicklung moderner Produktivkräfte ist. Offensichtlich kann es in seiner Grundstruktur in diesem Zeitraum durch nichts anderes ersetzt werden. Die Logik dieses Gedankens führt allerdings auch zu weiteren Schlussfolgerungen, die umstritten aber notwendig sind. Wenn anerkannt wird, dass die Gesetze der Warenwirtschaft und das Wertgesetz objektive Gesetze der sozialistischen Gesellschaftsformation sind, dann setzt das die Existenz eines Marktes voraus. Das erfordert aber zugleich die Anerkennung der Wirkung von Angebot und Nachfrage sowie der Konkurrenz bzw. des Wettbewerbs zwischen ökonomisch und rechtlich selbständigen Akteuren im Rahmen demokratisch bestimmter und gesellschaftlich zu gewährleistender Ordnungsprinzipien.

Das ist keine Abwendung von Marx, sondern das Weiterdenken seiner fundamentalen Ideen unter Berücksichtigung der seither in einhundertfünfzig Jahren gesammelten Erfahrungen. Offensichtlich sind neue Überlegungen erforderlich, die auch die Überprüfung bisher gültiger Grundsätze und nicht mehr die Realität entsprechender Dogmen erforderlich machen.

Was spricht gegen eine solche Schlussfolgerung? Es kann eingewandt werden, dass der gegenwärtig bestehende und sich noch verstärkende neoliberale mainstream und die bestehenden gesellschaftlichen Macht- und Manipulierungsverhältnisse eine solche Entwicklung nicht zulassen. Die Vertreter dieser Auffassung müssen sich fragen lassen, auf welchem anderem Weg die bestehende Ordnung geändert werden soll; wenn nicht durch die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten, dann bleibt nur der gewaltsame Umsturz der bestehenden Ordnung. Wo aber sind die dafür erforderlichen gesellschaftlichen Kräfte? Bedeutet das nicht, die Veränderung der bestehenden Verhältnisse auf eine ferne Zukunft zu verschieben, unter dem Motto, es geht den Menschen noch nicht schlecht genug? Das Argument, dass solche Mehrheiten nicht denkbar seien, wird bereits heute durch die aktuelle Entwicklung z. B. angesichts der Ereignisse auf dem südamerikanischen Kontinent oder die Ablehnung des Entwurfs einer europäischen Verfassung in Frankreich und Holland zunehmend widerlegt. Selbst die Bundestagswahl 2005 hat sichtbar gemacht, dass auf demokratischem Wege politische und ökonomische

Kurskorrekturen kleineren und auch größeren Ausmaßes erzwingbar sind. Das demokratische Potenzial innerhalb der SPD, der Linkspartei sowie der Grünen wäre bereits gegenwärtig, wenn ihre Bündelung gelänge, ausreichend, um solche Rahmenbedingungen schrittweise zu schaffen. Auch im bürgerlichen Lager finden sich Kräfte, die für eine solche Entwicklung gewonnen werden könnten. Auch die Installierung eines mehr oder weniger sozialstaatlichen Konzepts in der alten BRD nach dem Zweiten Weltkrieg kann als Beispiel hierfür angeführt werden.

Was spricht für eine solche Schlussfolgerung?

Es ist nach dem Scheitern des ersten Versuchs zur Schaffung einer alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gegenwärtig außer dem demokratisch kontrollierten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus kein Konzept sichtbar, das im Rahmen zumindest einer längeren Übergangsphase brauchbare ökonomische Steuerungsinstrumente beinhaltet.

China, Vietnam und in bestimmtem Maße Kuba, die vor der Frage standen, Schlussfolgerungen aus der bisherigen Entwicklung sozialistischer Alternativen zu ziehen, haben sich für die Nutzung der marktwirtschaftlichen Regulationsinstrumente in mehr oder weniger großem Ausmaß entschieden. In China ist der Begriff »sozialistische Marktwirtschaft« in das Parteiprogramm und die Verfassung aufgenommen und Privateigentum an Produktionsmitteln in breitem Rahmen bei zentraler makroökonomischer Steuerung zugelassen worden. Von verschiedenen Seiten wird diese Entwicklung als Verrat am Marxismus eingeschätzt und heftig kritisiert; darunter von Leuten aus Europa einschließlich solcher aus dem Gebiet der früheren UdSSR, die keinen Ausweg aus der Krise des sowjetisch geprägten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells gefunden haben. Auch Dietrich schreibt: »Die durch Deng Xiao Peng angestoßene »Installation eines marktwirtschaftlichen bestimmten Modernisierungsweges« ließe »China unweigerlich im Kapitalismus des XXI. Jahrhunderts enden«. Es erhebt sich die Frage, ob eine solche Einschätzung nicht Ausdruck einer sehr vereinfachten, undifferenzierten Betrachtungsweise und Ausdruck von unzulässiger Überheblichkeit ist. China hat im Verfolg dieses Weges eine fast unglaubliche ökonomische und technische Entwicklung verwirklicht. China ist heute einer der Hauptgläubiger der USA und einer der Hauptfaktoren der währungspolitischen und ökonomischen Stabilität im südostasiatisch-pazifischen Raum. Dabei dürfen selbstverständlich die damit verbundenen großen Probleme der sozialen und regionalen Entwicklung nicht unterschätzt werden. Dem wird gegenwärtig durch makroökonomische Steuerung bei Nutzung des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus entgegen gewirkt. Unbestritten ist, dass dieser Weg eine Gratwanderung darstellt, deren Ausgang ungewiss ist.

In Vietnam vollzieht sich gegenwärtig eine ähnliche Entwicklung. Vietnam wird deshalb auch als einer der südost-asiatischen Tigerstaaten bezeichnet. Offenbar handelt es sich sowohl bei China als auch bei Vietnam unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Scheitern der realsozialistischen Variante in Europa um den Versuch, Wege zur Herausbildung einer postkapitalistischen Gesellschaft zu

finden, die den Bedingungen der Existenz eines mächtigen kapitalistisch-imperialistischen Weltsystems und dessen offenem und verstecktem Druck Rechnung trägt und die den unvermeidlichen ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen gewachsen sind.

Sind gegenwärtig in diesen Staaten realistischerweise andere Modelle für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hin zur Schaffung einer alternativen postkapitalistischen Entwicklung vorstellbar?

Die Konzeption der Nutzung des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft geht von der marxistischen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft aus. Er steht in Übereinstimmung mit dem von Marx besonders in der Kritik des Gothaer Programms entwickelten Grundgedanken zur Schaffung einer alternativen, sozialistischen Gesellschaft, der das Prinzip zugrunde liegt »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«. Marx und Engels sprechen mehrfach von der Notwendigkeit einer ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft als einer Übergangsgesellschaft. aber allein die Tatsache, dass sie zwei verschiedene ökonomische Grundprinzipien für diese unterschiedlichen Phasen der kommunistischen Gesellschaft formulierten, macht deutlich, dass auch die erste, die sozialistische Phase, nicht als ein kurzfristiger Zeitabschnitt, sondern für längere Zeit als eine eigenständige, stabile Gesellschaftsformation eingeschätzt wurde.

Diese Konzeption ist auch mit folgenden Aspekten verbunden, deren Rolle nicht unterschätzt werden sollte. Bei einem solchen Weg muss nicht die Frage einer abrupten, grundlegenden Veränderung der ökonomischen Beziehungen, der Steuerungsinstrumente und der in Jahrhunderten gewachsenen Alltagskultur gestellt werden. Die gesellschaftliche Entwicklung könnte sich in einem Umfeld vollziehen, das den Menschen vertraut ist; dadurch könnten auch die Ängste einer Bevölkerungsmehrheit in den entwickelten Ländern abgebaut und ihre Gewinnung für eine demokratische Veränderung des Bestehenden in Richtung einer solidarischen, ökologisch fundierten Gesellschaftsentwicklung wesentlich erleichtert werden. Es spricht viel für die ebenso zielgerichtete wie sensible Fortführung des in Jahrhunderten Gewachsenen.

HORST DIETZEL

»Neue Herausforderungen« in der Programmatik der Linken

»Herausforderungen« bzw. »neue Herausforderungen« – das sind die Begriffe, mit denen politische und programmatische Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der Parteien in Deutschland geführt werden. »Neue Herausforderungen« ist dabei ein Synonym für veränderte Bedingungen, auf die die Politik reagieren müsse. Die Debatte um die »Herausforderungen« ist deshalb so wichtig, weil aus der Analyse der gegebenen Verhältnisse, vor allem ihrer Veränderungen im Vergleich zu vorhergehenden Jahrzehnten (und aus den daraus abgeleiteten Trends), Schlussfolgerungen für die Politik und Programmatik der jeweiligen Parteien abgeleitet werden.

In der öffentlichen Debatte werden unter dem Stichwort »Herausforderungen« in erster Linie folgende Begriffe genannt: die Globalisierung, der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft und der Übergang zur »Wissensgesellschaft«. Hinzu kommen noch andere Probleme wie die ökologischen Fragen, die Massenarbeitslosigkeit, die »Unfinanzierbarkeit« der sozialen Sicherungssysteme, Migration, Terrorismus, die hohe Staatsverschuldung, Veränderungen im Geschlechterverhältnis usw.

In den gültigen Parteiprogrammen der Linkspartei und der WASG gibt es keine gesonderten Abschnitte über die Herausforderungen. Die Linkspartei formuliert sehr ausführlich in einem eigenen Abschnitt die Sicht auf die gegenwärtige Welt. Im Unterschied zu den Programmen von Linkspartei und WASG werden in den »programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland« unter der Überschrift »Widersprüche in der gegenwärtigen Gesellschaft« Herausforderungen formuliert, »die neue Antworten« verlangen. Allerdings werden diese Herausforderungen nur als »Ergebnis kapitalistischer Krisenprozesse, wirtschaftlicher und politischer Herrschaftsstrategien des großen Kapitals und der Politik der es stützenden Regierungen« begriffen.¹ Genannt werden: Massenarbeitslosigkeit und Gestaltung der Arbeitswelt, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit, Erneuerung sozialer Sicherungssysteme und Überwindung übermäßiger öffentlicher Verschuldung, Bildung und Wissenschaft, regionale Unterentwicklung, Umweltkrise, Globalisierung und demografischer Wandel.²

Im »Aufruf zur Gründung einer neuen Linken« werden eingangs die Veränderungen in der Welt prägnant beschrieben. Vor allem werden hier die Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung hervorgehoben. In den folgenden Abschnitten kritisieren die Autorinnen und Autoren den Kapitalismus und die barbarische Weltwirtschaftsordnung. Für sie

Horst Dietzel – Jg. 1943; Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler, Berlin. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Abkehr vom Klassenkampf? Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages in der PDS, Heft 180 (Oktober 2005).

1 Vgl. Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, Februar 2006, S. 2.

2 Ebenda, S. 3.

3 Vgl. Aufruf zur Gründung einer neuen Linken, www.sozialisten.de, Neues Deutschland vom 3./4. Juni 2006.

existiert offenbar kein Zusammenhang zwischen beiden. Man fragt sich, welche Wirtschaftsordnung hat den ganzen Reichtum hervorgebracht, denn der Kapitalismus ist nur für die Übel dieser Welt zuständig. Die Marx'sche Erkenntnis, dass der Kapitalismus beides hervorbringt, sowohl Fortschritt wie auch Barbarei, ist dem Papier nicht zu entnehmen.³

Während andere Parteien die Herausforderungen lediglich als ein Ergebnis von technischen Entwicklungen, von wirtschaftlichen Prozessen und kulturellen Veränderungen sehen, betont die Linke, dass diese Entwicklung Ergebnis einer bestimmten Politik und Strategie sowohl der Wirtschaft wie der Parteien ist. Bei der Linken ist alles dem Kapitalismus und der neoliberalen Strategie allein geschuldet. Anderes wird oftmals zu wenig beachtet. Wir haben es hier mit einer gegenläufigen Begründung zu tun: Die einen negieren die politische Strategie und die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung, die anderen weitgehend die Produktivkraftentwicklung und sich daraus ergebende neue Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Beides hält aber bekanntlich nur im Zusammenhang einer ernstzunehmenden Betrachtung stand.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die Globalisierung (einschließlich Europäische Union und die neuen Bedingungen in der Außen- und Sicherheitspolitik), auf die »Wissensgesellschaft« bzw. den Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien (einschließlich Massenarbeitslosigkeit) und auf den demografischen Wandel. Selbstverständlich sind die ökologischen Probleme oder die Frage nach der Gleichstellung der Geschlechter wichtige Herausforderungen, auf die aber hier nicht näher eingegangen wird.

Globalisierung

Kein anderer Begriff wie der der »Globalisierung« spielt in der politischen Debatte der Gegenwart eine so große Rolle. Hier heben linke Kräfte zu Recht immer wieder hervor, dass die gegenwärtige Art der Globalisierung nicht »naturegegeben« ist, sondern dass sie einer bestimmten Strategie der tonangebenden wirtschaftlichen und politischen Eliten folgt. Dennoch darf nicht verkannt werden, dass es sich letztlich um einen Prozess handelt, der auf den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Vergesellschaftungsstufen zurückgeht. Aufgrund der Produktivkraftentwicklung erzwingt das Kapital eine neue Vergesellschaftungsstufe. Der (nunmehr enge) nationale Rahmen, den das Kapital einmal hervorgebracht hat, wird zunehmend gesprengt. Das Kapital organisiert sich den globalen Raum. Möglich und notwendig sind eine Einschränkung seiner Handlungsmöglichkeiten und eine zunehmend soziale Gestaltung dieses Prozesses. Dazu sind mächtige Gegenbewegungen erforderlich. Internationalisierungsprozesse sind aber generell nicht rückholbar, es sei denn um den Preis des Rückfalls der Produktivkraftentwicklung und damit des Lebensniveaus.

Während andere Parteien Gefahren und Chancen von Globalisierungsprozessen gleichermaßen betonen, dominiert bei der Linken der Kampf gegen die neoliberal dominierte Globalisierung. Im Parteiprogramm der Linkspartei ist von einem »neuen Totalitarismus der glo-

balen Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen« die Rede. In der Logik einer solchen Betrachtungsweise scheint wohl kaum eine positive Gestaltung der Globalisierung möglich. Völlig verwirrend ist Oskar Lafontaines Überlegung, man solle doch »Globalisierung« mit »Kapitalismus« übersetzen.⁴ Hier werden offenbar neue Erscheinungen im Kapitalismus der Gegenwart völlig verdrängt.

Die WASG schreibt, dass die Politikerinnen und Politiker sich durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und den schrankenlosen Freihandel selbst entmachtet hätten. Der weltweite unumschränkte Handel mit Waren und Dienstleistungen ermögliche die Ausbeutung der Arbeitskräfte der ärmsten Länder zugunsten der Gewinnmaximierung der internationalen Konzerne und das gegeneinander Ausspielen mit den Beschäftigten in den Industriestaaten. Sicher sind diese Prozesse real, aber einseitig dargestellt. Es gibt auch gegenläufige Tendenzen des Aufstiegs, vor allem von Schwellenländern. Es existiert auch kein unumschränkter Freihandel. Vor allem aber schwingt hier die These mit, dass durch Rücknahme der oben genannten Prozesse die Probleme geklärt werden könnten.⁵ Außerdem erscheint die Globalisierung immer wieder nur als ein negativer Prozess, der überhaupt keinen Produktivkraftfortschritt bringt. Richtig ist, dass der finanzgetriebene internationalisierte Kapitalismus tatsächlich destruktiv wirkt und große soziale Probleme mit sich bringt.

In den Eckpunkten wird Globalisierung nur als ein negativer Prozess beschrieben, der zur weiteren Einkommensungleichheit und zu mehr Rüstungsausgaben geführt habe.⁶ Hochrüstung hat es schon vor den gegenwärtigen Globalisierungsprozessen gegeben und ist nicht ursächlich den gegenwärtigen Internationalisierungsprozessen geschuldet. Hochrüstung war bekanntlich auch eines der Kennzeichen der Systemauseinandersetzung. Bei den Löhnen drängt sich ein Bild auf, als ob durch Abschottung von Niedriglohnkonkurrenz – wie durch Abschottung überhaupt – Steigerungen von ohnehin hohen Löhnen dann wieder problemlos machbar seien. Ein möglicherweise höheres nationales Wirtschaftswachstum ist aber durch Negation der Internationalisierung kaum möglich. Und die nationalstaatlichen wirtschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten werden tatsächlich eingengt.

Schon ein Blick in den »Klassiker« der links orientierten Globalisierungsliteratur zeigt, dass es sich bei der Globalisierung um einen ernst zu nehmenden Prozess handelt, der die politischen Akteure vor neuartige Herausforderungen stellt: »Tatsächlich löst sich die Form des Nationalstaates als Subjekt des internationalen politischen Systems infolge von Deregulierung und Souveränitätsverlust auf, weil die Kompatibilität von Staatsvolk, Staatsmacht und Staatsgebiet mehr und mehr schwindet.«⁷ Dies ist eine Konsequenz der Ausweitung des Welthandels, der Zunahme von grenzüberschreitenden Direktinvestitionen, der Entwicklung von globalen Kapitalmärkten und von Migration. So entsteht ein ökonomischer Raum, der nicht mehr durch nationalstaatliche Grenzen und das in ihnen geltende Regelwerk umschrieben wird. Globalisierung kommt weniger in grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalströmen zum Ausdruck als darin, dass die Parameter für wirtschaftliches Handeln an allen Orten des Globus auf

4 Oskar Lafontaine: Was ist die Linke? Rede auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar in Berlin, in: Die Linke. PDS, Pressedienst 4/06, S. 11.

5 Oskar Lafontaine fordert für »schwächere Staaten« Zölle bzw. das Recht, Zölle einzuführen, um in ihrem Land autonom Produktionen aufzubauen. Zu fragen wäre hier, wer legt fest, wer schwach ist und wer stark? Vgl. Oskar Lafontaine, a. a. O., S. 12.

6 Eckpunkte...a. a. O., S. 3.

7 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1999, S. 31.

globalen Märkten gebildet werden. Die Waren müssen sich im abstrakten Raum globalen Wettbewerbs nicht nur als Gebrauchswerte, sondern vor allem als Tauschwerte bewähren. Globalisierung bedeutet vor allem die Herrschaft des Tauschwertes über den Gebrauchswert, die Globalisierung von Standards, die für lokale Entscheidungen zur Richtschnur werden.

Es geht um eine politische Antwort auf die neue Konkurrenzsituation der Unternehmen auf dem Weltmarkt. Diese erfolgt stärker und direkter und führt zu entsprechenden Kostensenkungsstrategien bei Löhnen, Steuern und Sozialabgaben. »Sozialstaaten« werden zu »Wettbewerbsstaaten«. Wenn dies so ist, dann stellt sich politisch die Frage, wie die Staaten darauf antworten. Der kollektive Aufschrei und Kritik reichen da nicht aus. Eine Antwort ist vorrangig die nach der Handlungsfähigkeit im EU-Rahmen. Bernd Riexinger und Werner Sauerborn schreiben, dass Globalisierung nicht einfach Exodus des Kapitals in Niedriglohnländern heiße, sondern vor allem Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und Herausbildung eines internationalen Arbeitsmarktes. Die Autoren wenden sich gegen eine gewerkschaftliche Argumentation, »dass der deutsche Standort in Wirklichkeit gar nicht schwach ist«, die Standorterpressung nur ein großer Bluff sei, eine Lügenargumentation, der man nicht auf dem Leim zu gehen brauche.⁸

Altwater und Mahnkopf kritisieren zu Recht die Keynesianer, die in ihrem Kategoriensystem Tendenzen der Globalisierung kaum wahrnehmen, sondern diese wie Flügel der Windmühle durch Don Quixote bekämpfen und zurückweisen. »Dies ist der Grund dafür, dass Keynesianer häufig hilflos auf die von ihnen denunzierten Tendenzen der Deregulierung, auf die Rücknahme wirtschaftspolitischer Steuerungsmöglichkeiten des Nationalstaates, reagieren.«⁹ Im Parteibildungsprozess von Linkspartei und WASG scheint sich durch die Dominanz einer ungebrochen keynesianischen Sichtweise die Orientierung auf den Nationalstaat und die auf Rücknahme von Internationalisierungsprozessen zu verstärken.

Es gibt im linken Spektrum auch unterschiedliche Bewertungen, ob und inwieweit sich internationale Institutionen wie WTO, IWF oder Weltbank demokratisieren lassen oder nicht. Allerdings wird die Orientierung einer Partei vorrangig auf die Entwicklung einer »Bewegung von unten« nicht ausreichen. Letztlich lässt sich die Transformation vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat durch die Globalisierungsprozesse (zumindest teilweise) nicht mehr nur national, sondern vorrangig auf europäischer Ebene lösen. Ob mit der Orientierung auf einen »Neoprotektionismus« gesellschaftliche Handlungsspielräume zurück gewonnen und damit die Voraussetzungen für eine Re-Zivilisierung des entfesselten Kapitalismus geschaffen werden, bleibt mehr als fraglich.¹⁰ Die Abschottung vom Weltmarkt bremst letztlich die Produktivkraftentwicklung und senkt deutlich den allgemeinen Lebensstandard. Es war auch eines der ökonomischen Grundprobleme der DDR und anderer sozialistischer Staaten, dass sie nicht ausreichend an der internationalen Arbeitsteilung aus verschiedenen Gründen teilgenommen haben.

Europäische Union

Zu Recht kritisieren Linkspartei und WASG die Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch die Militarisierung der EU. Die Positionierung

8 Vgl. Bernd Riexinger, Werner Sauerborn: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2004, S. 24/25.

9 Ebenda, S. 42. In der keynesianischen Sichtweise ist der Nationalstaat wirtschaftspolitisch souverän, insofern er Konstellationen von Märkten innerhalb nationaler Grenzen beeinflussen kann. Er operiert als Interventionsstaat, der die Konjunktur antizyklisch steuern kann. Die Märkte sind national, die Ökonomie ist Nationalökonomie. Vgl. ebenda.

10 Vgl. Joachim Bischoff, Christoph Lieber: Im Teufelskreis der Illusionen. Was zur Wahl steht, in: Sozialismus 8-9/2005, S. 9.

beider Parteien (Eckpunktepapier) zur EU ist aber zum Teil widersprüchlich. Einerseits heißt es klar, dass eine alternative Wirtschaftspolitik in der EU und international mit Kämpfen um soziale und ökologische Veränderungen und um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verbunden werden muss. Unerlässlich ist die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte: Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulationen, europäische Regelungen für die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen.¹¹ Andererseits heißt es genauso deutlich, dass die EU den Nationalstaat nicht überflüssig gemacht habe. Das ist zweifellos richtig. Die Autorinnen und Autoren fordern aber, dass der Nationalstaat wieder zu einem Faktor werden müsse, in dem sich soziale Sicherheit und Demokratie durchsetzen können.¹² Wenn aber die Internationalisierung des Kapitals die Möglichkeiten einer Demokratisierung im Inneren der Staaten aushöhlt und den Sozialstaat unter Druck setzt, dann ist diese Orientierung defizitär. Wie soll vorrangig national der internationalisierten Kapitalmacht entgegen gewirkt werden? Wie soll sie reguliert werden? Vor allem bleibt unklar, welchen Stellenwert dann die ebenfalls geforderte Entwicklung der EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion im Gesamtkonzept der Linken haben soll.

Die Hoffnung auf wieder größere nationalstaatliche Handlungsspielräume – zugunsten der länderspezifischen sozialetischen Maximen, wenn es zu schweren Rückschlägen für die europäische Integration kommt¹³ – ist angesichts der vorangeschrittenen internationalisierten Wirtschaft auf europäischer Ebene fraglich. Soziale Probleme und Verwerfungen entstehen ja auch deshalb, weil es unterschiedliche soziale und steuerpolitische u. a. Standards in der EU gibt. Außerdem wird hier der real existierende Konkurrenzkampf zwischen den Zentren USA, Europa und Asien zu wenig beachtet.

Michael Brie sieht die EU als »Ausdruck und Bewegungsform des Finanzmarkt-Kapitalismus in seiner besonderen regionalen Form«. Das Primat der Marktintegration über die soziale und politische Integration, die Dominanz der Regeln der gemeinsamen Märkte über die Regeln nachhaltiger sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung bedrohe die Union. »Die Linke ist damit vor die Aufgabe gestellt, einerseits die Europäische Union verteidigen zu müssen und andererseits dies nur dann erfolgreich tun zu können, wenn sie zugleich für deren Umgestaltung kämpft.«¹⁴ Dies scheint eine tragfähige Grundlage der politischen Strategie der Linken zu sein. Allerdings lässt die Prämisse, die EU sei lediglich Ausdruck und Bewegungsform des Finanzmarkt-Kapitalismus, auch die gegenteilige Schlussfolgerung zu: Kampf gegen die EU!

Außen- und Sicherheitspolitik

Ein Verdienst von Linkspartei und WASG besteht darin, sich deutlich vom Krieg und Militärationen als Mittel der Politik abzugrenzen und dieses Mittel wie auch die Hochrüstung deutlich zu verurteilen.¹⁵ Dabei sehen beide Parteien die Ursachen von Krieg und Gewalt sowie der entwicklungs- und ökologischen Probleme in der heutigen Welt bei den internationalen Konzernen und bei den USA bzw. auch bei der NATO oder den »westlichen Staaten«. Zwar werden auch andere Ur-

11 Vgl. Programmatische Eckpunkte..., a. a. O., S. 7.

12 Vgl. ebenda, S. 15.

13 Vgl. Karl Georg Zinn: Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2004, S. 2/3.

14 Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006, S. 47.

15 Eckpunkte...a. a. O., Abschnitt Friedens- und Entwicklungspolitik in Zeiten der Globalisierung, S. 14.

16 Wörtlich heißt es:
 »Weltweite Wanderungs-
 bewegungen, Massenflucht
 und Vertreibung sind Folgen
 einer Politik, die Millionen
 Menschen von einem Leben
 in Würde abschneidet.«
 Ebenda.

sachen benannt, diese bleiben aber abstrakt.¹⁶ Wer für weltweite Wanderungsbewegungen, Massenflucht und Vertreibung verantwortlich ist, bleibt im Dunkeln. Auf welche gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse diese Erscheinungen zurückgehen, werden ebenfalls nicht beim Namen genannt. Die Betrachtungsweise, lediglich die USA, die westlichen Staaten und die internationalen Monopole zu erwähnen, anderes aber im Abstrakten zu lassen, ist ein Kernpunkt in den Argumentationen innerhalb und im Umfeld von Linkspartei und WASG. Besonders deutlich zeigt sich das im Aufruf zur Gründung einer neuen Linken.

Die privatisierte Gewalt und neuartige kriegerische Konflikte, die nicht zwischen Staaten, sondern in zerfallenden oder zerfallenen Staaten stattfinden und nicht von regulären Armeen, sondern Milizen verschiedener Art vorrangig gegen die Zivilbevölkerung geführt werden, spielen ebenfalls in der Argumentation von linksorientierten Kräften keine oder nur eine marginale Rolle. Aber gerade diese kriegerischen Konflikte, die auf »privatisierte bzw. kommerzialisierte Gewalt« zurückgehen, haben eine weite Verbreitung gefunden. (Ruanda, Sudan, Somalia, Afghanistan und anderswo) Diese Form kriegerischer Konflikte richtet sich vor allem gegen Zivilisten, hier wiederum vorwiegend gegen Kinder und Frauen. Kinder werden gezwungen, als Soldaten zu dienen. Warlords und ihre Söldner und Milizen haben kein Interesse am Frieden. Sie wollen mit dem Krieg Geschäfte machen und ihren Lebensunterhalt verdienen. Diese Gewalt ist nicht nur entstaatlicht, sie ist meist auch prinzipiell antistaatlich.¹⁷

17 Vgl. Erhard Eppler:
 Auslaufmodell Staat?,
 Frankfurt am M. 2005,
 Kapitel 6 und 7.

Staatszerfall geht einher mit der Erosion des Gewaltmonopols des Staates durch Privatisierung von Gewalt. Diese kann von »oben« oder von »unten« erfolgen. Ursachen dafür wurzeln in kolonialen oder vorkolonialen Verhältnissen, die bisher nicht gelöst wurden. Oftmals sind religiöse und ethnische Konflikte nach dem Ende des Systemkonflikts mit aller Macht aufgebrochen. Vor allem in Afrika ist eine große Zahl von solchen kriegerischen Konflikten an der Tagesordnung.

Linksorientierte Politik darf über solche Konflikte und ihre schlimmen Folgen für die Menschen nicht hinweg sehen. Es ist teilweise so, dass westliche Staaten hier bewusst wegschauen, statt rechtzeitig einzugreifen. Zu solchen Konflikten muss die Linke unvoreingenommen ihre Meinung bilden und Stellung beziehen können. Das ist aber zumindest bei der Linkspartei nicht möglich, weil das Ergebnis – laut Münsteraner Beschlüsse – schon vorher feststehen muss. Insofern ist auch die ideologische Prämisse – alles Übel der Welt geht von den USA, den westlichen Staaten und den internationalen Monopolen aus – notwendig, um im Einzelfall jeweils »richtig« entscheiden zu können. Und so ist es auch nicht zufällig, dass bei zu Recht kritisierten (auch von den UN-sanktionierten) Militäreinsätzen die andere Seite gar nicht mehr in ihrer inneren Verfasstheit beschrieben wird. Wenn die Ablehnung von Kriegen nur noch abstrakt und plakativ betont wird, nimmt ihre Überzeugungskraft bei breiten Schichten der Bevölkerung ab.

Auch beim Thema Terrorismus sind die Positionen ambivalent. Völlig zu Recht wird der »Krieg gegen den Terror« als völlig falsches Mittel verurteilt. Andererseits aber spielen die tatsächlich existierenden Gefahren, die vor allem vom religiös motivierten Terrorismus aus-

gehen, kaum eine Rolle.¹⁸ Im Aufruf zur Gründung einer neuen Linken ist der »Raubtierkapitalismus« die einzige Quelle des Terrorismus.¹⁹ Oskar Lafontaine konzentriert sich auf die Verurteilung des »Staatsterrorismus« auf der Grundlage einer Definition des Terrorismus als das »Töten unschuldiger Menschen«. Ähnlich verhält es sich bei seiner Argumentation in Bezug auf den Iran und dessen Streben nach Atomwaffen. Die tatsächlichen Gefahren, die von dort ausgehen, spielen kaum eine Rolle. Er verurteilt lediglich die Politik des Westens.²⁰

Die Menschenrechte werden in den programmatischen Dokumenten der Linkspartei als universelle Rechte eingefordert.²¹ Wenn es aber konkret wird (siehe Kuba), gilt bei einem Teil der Partei diese Forderung nicht mehr. In den Argumentationen zur Menschenrechtsproblematik überwiegt die Verurteilung des Missbrauchs der Menschenrechte in der Politik der »westlichen Staaten«. Das Problem selbst gerät in den Hintergrund. Hier wird teilweise eine Tradition fortgesetzt, die in den realsozialistischen Staaten üblich war. (Menschenrechte als Kampfinstrument des Imperialismus, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten)

Das grundlegende Problem liegt darin, dass in der Linken oftmals einseitig die neuen Probleme einer globalisierten Welt reflektiert werden. Für manche steht von vornherein fest, dass der Kapitalismus, Imperialismus, der Neoliberalismus und die westlichen Staaten an allem Unheil dieser Welt schuld sind. Da gerät in den Hintergrund, die Welt zu sehen wie sie mit ihren vielen neuen Konflikten tatsächlich ist, und nicht alle Probleme durch eine andere Politik der westlichen Staaten zu lösen sind. Auch ist die Antwort »Prävention« nicht für alle Konflikte schlüssig und nicht immer adäquat. Die Linke schwankt weiter zwischen der Anerkennung des Völkerrechts und damit auch des Gewaltmonopols der UNO und einer de facto Ablehnung dieses Monopols.

»Wissensgesellschaft« oder der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien

Unter dem Stichwort Wissensgesellschaft werden in der öffentlichen Debatte eine Reihe neuer Herausforderungen gefasst, auf die die Politik reagieren müsse. Es geht hier in erster Linie um den neuen Stellenwert von wissensbasierter Produktion, d. h. die Produktivkraftentwicklung ist in neuer Qualität von Wissenschaft und Innovation abhängig.

Solche Prozesse sind im Parteiprogramm der Linkspartei unter dem Titel »Der Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien« sehr ausführlich und in seinen weit reichenden ökonomischen und sozialen Auswirkungen beschrieben: »Die Ökonomie der physischen Produktion wird durch die Ökonomie von Information und Kommunikation ergänzt und umgewälzt...Moderne Information und Kommunikation beschleunigen den sozialen Wandel, die Vernetzung und Komplexität moderner Gesellschaften und den Globalisierungsprozess. Flexibilisierung und Individualisierung wurden zu Grundprozessen der modernen Gesellschaften und zur Herausforderung der Linken.«²² Allerdings liegt hier der Akzent nicht auf der Notwendigkeit, den Innovationsprozess in seiner Vielfältigkeit (nicht

18 Vgl. Eckpunkte... a. a. O., S. 14.

19 Vgl. Aufruf zur Gründung einer neuen Linken, a. a. O.

20 Vgl. Oskar Lafontaine, Was ist die Linke? Rede auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar in Berlin, in: Die Linke.PDS-Presse-dienst, 4/2006, S.11/12.

21 Im Parteiprogramm der Linkspartei heißt es: »Die PDS tritt dafür ein, den universellen Menschenrechten durch die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit, durch den Dialog der Kulturen und Zivilisationen in allen Ländern Geltung zu verschaffen.« Programm, S. 11.

22 Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 6.

23 Sehr überzeugend werden hier neue Prozesse der Ausbeutung in ihrer Widersprüchlichkeit beschrieben. Auch wird auf die »bisher in unbekanntem Maße« betriebene Ausbeutung kultureller Ressourcen hingewiesen. Ebenda.

24 Vgl. Oskar Lafontaine: Politik für alle, Berlin 2005, S. 63 – 68.

nur als technische Angelegenheit begriffen) verstärkt zu fördern, sondern auf den negativen Auswirkungen, die die kapitalistische Form dieses Prozesses mit sich bringt.²³ Von Innovation und den neuen Herausforderungen für die wissensbasierte Produktion ist gar nicht die Rede. Es geht nur darum, die neuen Potenziale der Gesellschaft emanzipativ und solidarisch zu nutzen.

Werden im Parteiprogramm der Linkspartei Flexibilisierung und Individualisierung bei der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse zumindest nicht von vornherein als negative Erscheinungen beschrieben, so ändert sich das in der Folgezeit. Vor allem Oskar Lafontaine definiert diesen Begriff der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nur negativ.²⁴ Es handelt sich aber um einen vielschichtigen Prozess, in dem sicher die emanzipativen Seiten stärker erkämpft und durchgesetzt werden müssen. So aber könnte der Eindruck entstehen, dass hier die Maßstäbe der traditionellen Arbeitnehmerschaft in Großbetrieben mit noch weitgehender fordistischer Produktionsweise und die traditionelle Kleinfamilie der fünfziger und sechziger Jahre der Maßstab sein könnten.

Bildung und Wissenschaft werden im Eckpunktepapier zu Recht als eine Herausforderung aufgeführt. Der Akzent liegt hier auf der Kritik von sozialer Auslese und zu niedrigen Bildungsausgaben. Betrachtet man aber die Gesamtheit der programmatischen Forderungen der Linken ist ein Vorrang für Bildungsausgaben nicht festzustellen. Die sozialen Transfers des Staates (Rente, höhere Sozialleistungen, mehr Kindergeld u. a.) stehen offenbar im Mittelpunkt. Die Linke steht vor der Frage, die politischen Schwerpunkte bzw. Projekte noch deutlicher herauszuarbeiten. Der Vorrang von mehr und besserer Bildung, deutlich größere Anstrengungen für den Zugang aller zu qualifizierter Bildung, nicht nur für Forschung und Entwicklung, sondern für die Innovationsfähigkeit der ganzen Gesellschaft, sollten im Mittelpunkt linker Politik stehen. Hier das Feld anderen zu überlassen, wäre verfehlt.

Die anderen Parteien betonen den Vorrang von Bildung und hier vor allem von »Zugangsgerechtigkeit«, ohne das allerdings politisch einzulösen. Der zentrale Stellenwert von »innergesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit gegenüber finanziellen Realtransfers« werde immer wichtiger. In diesem Sinne müsse Bildung als öffentliches Gut allen in ausreichendem Maße und zu erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung stehen.²⁵ Selbstverständlich muss man sich hier gegen die mehr oder weniger versteckten Vorstellungen über Kürzungen von sozialen Transfers wenden. Dennoch nimmt die Bedeutung von Bildung, Weiterbildung und Wissenschaft und vor allem die Überwindung von Bildungsbarrieren gegenüber reinen Sozialtransfers zu, um soziale Benachteiligungen und Gegensätze nachhaltig zu überwinden.

Auch ist die Kritik an der Kapitalverwertbarkeit von Wissen vor allem in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik oftmals zu einseitig. Gerade hier geht es nicht nur um einen Prozess, der der Kapitalverwertung dient, beachtet werden muss auch die stoffliche Seite, die Entwicklung und Entfaltung von Produktivkräften. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Forderung, die profitorientierte Einflussnahme der Wirtschaft auf die Universitäten und Hochschulen zurückzunehmen, oftmals zu einseitig.²⁶

25 Wolfgang Thierse, Edelgard Bulmahn: Kulturelles Leben, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Impulse für ein neues Grundsatzprogramm, Willy-Brandt-Haus-Materialien, Berlin, Dezember 2004, S. 4.

26 Vgl. Eckpunktepapier..., a. a. O., S. 12.

Teilweise gibt es in der linken Debatte und bei den alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepten eine verkürzte Sicht auf die *Verteilung*. Das Verdrängen der Verteilungsfrage bei anderen politischen Kräften darf nicht dazu verleiten, sich im schlichten Gegenteil nur darauf zu fokussieren. Inge Höger-Neuling stellt fest, jeder Mensch habe grundsätzlich ähnliche Bedürfnisse. Wenn diese erfüllt seien, »kommt es zur Kapitalanhäufung, zu Zinseinkünften... Wir wollen niemandem etwas wegnehmen, was er oder sie braucht. Aber es gibt Leute, die wesentlich mehr haben, als sie brauchen.«²⁷ Nun ist unbestritten, dass es eine gerechtere Steuerpolitik geben muss, aber durch einfache Umverteilung werden sich die wirtschaftspolitischen und damit auch die sozialpolitischen Probleme nicht lösen lassen. Früher oder später ist der Kuchen dann aufgebraucht. Vor allem stellt sich die Frage, wer festlegt, wann jemand genug hat oder nicht? Wo liegt da die Grenze? Für jemanden mit DDR-Biografie stellt sich das Problem noch in einem andern Licht dar. Die Nivellierung von Bedürfnissen war ein wesentlicher Grund für das Scheitern der DDR. Die Konzentration auf die Grundbedürfnisse (preiswertes Wohnen, Arbeit und billige Grundnahrungsmittel) entsprechen nicht einer ausdifferenzierten und weitgehend individualisierten Gesellschaft. Auch das hat zum Scheitern des »Realsozialismus« beigetragen.

27 Inge Höger-Neuling: Eine neue soziale Idee wagen. Alternativen zur Politik der großen Koalition, in: Dokumentation über die erste Anhörung der Fraktion DIE LINKE, vom 9. Januar 2006, S. 26.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit

Hier gibt es einige Probleme und Widersprüche im generellen Herangehen der Linken. Im Eckpunktepapier ist das ganz einfach: »Anstatt mehr Menschen in Bildung, Gesundheitswesen und anderen humanorientierten Dienstleistungen zu beschäftigen, werden sie arbeitslos oder müssen zu unsicheren Bedingungen und niedrigen Löhnen arbeiten.«²⁸ Solche Formulierungen, in denen offenbar einfach nur der Wille fehlt Leute einzustellen, simplifizieren das Problem. Oder die Autorinnen und Autoren wollen die »große« Alternative. Das wiederum erinnert an vereinfachte Vorstellungen einer staatssozialistischen Wirtschaftsweise. Dort gab es »Vollbeschäftigung«. Dieses Modell ist aber historisch gescheitert. Auch ein Blick in andere europäische Länder zeigt, dass es hier keine eindeutigen Ergebnisse über Erfolge oder Misserfolge bei der Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit – weder beim skandinavischen noch beim angelsächsischen Modell – gibt.

28 Programmatrische Eckpunkte, a. a. O., S. 3.

Es ist illusorisch, auf hohe Wachstumsraten wie in den 50er und 60er Jahren zu hoffen. Auch die alten Illusionen von einer tendenziellen Überwindung des Krisenzyklus und einer »Verstetigung« des Wirtschaftswachstums haben sich erledigt. Relativ unstrittig war in den vergangenen Jahren im linken Spektrum, dass es die »Vollbeschäftigung« alten Typs nicht mehr geben wird. Wenn das so ist und eine staatssozialistische Lösung nicht in Frage kommt, sollte man auch konsequent von diesen Prämissen bei der Suche nach Alternativen ausgehen. Hier wiederum gibt es im linken Spektrum ein unterschiedliches Herangehen. Die einen wollen einen Teil der Gesellschaft ohne Nachweis von Bedürftigkeit »subventionieren«, da die Erwerbsarbeit ohnehin nicht für alle reicht. Eine solche Vorstellung teilt die Gesellschaft von vornherein in solche Menschen, die ständig Hochleistungen vollbringen müssen, und andere, die ein Leben ohne die

29 Für Eva Müller sind Staatsschulden überhaupt kein Problem, weil diese durch das Sparen der Bevölkerung ausgeglichen werden. In dem Maße, wie das Sparvolumen wächst, können auch die Schulden des Staates wachsen. Vgl. Eva Müller: Die Staatsschulden und das Sparen der Bevölkerung, in: Sozialismus 3/2006, S.11. Wenn die Leute aber immer mehr Sparen und nicht konsumieren, geht die ganze Theorie der Nachfragepolitik nicht auf. Und Inflation als Problem scheint auch nicht zu existieren. Aber auch die Theorie, nach der höhere Schulden nur für einen begrenzten Zeitraum benötigt werden und beim Aufschwung wieder abgetragen werden, hat in den letzten Jahrzehnten nicht funktioniert. Im Gegenteil, die Staatsverschuldung ist immer weiter angewachsen.

30 Nach Oskar Lafontaine reflektiert der Begriff der Lohnnebenkosten das Interesse der Unternehmerschaft oder der Kapitalistenklasse. Er verweist zwar zu Recht darauf, dass es sich hier um Geld für Rentner, Kranke, Arbeitslose oder Pflegebedürftige handelt. Damit ist aber nicht geklärt, ob diese Gelder immer und in erster Linie aus den Arbeitskosten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) gezahlt werden oder ob es sinnvoll ist, einen größeren Teil als bisher aus Steuermitteln zu finanzieren. Vgl. Oskar Lafontaine: Was ist die Linke, a. a. O., S. 10/11.

31 Die Wirkungen von Schwarzarbeit werden kontrovers diskutiert. Hier geht es zunächst darum, die Tatsache als eine Größenordnung anzuerkennen.

Zwänge und Entfremdungen der Erwerbsarbeit führen können. Dieses Herangehen vergisst, dass die Erwerbsarbeit, die auch Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte ist, nach wie vor eine zentrale gesellschaftliche, damit aber auch subjektive Bedeutung hat.

Andere sehen offenbar bei der Wiederherstellung von »Vollbeschäftigung« kein Problem, wenn Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und mehr Arbeitsplätze, vor allem im öffentlichen Dienst oder durch mehr staatliche Aufträge, d. h. durch noch höhere Staatsverschuldung, vergeben werden.²⁹ Auch hohe Lohnnebenkosten spielen keine Rolle. Sie erscheinen nur als ein Täuschungsmanöver der Herrschenden, um Rentnern, Kranken, Pflegebedürftigen und Arbeitslosen das Geld aus der Tasche zu ziehen.³⁰ Schwarzarbeit existiert nicht.³¹ Dem Dogma der Neoliberalen »Lohnnebenkosten senken« wird oftmals ein anderes Dogma entgegengesetzt: Die prozentuale Steigerung der Lohnnebenkosten spielt keine Rolle. Es geht hier nicht darum, die Umverteilungsfunktion von Lohnanteilen zugunsten von Nicht- oder Nichtmehrerwerbstätigen zu leugnen bzw. abzuschaffen. Der Anteil von Sozialversicherungsbeiträgen muss durch die Entwicklung der Produktivität gedeckt sein.³²

Die Privatisierungsoffensive wird in der Linken zu Recht kritisiert und abgelehnt. Andererseits aber gerät die gigantische Privatisierung durch immer höhere Staatsverschuldung (Verwandlung von Steuern in Zins- und Tilgungszahlungen des Staates an die Banken) aus dem Blickfeld oder sie wird nur am Rande wahrgenommen. Zwar werden die hohen »Arbeitskosten« von anderen Parteien und den Vertretern der Wirtschaft tatsächlich in ihrer Bedeutung überhöht dargestellt, sie aber bei einer weitgehend internationalisierten Wirtschaft zu leugnen, wäre ebenso verfehlt.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist eines der Hauptargumente der anderen Parteien, um Veränderungen im gegenwärtigen Rentensystem vorzunehmen (u. a. die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre) und die Notwendigkeit privater Vorsorge (u. a. durch die Riester-Rente) zu betonen. Von der Linken wird beides abgelehnt. Immer öfter wird behauptet, die demografischen Herausforderungen würden lediglich ein Vorwand der Neoliberalen sein, die Renten zu kürzen.

Im gültigen Parteiprogramm der Linkspartei wird im Teil Reformalternativen der demografische Wandel als grundsätzliche Herausforderung an die Gesellschaft vor allem im Hinblick auf die Arbeitswelt, für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Weiterbildung, für Architektur, Städteplanung und Dienstleistung begriffen.³³ Ausgeschlossen bleiben hier Konsequenzen für das Rentensystem. Diese existieren programmatisch für die Linkspartei offenbar nicht. Die WASG lehnt noch viel deutlicher die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung als Ursache für die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich ab.³⁴ Auch in den programmatischen Eckpunkten wie auch im Aufruf zur Gründung einer neuen Linken werden Konsequenzen demografischer Veränderungen für die Alterssicherungssysteme direkt oder indirekt abgelehnt. Die Argu-

mentation der Linken geht generell dahin, die faktischen Rentenkürzungen und das schrittweise Heraufsetzen des Renteneintrittsalters nur dem bösen Willen der Herrschenden anzulasten.

Vor Jahren gab es ein unterschiedliches Herangehen an den demografischen Wandel innerhalb der PDS. Heidemarie Lüth, MdB in der Wahlperiode 1998-2002, akzeptierte in einer Argumentation durchaus die offiziellen Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.³⁵ Die Folgen des Wandels müssten im politischen Handeln auf allen Feldern der Gesellschaftspolitik berücksichtigt werden, zumal der »Umgang mit dem demografischen Wandel mehr und mehr zu einer Überlebensfrage des Sozialstaates wird. Denn gegenwärtig kommen auf 100 Einwohner im »erwerbsfähigen Alter« zwischen 20 und 60 Jahren 40 Einwohner über 60 Jahre. 2030 werden es, je nach Höhe der Zuwanderung 68-74 über 60-jährige sein. Entscheidend ist aber nicht das Zahlenverhältnis zwischen Jungen und Alten, sondern das zwischen Rentnern und Erwerbstätigen, die Beitragspflichtigkeit der Beschäftigten und die Höhe der gezahlten Löhne.«³⁶

Wurde in den vergangenen Jahren noch innerhalb der PDS über die Zukunftsfestigkeit des umlagefinanzierten Rentensystems diskutiert, so werden die Auswirkungen des Demografieproblems auf das Rentensystem in der Gegenwart weitestgehend abgelehnt. Die Hauptargumente für diese Ablehnung sind³⁷:

- Die Hauptschuld an den gegenwärtigen Problemen der Rentenversicherung ist die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung nicht-versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs). *Das ist zweifellos richtig und muss immer wieder betont werden. Dennoch müssen gerade bei den Renten auch die Probleme der Zukunft sehr früh bedacht werden. Vor allem aber ist nicht davon auszugehen, dass durch ein Wunder oder durch linke Politik sich schnell und grundsätzlich etwas ändern wird. Die Zeiten der Vollbeschäftigung, die im Fordismus bzw. in der Nachkriegszeit üblich waren, sind vorbei. Das trifft auch auf die Erwerbsbiografien der damaligen Zeit zu.*

- 50-Jahres-Prognosen übersehen zwangsläufig die vielfältigen Strukturbrüche in einem so langen Zeitraum. *Das ist so allgemein sicher richtig, aber damit zu rechnen, dass sich die Bevölkerungsentwicklung wieder umkehrt, ist in einem hoch entwickelten kapitalistischen (Post)-Industrieland mitten in Europa, das auf wissenschaftlicher Ökonomie mit einer entsprechenden Sozialstruktur und Lebensweise beruht, nicht zu erwarten.*

- Die Modellannahmen der Bevölkerungsberechnungen sind keine Naturgewalten, sondern sie sind z. T. durch die Politik beeinflussbar. *Auch das ist sicher richtig, aber die Frage lautet, wie weit sind diese beeinflussbar. Davon auszugehen, dass der Trend sich umkehren lässt, ist weit überzogen und illusionär.*

- Bevölkerungsberechnungen werden alle paar Jahre wegen veränderter Grundlagen mit anderen Ergebnissen wiederholt. *Nur die bisherigen Ergebnisse sind noch dramatischer ausgefallen, keineswegs in die Richtung einer Wiederkehr alter Verhältnisse.*

- Bei Finanzierungsberechnungen müssen Ältere und Junge gemeinsam betrachtet werden. (Also für die »Belastung« der Volkswirtschaft ist nicht nur die so genannte Altenlast, sondern auch das Verhältnis der Alten und Jungen zusammen zu denen im erwerbsfähigen

Zu leugnen ist nicht, dass Steuern und vor allem Sozialversicherungsbeiträge ausfallen. Beim Ausfall von Sozialversicherungsbeiträgen argumentieren Linke immer nur mit den Mini-Jobs. Zu beachten ist auch, dass gerade Klein- und Mittelbetriebe durch Schwarzarbeit oftmals in den Ruin getrieben werden.

32 Vgl. Michael Wendl: Fetisch Lohnnebenkosten, in: Sozialismus 8-9/2005, S. 36. Allerdings bleibt unklar, wieso der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge in den 90er Jahren nur positiv gewesen sein soll. Er hätte über die Ausgaben der Sozialversicherung dafür gesorgt, dass die inländische Nachfrage nur stagnierte, aber nicht gesunken sei. (S. 35) Wenn Arbeitnehmer weniger in der Tasche haben, sinkt aber deren Nachfrage auch. Außerdem bleibt hier offen, wer von den erhöhten Ausgaben im Gesundheitswesen vor allem profitierte.

33 Vgl. Programm der Partei der Demokratischen Sozialismus, Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, Abschnitt III/6, S.16.

34 »Die heutigen Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme haben ihre Ursache nicht in immer höheren Ansprüchen oder in Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung. Sie sind vielmehr auf der Einnahmeseite zu finden. Die unzureichenden Beitrags-einnahmen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sind das Ergebnis der Massenarbeitslosigkeit, der fortschreitenden Umverteilung

zu Lasten der Einkommen aus sozialversicherter Arbeit und der Zunahme unversicherter Beschäftigung.«
Gründungsprogramm der WASG, Internetausdruck, S. 5.

35 Akzeptiert werden von ihr die anhaltend niedrigen Geburtenzahlen sowie der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung. Die Anzahl der geborenen Kinder sinkt um ein Drittel je Generation...Die zahlenmäßigen Gewichtungen der verschiedenen Altersgruppen werden sich erheblich verändern. Der Anteil der unter 20-Jährigen wird sich von rd. 21 Prozent auf rd. 16 Prozent verringern. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt von heute 46 Mill. bis 2050 auf 26 Mill. Der Anteil der Menschen zwischen 20 und 60 Jahren wird voraussichtlich von 57 Prozent auf 47 Prozent zurückgehen. Bereits 2040 wird die Hälfte der Bevölkerung über 49 Jahre alt sein. Die Lebenserwartung wird um mindestens 4 Jahre bis 2050 ansteigen. Dadurch wird sich der Anteil der über 80-Jährigen bis dahin vervierfachen. Während es 1950 etwa doppelt so viele Menschen unter 20 Jahren wie über 59-Jährige gab, so wird es im Jahre 2050 so viel ältere wie jüngere Menschen geben.

36 Ebenda.

37 Vgl. Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik. Veröffentlichungen der AG Alternative Wirtschaftspolitik, 2004; Gerd Bosbach: Den Leuten wird eine Katastrophe vorgegaukelt, in: Berliner Zeitung vom 18. 3. 2006. Axel Gerntke:

Alter von Bedeutung). Da es weniger Junge gebe, nehmen für diese die Kosten ab. *Das stimmt aber gerade nicht. Die Defizite bei der Bildung und Kinderbetreuung müssen überwunden werden. Das erfordert mehr Geld. Für die Linkspartei existiert das Problem von Schwerpunkten allerdings nicht. Sie fordert generell mehr Geld sowohl für das eine wie das andere und sieht dabei keine Probleme.*

- Bei Arbeitskräftedefizit und längerer Lebenserwartung wird sich auch das Renteneintrittsalter erhöhen, was ebenfalls bei den Darstellungen zu berücksichtigen wäre. *Das Renteneintrittsalter wird ja nun Zug und Zug erhöht (Rente mit 67 ab 2019), aber gerade das trifft ja auf den erbitterten Widerstand der Linkspartei.*

- Der Produktionsfortschritt in 50 Jahren lässt es zu, auch weitere Lasten zu schultern. Er wird bei den Bevölkerungsprognosen einfach ausgeblendet. *Es gibt in jedem Stadium der Produktivitätsentwicklung ein Niveau des Lebensstandards, das als »normal« gilt. Das hat sich im Verlaufe der Geschichte letztlich zumindest hier zu Lande erhöht. Das beseitigt aber nicht das Problem der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf verschiedene Generationen, zumal wir es beim deutschen Rentensystem mit einem Umlageverfahren zu tun haben. Erhöht man die Steuermittel, die in das Rentensystem fließen, um es zu retten, dann bleibt letztlich die Frage, ob das für die Gesellschaft zukunftsfruchtig und sozial gerecht ist.* Bosbach argumentiert damit, dass bei einem angenommenen Gesamtanstieg der Arbeitsproduktivität bis 2050 von 84 bis 140 Prozent und entsprechender Lohnsteigerung Rentner und Kinder problemlos versorgt werden könnten, ohne dass jemand verzichten müsse. Selbst bei einer unrealistischen Verdopplung der Rentenbeiträge auf 40 Prozent lägen die verfügbaren Bezüge der Beschäftigten um mehr als 900 Euro über dem heutigen Durchschnittseinkommen.³⁸ *Folgt man dieser Logik, dann wird –wie oben schon betont – das jeweils historisch erreichte allgemeine Lebensniveau als Maßstab ausgeblendet. (Die durchschnittliche Kaufkraft Mitte der sechziger Jahre entsprach der eines heutigen ALG II-Empfängers. Ginge man danach, müsste man das Leistungsniveau des ALG II senken, weil es heute viel zu hoch wäre). Außerdem sind die anderen angenommenen Faktoren, wie die heutige Entwicklung zeigt, nicht realistisch berechnet.*

- Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von ca. 1,7 Prozent sei genug Geld für Junge und alte da. *Dazu trifft die Argumentation im zuvor genannten Punkt zu. Außerdem ist es illusorisch von stetigen Wachstumsraten selbst dieser Größenordnung verlässlich auszugehen. Beachtet werden muss auch, dass die Forderungen der Linken zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit erhebliche Steuermittel erfordern. Das wird aus der Betrachtung in der Regel ausgeblendet.*

- Mit dem Jahr 2050 wurde bewusst oder unbewusst das dramatischste Jahr negativer demografischer Auswirkungen ausgewählt und der Öffentlichkeit präsentiert. *Jüngere Berechnungen im Zusammenhang mit dem Rentenbericht der Bundesregierung gehen auch vom Jahr 2030 aus. Selbst bei diesen Berechnungen bleiben die Probleme bestehen.*

Die verschiedenen nachvollziehbaren Vorschläge der Linkspartei können die gravierenden Probleme des gegenwärtigen Rentensystems nur teilweise lösen. Gleichzeitig bleibt es aber eine Illusion, über das

gegenwärtige beitragsbezogene System allein eine den Lebensstandard sichernde Rente für alle zu garantieren. Die Frage lautet, ob eine den Lebensstandard sichernde Rente noch das zentrale realistische Ziel sein kann, wie das in den programmatischen Eckpunkten gefordert wird.³⁹ Im Bundestagswahlprogramm der Linkspartei von 2005 wird eine solche Forderung nicht erhoben. Im Mittelpunkt der Forderungen hier steht eine die Existenz sichernde Rente mit Grundbetrag. In den Eckpunkten des »Renten-Konzepts« der PDS-Bundestagsfraktion (Februar 2000) wird eine Rente gefordert, die ein »ganz normales Leben« für das Alter sichern soll.⁴⁰ Hier bleibt fraglich, was ein »ganz normales Leben« ist. Dies ist sicher differiert für verschiedene soziale Schichten zu verstehen. Aber schon hier wurde offenbar von einer den Lebensstandard sichernden Rente Abschied genommen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen und Forderungen der Linken sollte die Sicherung einer Rente mit Grundbetrag stehen.

Zusammenfassung

Die Linke argumentiert richtigerweise, dass es Alternativen zur dominierenden Politik gibt. Sie ist deutlich, wenn es darum geht, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ursache sozialer Spaltungen zu kritisieren. Das macht sie gegenüber den anderen Parteien kenntlich. Eine andere Frage aber ist, ob es richtig und sinnvoll ist, den anderen Parteien vorzuwerfen, sie würden die Zwänge der Globalisierung, den demografischen Faktor und den Hinweis auf andere Herausforderungen nur benutzen, um ihre neoliberale Politik zu begründen. Bei einer solchen Konstellation kann die Linke nicht gewinnen. Sie bleibt in der Defensive, wenn sie nicht die Herausforderungen selbst ernst nimmt und sie zum Ausgangspunkt ihrer politischen Konzepte und programmatischen Überlegungen macht. Von dieser Prämisse aus ginge es dann auch darum, die ideologisch motivierten Überhöhungen durch andere Parteien zu kritisieren.

Gegenwärtig gibt es Argumentationsstränge bei der Linken, die bei den Gegnern und Konkurrenten der Linken durchaus Argumente für deren Auseinandersetzung nähren können:

Globalisierung: Ablehnung – keine Gestaltungsmöglichkeiten – Rückkehr zur nationalstaatlichen Steuerung.

Europäische Union: Erscheinungsform des Neoliberalismus.

Außen- und Sicherheitspolitik: Die westlichen Staaten und transnationalen Konzerne sind an allem Unheil dieser Welt schuld.

Friedenspolitik: verbleibt im Plakativen, lässt sich oftmals nicht auf reale Konfliktursachen ein; widersprüchliches Verhältnis zur UNO in Gewaltfragen.

Hohe Staatsverschuldung: bei ordentlicher Einnahmepolitik kein Problem.

Zu hohe Lohnnebenkosten: eine neoliberale Erfindung.

Demografischer Faktor dient nur dazu, die Renten zu kürzen.

Flexibilisierung: Machwerk der Neoliberalen.

In dieser Dichte und Zuspitzung wird zwar überwiegend nicht argumentiert. Dennoch entsteht oftmals ein solches Bild. Die Linke sollte deshalb stärker darauf achten, nicht in die Populismusfalle zu gehen.

Die solidarische Alternative zum Sozialabbau, auch bei der Alterssicherung; Solidarische Bürgerversicherung!, in: Reader zur ersten öffentlichen Anhörung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, S. 39.

38 Vgl. Märchen Demographie-Zeitbombe. Die alternde Gesellschaft bedroht den Sozialstaat nicht. Ein Bericht von Peter Liebers über eine Veranstaltung mit Prof. Gerd Bosbach, in: Neues Deutschland vom 12. 2. 2005. Siehe auch Neues Deutschland vom 12. 3. 2005.

39 Programmatische Eckpunkte, a. a. O., S. 9.

40 Eckpunkte des »Renten-Konzepts« der PDS-Bundestagsfraktion, Entwurf der AG Rentenreform, Februar 2000, Ma-nuskript. Ähnlich lautet die Formulierung bei Heidi Knake-Werner, Horst Kahrs: Flexibilität und Sicherheit im sozialen Wandel, in: Soziale Sicherheit 5/2000.

MICHAEL FABER, JONAS BENS

Für eine moderne und bunte Linke!

Die soziale Frage umfasst mehr als Hartz IV
und Vermögenssteuer und sie braucht Antworten!

Die neue Linke formiert sich. PDS und WASG haben sich im letzten Jahr aufgemacht, die politische Vertretungslücke auf der gesellschaftlichen Linken zu schließen. Mehr als vier Millionen Wählerinnen und Wähler bei der zurückliegenden Bundestagswahl haben den Akteuren beider Parteien den Auftrag erteilt, eine neue Linkspartei zu schaffen.

Die politischen Schwerpunkte und Inhalte dieser neuen Linken müssen nicht lange gesucht werden – die gesellschaftlichen Realitäten machen klar, wo die Linkspartei zu stehen hat. Allerdings sehen wir als junge Menschen, die vor einigen Jahren im Westen in die PDS eintraten, die Gefahr, dass sich die neue Linke programmatisch verengt und in (zu) einfachen Losungen verhardt.

Michael Faber – Jg. 1981, Student der Rechtswissenschaften in Bonn; derzeit Absolvent des ersten juristischen Staatsexamens. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung von 2002 bis März 2006. Mitglied der Bundesschiedskommission der Linkspartei.PDS. michael-faber@jungealternative.de

Die soziale Frage braucht vor allem eines: Linke Antworten!

Wir sind uns darüber im Klaren, dass für eine sozialistische Kraft die soziale Frage nicht nur ein Bereich unter vielen sein kann sondern den Kristallisationspunkt sozialistischer Politik darstellt. Die soziale Frage ist für eine sozialistische Partei *primär* die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit.¹ Im gesellschaftlichen Diskurs über die Entwicklung des Sozialstaates ist die Linke allerdings gefordert, stärker ihre Zielvorstellungen, ihr positives Verständnis von Sozialstaat zu vertreten. Die plakative Ablehnung von weiterem Sozialabbau hat im Rahmen der Bundestagswahl des Jahres 2005 nur deshalb weit über den Betroffenenkreis Zustimmung erfahren, weil Rot-Grün die aus Steuergeschenken an Spitzenverdiener und Großkonzerne selbst heraufbeschworene öffentliche Finanzmisere als Rechtfertigung für die Sozialkürzungen heranzog.² Diese dreiste und offenkundige Ungerechtigkeit wurde von breiten Teilen der Bevölkerung zu Recht abgelehnt. Die Politik der Großen Koalition setzt dieses Politikmuster allerdings *nicht* nahtlos fort: die (falsche) Mehrwertsteuererhöhung³ sowie der derzeitige Diskurs über den grundsätzlichen Einnahmemehrbedarf der öffentlichen Kassen in der SPD⁴ stellen einen Paradigmenwechsel zum in den letzten Jahren vertretenen Steuersenkungsfetischismus dar. Es gilt zu bewerten, dass die Bundesregierung nunmehr zwar die falsche Antwort gibt (Mehrwertsteuer), aber immerhin die richtige Frage stellt, indem sie die Probleme (auch) von der Einnahmeseite her lösen will. Die Linkspartei muss diese eklatante Veränderung wahrnehmen und ihre Politik hierauf einstellen, wenn sie auf der Höhe der Zeit agieren will. Anstatt die Regierungspolitik monoton als »neoliberal« abzustempeln, wird

1 Dies zu betonen, erscheint gerade in Anbetracht der programmatischen Umorientierung der SPD angebracht. Olaf Scholz, damals Generalsekretär der SPD in »Gerechtigkeit und solidarische Mitte« vom 16. 7. 2003: »Die Frage, wie eine Politik der Gerechtigkeit auszu-sehen habe, wurde im (westlichen) Nachkriegs-deutschland ... anhand der Verteilungsgerechtigkeit diskutiert. Diese Perspektive

sich die Linke im politischen Wettstreit um die Ausgestaltung eines modernen Sozialstaats die Mühe machen müssen, sich mit eigenen sozialistischen Alternativen der politischen Debatte zu stellen. Die gesellschaftliche Wirkungsmacht der neuen Linken wird daher davon abhängen, ob sie es mit konkreten Angeboten versteht, breite Teile der Gesellschaft von ihren radikal aber tragfähigen Alternativen zu überzeugen. Eine positive Wandlung der Losung »Sozialabbau Stop« hin zu einer Verständigung über das Ziel eines modernen solidarischen und gerechten Sozialstaats ist daher dringend erforderlich.⁵

Die soziale Frage weiter und neu denken!

So zentral und angebracht die Beschäftigung mit den unter Hartz I-IV bezeichneten Arbeitsmarktreformen auch ist, so wichtig die Forderung nach der Erhebung einer Vermögenssteuer auch sein mag, eine moderne linke Politik darf sich in der Beschäftigung mit der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik nicht erschöpfen! Die soziale Frage ist zwar primär eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, erschöpft sich darin aber keineswegs.

Der eine der beiden Autoren wurde über Tierschutz politisiert, der andere über Stammtischparolen gegen Migrantinnen und Migranten. Als wir beide mit 17 Jahren in die PDS eingetreten sind, bot sich uns das Bild einer Partei, in der, und das war das eigentlich Spannende, (vermeintliche) Randbereiche eben keine Randbereiche waren. Die Fragen globale Gerechtigkeit, Friedenspolitik, Gefahren der Atomenergie, multikulturelle Gesellschaft, Fragen der Ökologie, Geschlechtergerechtigkeit waren, so der Grundkonsens, untrennbarer Bestandteil einer Vision vom Demokratischem Sozialismus.

»Weiche« Politikbereiche waren eben nicht weich, sondern hatten, zumindest nach außen vermittelt, einen ebenso hohen Stellenwert, wie die stets geforderte Vermögenssteuer. Es bot sich uns auch das Bild einer Partei, die mit buntem Personal, witzigen Werbematerialien und einer Spur Selbstironie ein Umdenken in der Gesellschaft in eben allen ihren Bereichen einforderte. Heute stellt sich die Linkspartei für uns zu oft als Verein verbissener Menschen dar, die gebetsmühlenartig die Einführung der Vermögenssteuer für das einzige Heilmittel einer kranken Welt halten und Hartz IV geißeln.

Das ist schlicht langweilig! Strategisch müssen wir begreifen, dass nicht direkt von Hartz IV betroffene Menschen auch über andere Dinge politisiert werden. Das kann, wie bei uns, der Tierschutz und die Ausländerfeindlichkeit sein, das können aber auch Fragen der Entwicklungspolitik, der militärischen Gewalt, der globalen ökologischen Krise oder die eines ungerechten Schulsystems sein. Jüngere Menschen, Frauen, linke Intellektuelle sprechen wir momentan nur unzureichend an – aber auch und gerade von ihnen ist ein enormer Input für gesellschaftliche Veränderungen zu erwarten. Und gesellschaftliche Veränderungen in diesen Bereichen sind ebenso Bestandteile sozialistischer Alternativen oder sozialistischer Visionen wie die ökonomischen Zusammenhänge.

Die Linke braucht eine sozialistische Wertedebatte!

Die wichtige Frage, der sich die neue Linke zu stellen hat ist, was sie unter »sozial« auch neben Verteilungsfragen eigentlich versteht. De-

wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht.«

2 Dieses Politikmuster wurde am 1. 1. 05 besonders wahrnehmbar. An diesem Tag erlangten sowohl die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf nunmehr 42 Prozent als auch die Arbeitsmarktreform »Hartz IV« Rechtskraft.

Jonas Bens – Jg. 1984, Student der Theologie in Bonn, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit April 2006. Mitglied des Landesvorstandes Linkspartei NRW für Bildungs- und Hochschulpolitik, AStA-Vorsitzender der Uni Bonn seit Mai 2006. jonasbens@web.de

3 Im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und CSU haben sich die Koalitionsparteien auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zum 1. 1. 2007 geeinigt. Zwei Prozentpunkte sollen zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden, ein Prozentpunkt zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge.

4 »Es geht um das Signal« – Der designierte SPD-Vorsitzende Beck im »Spiegel«

vom 15. 4. 06: »Mit der aktuellen Steuerlastquote von 20 Prozent können wir die Republik nicht mehr zukunftsfähig gestalten, gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der enormen Herausforderungen im Bildungssektor.«

5 In diesem Kontext ist die von Katja Kipping und anderen angestoßene Debatte um ein »bedingungsloses Grundeinkommen« zu begrüßen – hat sich doch von dieser Forderung ausgehend eine verstärkt zielorientierte Debatte um moderne linke (Sozial-) Politik entwickelt.

batten, die davon ausgehen, soziale Probleme würden sich von selbst lösen, wenn man nur Sozialleistungen erhöht, werden der komplexen gesellschaftlichen Realität sicher nicht gerecht. Jugendpolitik, Antidiskriminierungspolitik, der Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten, die Begegnung der zunehmenden Entsolidarisierung: all dies sind sicher auch, aber nicht allein Fragen des Geldes. Es ist eine Frage von gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen. Hier täte es Not, über sozialpädagogische Ansätze zu diskutieren, über Gesellschaftsvisionen und über Werte.

Oft gewinnt man den Eindruck, gerade die Parteinahme für Betroffene von Hartz IV verbiete es, Probleme auch in anderem als in der Höhe des ALG II wahrzunehmen. Ist es die Angst, sich auf vermeintlich konservative Argumentationswege einzulassen, wenn man es unterlässt, über gesellschaftliche Werte zu debattieren und deren Fehlen als Problem zu benennen? Gerade dieses Feld muss wieder links besetzt und progressiv behandelt werden. Debatten über Solidarität, Emanzipation, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde führen uns über monetäre Zusammenhänge hinaus. Im Fokus sozialistischer Politik muss daher der Mensch in all seiner sozialen Komplexität stehen. Ihn allein auf ein ökonomisches Wesen zu reduzieren, konterkariert den emanzipatorischen Anspruch linker Politik.

Breit, bunt und mit Antworten! So, und nur so, kann und wird eine linke Partei gesamtgesellschaftliche Wirkungsmacht entfalten. So werden wir in allen Bereichen des gesellschaftlichen Diskurses verstärkt linke Akzente setzen können und gleichzeitig auch aus allen Bereichen MitstreiterInnen gewinnen. Hier gilt es die Politik der neuen Linken facettenreicher, visionärer und zugleich fassbarer zu gestalten!

DIRK JÖRKE

Von den Grünen lernen heißt verlieren lernen

Die Parallelen sind nicht zu übersehen. Auch als die Grünen 1983 in den Deutschen Bundestag eingezogen sind, galten sie als eine Chaotentruppe mit illusionären Zielen, die weder politik- noch koalitionsfähig ist. Heute ist es die Fraktion der Linkspartei, mit der die etablierten Parteien und die Meinungsmacher der Republik sich nicht abgeben wollen. Bei allen Überlegungen zur Regierungsbildung, die ja so manch erstaunliche Konstellationen ins Spiel gebracht hat, blieb sie außen vor. Das kann und wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren schleichend ändern.

Dafür sprechen zunächst mögliche strategische Überlegungen innerhalb der SPD. Als Partei der Mitte befindet sie sich durch die Etablierung einer weiteren parlamentarischen Kraft in der komfortablen Situation, zwischen mehreren Optionen auszuwählen zu können. Dafür sprechen aus der Perspektive der SPD auch die Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Warum sollte nicht auch im Bund funktionieren, was auf Länderebene möglich ist? Und schließlich würde damit auch in Deutschland eine Art europäische Normalität eintreten. Denn mit Ausnahme Großbritanniens, wo es aus wahlrechtlichen Gründen nicht zu Koalitionsregierungen kommt, ist eine regierungsfähige Kraft links von den traditionellen sozialdemokratischen Volksparteien in allen größeren Staaten vorhanden. Noch sind wir freilich davon ein gutes Stück entfernt. Dies gibt Raum, bei aller Euphorie über den Einzug der Linkspartei in den Bundestag über Ziele, Wege und auch Gefahren einer künftigen linken Politik nachzudenken.

Hinsichtlich der Gefahren ist nun ein Blick auf die Entwicklung der Grünen aufschlussreich. Sie sind gestartet, um die Bundesrepublik Deutschland zu verändern, wenn nicht gar auf parlamentarischem Wege zu revolutionieren. Basisdemokratisch, pazifistisch, feministisch und ökologisch sollte die Zukunft werden. Auf dem Weg hin zur Regierungsbeteiligung sind freilich immer größere Teile dieses »ideologischen« Ballastes abgeworfen worden. Inzwischen ist bei einigen Strategen der Grünen selbst eine gemeinsame Regierungsbildung mit den einstigen Erzfeinden aus CDU und FDP zumindest nicht mehr kategorisch ausgeschlossen.

Die hierzu erforderliche Verbürgerlichung der Grünen hat gut 15 Jahre in Anspruch genommen. Erschreckend ist aber nicht so sehr der Umstand, dass sich ihr äußeres Erscheinungsbild gewandelt hat und die einstmaligen alternativen Bürgerskinder inzwischen ganz normale Politiker mit dem diesen eigenen Habitus geworden sind. Er-

Dirk Jörke – Jg. 1971; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie in Kiel und Hamburg; 2000-2001 Promotionsstipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung; derzeit wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald, Forschungsbereiche: Demokratietheorie, Pragmatismus, politische Anthropologie und Ideengeschichte; Veröffentlichungen u. a.: Demokratie als Erfahrung. John Dewey und die politische Philosophie der Gegenwart Wiesbaden 2003; Politische Anthropologie. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.

schreckend ist vielmehr die Leichtfertigkeit, mit der die ehemaligen politischen Ziele und Ideale auf dem Altar der »Realpolitik« geopfert worden sind. Nun mag man dafür in gut marxistischer Tradition den bürgerlichen Hintergrund sowohl der führenden Politiker als auch des Großteils ihrer Wähler verantwortlich machen. Die mit der Agenda 2010 verknüpfte Kürzungspolitik etwa konnten sie deshalb so einfach durchwinken, weil ihre Anhänger zumeist einen akademischen Hintergrund besitzen. Auch die Erklärung, dass Macht notwendig korrumpiert und die Spitzen der Grünen mittlerweile mindestens über ein vergleichbares Geschick der Disziplinierung ihrer Fraktionen und Parteitage verfügen wie die der etablierten Parteien, mag hier eine Erklärung bieten. Gewichtiger ist jedoch das Ineinandergreifen von zwei strukturellen Zusammenhängen, und zwar der spezifischen Rahmungen einer Karriere als Berufspolitiker einerseits und des immer enger werdenden Gestaltungsspielraums nationalstaatlicher Politik andererseits. Es sind diese beiden Vorgaben politischen Handelns, mit denen sich auch die Abgeordneten der Linkspartei konfrontiert sehen werden.

Im Folgenden möchte ich in einem ersten Schritt diese Bedingungen und Begrenzungen parlamentarischer Arbeit mit einigen groben Strichen skizzieren. Daran anschließend werde ich die These entfalten, dass infolge dieser Strukturen die in die Linkspartei gesetzten Hoffnungen zu einem nicht unerheblichen Teil enttäuscht zu werden drohen. Dies resultiert aus dem Dilemma, dass sie entweder als strikte Oppositionspartei den Stempel einer nicht politikfähigen »Retrolinken« aufgedrückt bekommt oder aber als kleinerer Koalitionspartner eine neoliberale Konsolidierungspolitik mit trägt. Beides dürfte auf mittlere Sicht wieder zu einem Abschmelzen in der Wählergunst führen. In einem dritten und letzten Schritt möchte ich einige Vorschläge für eine Abschwächung dieses »realpolitischen« Dilemmas unterbreiten. Dabei handelt es sich freilich nur um erste Überlegungen.

1. Professionalisierung der Politiker und Bedeutungsverlust politischen Handelns

In modernen parlamentarischen Systemen haben wir es mit Berufspolitikern zu tun. Sie fühlen sich nicht nur zur Politik berufen, sondern sind von der Politik zumeist auch materiell abhängig. Doch Politik als Berufsfeld ist in Demokratien »von einer überdurchschnittlichen Unsicherheit«¹ gekennzeichnet. Bei Verlust des Mandates droht ein oftmals als schmerzhaft empfundener Verlust von Macht. Hinzu tritt eine ökonomische Ungewissheit, wenn auch bei den meisten Parlamentariern zumindest nicht der Sturz ins ökonomische Nichts (Hartz IV) zu erwarten ist. Gleichwohl können die ökonomischen Einbußen erheblich sein – was übrigens in verstärkter Weise auf Abgeordnete linker Parteien zutrifft, die naturgemäß nicht über gute Kontakte zur Wirtschaft verfügen. Daraus resultiert eine Tendenz des Karriereerhalts. Dies geschieht zum einen durch »die soziale Schließung der professionellen politischen Positionen gegenüber den Außenseitern gleich welcher politischen Herkunft« und zum anderen durch »den Schutz vor Abwahl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern«.² Diese Einschätzung wird durch den

1 Jens Borchert, Klaus Stolz: Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 46 (2003), S. 148-173, 152.

2 Ebenda, S. 151.

Blick auf die neuen Abgeordneten der bereits im letzten Bundestag vertretenen Fraktionen durchaus bestätigt; denn es sind größtenteils die bekannten Gesichter.³ Die neue Fraktion der Linkspartei stellt aufgrund der Kandidatur von Vertretern der WASG einen Sonderfall dar, doch auch hier ist die Tendenz unverkennbar. Insbesondere auf den vorderen Plätzen der östlichen Landesverbände sind mit Vorliebe »Promis« positioniert worden.

Parteiübergreifend lässt sich sagen, dass bei den meisten Abgeordneten ein starkes, nicht zuletzt sozioökonomisch bedingtes Interesse an einer Wiederwahl besteht. Entscheidend für den Erhalt der beruflichen Position ist jedoch weniger das Abschneiden der eigenen Partei bei der Wahl – sofern denn die 5-Prozent-Hürde genommen wird –, sondern die Positionierung auf einem aussichtsreichen Listenplatz. Damit verlagert sich für den einzelnen Abgeordneten der verantwortliche Bezug weg vom Wähler und hin zu den Fraktionsvorsitzenden und den Strategen der Wahlpartei. Dies allein ist selbstredend unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten problematisch. Zu welchen inhaltlichen Verbiegungen dies aber darüber hinaus führen kann, hat man bei der Diskussion über die Agenda 2010 Gesetze innerhalb der SPD und der Grünen sehen können.⁴

Eine weitere Gefahr für den Bezug gegenüber dem Wähler stellt die Entwicklung von gemeinsamen Situationsdeutungen und Problemwahrnehmungen über die Fraktionsgrenzen hinweg dar. Gerade infolge der Professionalisierung und des damit verbundenen Wissensvorsprunges kommt es tendenziell zu kognitiven, aber auch habituellen Entfremdungen gegenüber den normalen Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Entfremdungsprozess dürfte sich durch die Übernahme von Regierungsverantwortung und der damit einhergehenden Gewöhnung an ministerielle und damit bürokratische Systemlogiken verstärken.

Es sind jedoch nicht allein die durch die Unsicherheit der individuellen Karrieren bewirkte Professionalisierung und die dadurch ausgelöste Distanz zwischen den Realitätsdeutungen von Berufspolitikern auf der einen Seite und einfachen Parteimitgliedern sowie Wählern auf der anderen Seite, die dem politischen Handeln in parlamentarischen Systemen einen Rahmen vorgeben. Hinzu tritt ein beträchtlicher Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Parlamente. So werden etwa mit dem Begriff des »Postparlamentarismus« in der jüngeren politikwissenschaftlichen Diskussion all diejenigen Prozesse zusammengefasst, in denen es zur Schwächung gewählter Parlamente und einer damit korrespondierenden Aufwertung des »verhandelnden Staates« kommt. Kollektiv verbindliche Entscheidungen werden dabei im wachsenden Umfang zwischen der jeweiligen Exekutive und gesellschaftlich potenten Gruppen wenn schon nicht endgültig getroffen, so zumindest in einem Umfang vorentschieden, dass den Parlamenten lediglich die nachträgliche Bestätigung der Verhandlungsergebnisse bleibt. Der Staat tritt bei diesen Verhandlungen nur noch als *primus inter pares* auf und verzichtet auf hierarchische Vorgaben. Auch die Verlagerung politischer Debatten in Kommissionen und die damit einhergehende Heranziehung von »Experten« führt zu einer Schwächung der Legislative. Wenngleich es noch nicht zu einer »Eins-zu-Eins«-Umsetzung der jeweiligen

3 Von den 614 Abgeordneten hatten 453 bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Bundestagsmandat.

4 Vgl. Franz Walter: Die Sozialdemokratie nach Schröder, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2004, S. 554-560.

Vorschläge gekommen ist, stellen Kommissionen – nicht zuletzt durch die Inszenierungen einer übergreifenden Sachlogik – eine Einschränkung politischer Debatten wie auch des parlamentarischen Spielraums dar.

Es ist inzwischen ein Gemeinplatz, dass mit der beschleunigten globalen Interdependenz wirtschaftlicher und politischer Prozesse auch die Notwendigkeit einer suprastaatlichen Koordinierung entstanden ist. Die Entstehung und Stärkung einer Vielzahl von Regimes und Institutionen zum Zwecke einer *global governance* stellt eine Antwort auf diese postnationale Konstellation dar. Am eindrucksvollsten und am weitesten fortgeschritten ist hier sicherlich der europäische Einigungsprozess. Die Etablierung eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung kann daher auch als eine notwendige Strategie dafür, der postnationalen Herausforderung politisch standhalten zu können, angesehen werden. Dies ist jedoch mit einem erheblichen Souveränitätsverlust nationalstaatlicher Parlamente, aber auch kommunaler Organe der Selbstverwaltung verbunden. Insbesondere die durch die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof durchgesetzten Maßnahmen einer »negativen Integration«, also des Abbaus von Wettbewerbsverzerrungen, erzeugen einen wirtschaftspolitischen Rahmen, der den gewählten Vertretern auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene nur wenig Raum etwa für die Bereitstellung öffentlicher Güter lässt. Nicht zufällig ist dann auch das am weitesten reichende Beispiel einer »positiven Integration« die Europäische Währungsunion, welche mittels der so genannten Stabilitätskriterien ebenfalls zu einer erheblichen Beschränkung nationalstaatlicher Souveränität führt.⁵ Und auch wenn die so genannte Europäische Verfassung infolge der negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zunächst wieder in den Schubladen verschwunden ist, so besitzen die Verträge von Amsterdam, Maastricht und Nizza auch weiterhin ihre Gültigkeit, wovon nicht zuletzt das gegen Deutschland angedrohte Defizitverfahren nachdrücklich zeugt.

Ist bereits unter Berücksichtigung des europäischen Mehrebenensystems von einer strukturellen Beschränkung des nationalen Gestaltungsspielraums auszugehen, so stellt sich das Problem auf der globalen Ebene in potenziert Form. Auch hier ist in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl trans- und suprastaatlicher Abkommen, Regimes und Institutionen entstanden, deren Effektivität freilich höchst unterschiedlich ist. Aber auch etablierte Institutionen haben an Relevanz gewonnen. Hier sind vor allem die GEMs (*global economic multilaterals*) Weltbank, IWF und WTO zu nennen, wobei namentlich letztere einen erheblichen Einfluss auf die Lebensbedingungen nahezu aller Menschen ausübt. Deren Entscheidungen sind zudem trotz aller Bemühungen zur Steigerung der *transparency* und *accountability* weit von einer wie auch immer vermittelten demokratischen Legitimation entfernt. Hinzu kommt, dass einer der grundlegenden Mechanismen demokratischen Regierens, nämlich die Reversibilität der Entscheidungen, im Rahmen der WTO still gestellt ist. Zukünftige Regierungen sind damit an den erreichten Grad der Liberalisierung gebunden.⁶ Dies führt zum nächsten Aspekt der Bedrohung demokratischer Souveränität.

5 Vgl. Arne Heise: Schulmeister Deutschland oder: Wie Europa getietmeyert wurde, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 7/2005, S. 819-828.

6 Vgl. Miles Kahler: Defining Accountability Up: the Global Economic Multilaterals, in: Government and Opposition, 39 (2/2004), pp. 132-158.

Wenngleich in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Auswirkungen der ökonomischen Internationalisierung auf die staatliche Handlungsfähigkeit ein gewisser Alarmismus mit dem Hang zur Übergeneralisierung vorgeherrschte, ist weitgehend unbestritten, dass sich seit Mitte der 70er Jahre die Kräfteverhältnisse verschoben haben. Die politisch durchgesetzte Internationalisierung der Kapitalmärkte und der ebenfalls politisch vorangetriebene Abbau von Wettbewerbsschranken haben die Möglichkeiten einer demokratischen Zivilisierung der Ökonomie beschnitten. Eine nationalstaatliche Zinspolitik, welche ein wesentliches Instrumentarium der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik darstellte, ist heutzutage kaum noch möglich, und auch der Einführung marktbeschränkender Regularien zum Zwecke der Erhaltung von Arbeitsplätzen sind zunehmend Grenzen gesetzt. Hinzu kommt die internationale Konkurrenz um Direktinvestitionen, welche eine angebotsorientierte Politik zur Folge hat. Zwar ist das befürchtete *race to the bottom* bislang nicht im vollen Umfang eingetreten, aber Anzeichen eines globalen Standortwettbewerbs sind unverkennbar. Die Regierungen zeigen sich bemüht, ein »günstiges« Investitionsklima zu erzeugen, und dies bedeutet oftmals auch die Durchsetzung so genannter »unpopulärer Maßnahmen«. Diese folgen dann mit Blick auf europäische Staaten sowohl den wettbewerbsrechtlichen Vorgaben aus Brüssel wie auch einer Art vorausseilendem Gehorsam gegenüber den internationalen Kapitalmärkten.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die Spielräume demokratisch legitimer Politik in den letzten Jahren erheblich enger geworden sind. Dem steht nun aber die Erwartung der Wähler gegenüber, dass politisches Handeln etwas Wesentliches bewegen kann, einen spürbaren Unterschied bewirkt. Paradoxerweise wird nun gerade diese Erwartung durch die oben geschilderten Strukturen und Mechanismen hauptamtlicher Politik zusätzlich geschürt, um sie dann aber gleich wieder zu enttäuschen. Denn im Wettbewerb um die Wählerstimmen sind die Parteien gleichsam gezwungen, sich durch die Formulierung von unterscheidbaren »Angeboten« zu profilieren. Sobald nun aber die »Schlacht« gewonnen ist, treten die berühmten »Sachzwänge« zu Tage, und die Versprechen können leider nicht oder nur sehr marginal eingehalten werden. Dies ist die Stunde der »Realpolitiker«, wobei hier die Fraktionsvorsitzenden eine besondere Rolle innehaben. Liegt es doch an ihnen, jene Abgeordneten, die die Wahlversprechen oder programmatischen Ideale tatsächlich auch in der parlamentarischen Arbeit weiter zu verfolgen trachten, wie vermittelt und unausgesprochen auch immer an ihre eigenen Interessen zu erinnern.

Es liegt auf der Hand, dass der hier freilich recht grobschlächtig skizzierte Mechanismus zunächst nur für die Regierungsfaktionen gilt. Die derzeitige Festlegung der führenden Bundespolitiker der Linkspartei auf »strikte Opposition« bildet daher auch einen gewissen Schutz vor der realpolitischen Falle. Gleichwohl gibt es Verlautbarungen, dass mittelfristig durchaus eine Regierungsbeteiligung angestrebt wird. Dabei wird zum einen auf die durch den Einzug einer starken Fraktion mögliche Veränderung der Diskussionsprozesse im Deutschen Bundestag hingewiesen, wodurch Spielräume für eine

nicht neoliberale Politik etwa durch die Stärkung der Nachfrageseite eröffnet werden sollen. Zum anderen werden die Hoffnungen auf die Mobilisierung sozialer Bewegungen gesetzt. Sei beides erstmal erreicht, dann könne man auch in der Regierungsverantwortung der neoliberalen Hegemonie effektiv entgegen treten. Doch gerade vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen parlamentarischer Politik könnten sich diese Erwartungen als trügerisch erweisen.

2. Die Dilemmata der Linkspartei

Die skizzierten strukturellen Bedingungen politischen Handelns stellen aus zwei Gründen für eine Linkspartei eine besondere Herausforderung dar. Die demokratische Linke verfolgt eine Programmatik, die sich gegen die neoliberale Hegemonie und die durch sie bewirkten Veränderungen richtet. Wenn also FDP und CDU/CSU gleichsam mit dem Strom schwimmen können und SPD und Bündnis 90/Die Grünen spätestens seit Verkündung der Agenda 2010 sich zumindest haben mit treiben lassen, so muss die Linke sich gegen diese starke, wenn nicht gar reiße Strömung stemmen. Daraus ergibt sich ein Vorteil jener Parteien, die sich eine weitere neoliberale »Reformpolitik« zum Ziel gesetzt haben. Sie können auf die Verhältnisse, wie sie nun einmal sind, verweisen und besitzen mächtige Verbündete in Wirtschaft und Medien, wie im jüngsten Bundestagswahlkampf in einer geradezu unverschämten Weise deutlich geworden ist.⁷ Die Linkspartei will und muss demgegenüber die Interessen der sozial Schwachen und Ausgegrenzten vertreten und dabei überzeugende Alternativen formulieren – Alternativen, die im Diskurs der herrschenden Eliten nicht existieren und von diesen als utopistisch und gefährlich für den Standort gebrandmarkt werden. Dies führt zu einem ersten Dilemma, dem Wahldilemma. Entweder die Linkspartei stemmt sich programmatisch weiterhin mit aller Kraft gegen den neoliberalen Zeitgeist, dann verliert sie jedoch spätestens bei einer Regierungsbeteiligung an Glaubwürdigkeit. Oder es kommt zu einer Sozialdemokratisierung der Partei, was sie der SPD annähert und zumindest im Westen der Republik mittelfristig wieder zu einem erheblichen Stimmenrückgang führen dürfte.

Bei aller Euphorie über die durch die WASG ermöglichte Westausdehnung und den beträchtlichen Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl sollten die Erfahrungen mit den bisherigen Regierungsbeteiligungen auf Landesebene nicht vergessen werden. Diese haben zu einem deutlichen Zustimmungsrückgang geführt. So hat die PDS 2002 bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern 8 Prozentpunkte verloren, und in Berlin ergaben die Umfragen vor den Hartz IV Protesten einen fast 50-prozentigen Einbruch gegenüber dem Wahlergebnis von 2001. Die derzeitige Konsolidierung in den Umfragen und auch die guten Ergebnisse in Berlin bei der Bundestagswahl sind gerade kein Ausdruck einer überzeugenden Landespolitik, sondern resultieren aus dem Bundestrend. In Berlin gibt es zahlreiche Beispiele, bei denen sozialistische Rhetorik und reales Regierungshandeln auch beim besten Willen nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Die Übernahme von Regierungsposten unter den strukturellen Zwängen einer Haushaltskonsolidierungspolitik

7 Zum Problem einer durch neoliberale Interessensverbände »gesteuerten Demokratie« vgl. Ulrich Müller, Sven Giegold, Malte Arheger: *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen*, Hamburg 2004.

führt notwendig zur Frustration bei den Wählerinnen und Wählern. Es gibt wenige Gründe anzunehmen, dass dies auf absehbare Zeit auf der Bundesebene anders ausfallen wird. Im Gegenteil, es ist von einer Verschärfung des »Anpassungsdruckes« auszugehen. Dafür sorgen allein die skizzierten Vorgaben aus Brüssel (Europäische Kommission) und Frankfurt/Main (Europäische Zentralbank). Eine Linkspartei, die diesen Kurs durch ihr Regierungshandeln mit trägt und damit immer auch legitimiert, obwohl sie sich programmatisch klar gegen ihn ausgesprochen hat, würde aller Wahrscheinlichkeit nach bei den nächsten Wahlen abgestraft. Die Alternative einer stärker »realpolitischen« Ausrichtung vermindert zwar die Kluft zwischen sozialistischer Programmatik und konkreter Politik, man dürfte damit aber kaum an den jetzigen Erfolg anknüpfen können. Ist doch die Linkspartei nicht zuletzt deshalb gewählt worden, weil sie für einen Kurs gegen die sozialdemokratische Kürzungspolitik steht. Insbesondere in den westlichen Bundesländern würde ein realpolitischer Kurs nicht honoriert werden. Auch wäre unter diesen Umständen eine Vereinigung mit der WASG nicht möglich, denn deren Basis würde eine derartige Ausrichtung nicht mit tragen.

Dies verweist auf das zweite Dilemma, das Professionalisierungsdilemma. André Brie verweist in seinen *Sechs Thesen zur Perspektive der Linkspartei* mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung im Jahr 2009 zu Recht auf die Notwendigkeit einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas und den langen Atem, der hierfür erforderlich ist: »Vier Jahre sind vielleicht viel Zeit für Initiativen, Gesetzesvorschläge und Reden im Bundestag. Sie sind wenig in der Gesellschaft. Deshalb ist die geistige und politische Arbeit in die Gesellschaft hinein und gemeinsam mit ihren kritischen Teilen um keinen weiteren Tag aufschiebbar. Falls 2009 die bereits von Gysi und Lafontaine nicht ausgeschlossene Koalition mit der SPD möglich sein sollte, dann nur in einem anderen geistigen Klima der Republik.«⁸

André Brie ist auch in seiner Diagnose einer mangelnden gesellschaftlichen Verankerung der Linkspartei zuzustimmen. Es gäbe zwar innerhalb der Partei durchaus eine Reihe von alternativen Konzepten, aber über diese würde in der Gesellschaft nicht wirklich diskutiert werden. Dies liegt ihm zufolge auch an dem geringen Dialog mit sozialen Bewegungen und linken Intellektuellen. Hierfür macht er neben mangelndem Mut auch habituelle Differenzen verantwortlich. Hinzufügen kann man noch die Differenzen zwischen außerparlamentarischer Kritik, die sich immer auch an das Große und Ganze richtet, und einer notwendig eher pragmatisch ausgerichteten Politik in den Parlamenten. Letzteres führt zu dem, was oben mit »Professionalisierung« bezeichnet worden ist. Mit steigender parlamentarischer oder auch kommunalpolitischer Erfahrung wächst der Sinn für das »real Machbare« – oder eben auch für das Nicht-Machbare. Noch mal André Brie: »Nichtsdestotrotz wird eine Partei mit so großer kommunal- und landespolitischer Verankerung und Akzeptanz wie die PDS auch verantwortbare und realistische Antworten auf knallharte haushaltspolitische Fragen, zur Entwicklung von Kommunalabgaben, zu den Bedingungen für Kindertagesstätten, Theater oder örtliche und regionale arbeitsmarktpolitische Themen geben müssen.«⁹

8 André Brie: Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, in: Michael Brie (Hrsg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Texte 23 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 59-65, 64.

9 Ebenda, S. 63.

Die hiermit verbundene Fokussierung auf das »Machbare« führt dann aber oftmals zur Frustration bei den sozialen Bewegungen. Dies mag in den Kommunen nicht so dramatisch sein, kann aber auf der Ebene der Bundesländer erhebliche Verstimmungen zur Konsequenz haben – wie momentan in Berlin zu beobachten ist.

Nun dürften diese Differenzen zwischen Linkspartei und sozialen Bewegungen infolge der jetzt auch wieder bundesstaatlichen Etablierung und der daraus resultierenden Professionalisierung eher noch zunehmen. Hier ist wiederum ein Blick auf die Geschichte der Grünen lehrreich. Diese sind bekanntlich aus den Neuen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre hervorgegangen, und deren Stil wie auch Inhalt haben den frühen Fraktionen der Grünen durchaus ihren Stempel aufgedrückt. Spätestens mit dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag hat sich dies aber nachhaltig verändert.¹⁰ In der Folge ist es zu einer wachsenden Distanz auch zu jenen Resten der Neuen sozialen Bewegungen gekommen, die von der Parlamentarisierung nicht gänzlich personell ausgetrocknet worden sind. Der Eintritt in die Regierung war dann nur noch der letzte und in gewisser Weise auch konsequente Schritt.

Somit besteht zwar auf der einen Seite die Notwendigkeit einer Professionalisierung von Inhalten wie Mandatsträgern, auf der anderen Seite ist es bei den Grünen, aber auch bei den Abgeordneten der Linkspartei in jenen Ländern, in denen sie an der Regierung teilhaben dürfen, infolgedessen zu einer wachsenden Kluft gegenüber den sozialen Bewegungen gekommen. Und diese Kluft äußert sich sowohl hinsichtlich der programmatischen Überzeugungen als auch – und vielleicht noch wichtiger – im Habitus.

Mit der Bundestagsfraktion verfügt nun die Linkspartei wieder über bedeutende personelle wie finanzielle Ressourcen. Hinzu kommt die erhöhte bundesweite Medienaufmerksamkeit durch die Präsenz im Parlament.

Dies bietet die Chance, den von André Brie eingeforderten Diskurs in die und mit der Gesellschaft über alternative Politikansätze jenseits der etablierten Pfade der Angebots- und Konsolidierungspolitik zu intensivieren. Es bietet weiterhin die Chance, die alternativen Programme detailliert und in der Ausschussarbeit in Auseinandersetzung mit den Konzepten der anderen Parteien zu überprüfen, zu verfeinern und gegebenenfalls zu revidieren. Letzteres birgt aber auch die Gefahr einer wachsenden Konzentration auf das »Machbare«, etwa durch die alltägliche Konfrontation mit vermeintlichen »Sachzwängen« oder der schleichenden Akzeptanz der parlamentarischen Rationalitäten. Diese Aneignung von »Herrschaftswissen« ist mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung zwingend erforderlich, führt jedoch zu einem anderen Politikverständnis als dem der sozialen Bewegungen und der linken Intellektuellen.

Wahldilemma und Professionalisierungsdilemma sind freilich nur zwei Ausprägungen des Umstandes, dass eine linke Politik, die auf die parlamentarische Veränderung politischer Rahmenbedingungen zielt, diese zu einem erheblichen Teil akzeptieren muss. Bislang ist in der Bundesrepublik noch jede neue linke Kraft an dieser »Quadratur des Kreises« größtenteils gescheitert.

10 Vgl. Jens Fuchs: Der Grüne Verrat – Niedergang einer Version, Essen 2005; und – weniger polemisch – Jürgen Stern: Grüne Spitzen – Elitenbildung in einer egalitären Partei, Stuttgart 2004.

3. Was tun?

Ausgangspunkt der nachfolgenden Überlegungen ist die Hoffnung, dass trotz der skizzierten Rahmungen und Erfahrungen parlamentarischer Politik durchaus Spielräume für linke Alternativen existieren. Diese setzen jedoch einen reflexiven Umgang mit den erwähnten Gefahren voraus. Was dies bedeuten könnte, möchte ich abschließend in einigen Punkten zumindest andeuten. Es liegt jedoch auf der Hand, dass hierüber in den kommenden Monaten innerhalb der Linkspartei, aber auch mit jenen sozialen Bewegungen und Intellektuellen, mit denen man gemeinsam die neoliberale Hegemonie bekämpfen möchte, eine intensive Diskussion unabdingbar ist. Dies sollte geschehen, bevor man sich im parlamentarischen Geschäft aufreißt. Ansonsten droht das Überraschungsmanöver von Schröder doch noch zu einem Desaster für die Linke zu werden.

Erstens: Politik wird trotz aller Institutionen, hegemonialen Strukturen und großen Organisationen von Menschen gemacht, die diesen Rahmen vorfinden und sich in ihm bewegen. Dabei ist zu akzeptieren, dass Berufspolitiker neben den programmatischen Zielen immer auch an ihre eigene materielle Absicherung denken müssen. Ebenso sind die mit dem Begriff der Professionalisierung beschriebenen Veränderungen der jeweiligen Mandatsträger zunächst einmal zu akzeptieren. Aus der Perspektive der innerparteilichen wie außerparlamentarischen Basis führt dies jedoch tendenziell zu Entfremdungsprozessen. Dies moralinsauer als »Verrat« zu skandalisieren, ist jedoch wenig produktiv. Stattdessen ist über institutionelle Vorkehrungen nachzudenken, die der Professionalisierungsfalle entgegenwirken. Zu diskutieren wäre beispielsweise eine Doppelstrategie, die nach dem Prinzip »Zuckerbrot und Peitsche« verfährt. Zunächst zur Peitsche, den negativen Sanktionen. Und hier ist ausnahmsweise der Blick auf die Grünen hilfreich. Diese haben sich ja zu Anfang als eine Antiparteien-Partei verstanden. Und dieser Anspruch ist in den ersten Jahren institutionell mit dem Rotationsprinzip umgesetzt worden. Auch die auf Bundesebene und in einigen Landesverbänden noch existierende Trennung von Amt und Mandat sollte eine Anpassung an herrschende Mechanismen verhindern. Es ist hier nicht der Ort, das Für und Wider derartiger Instrumentarien zu diskutieren – wobei das größte Problem sicherlich in der Fokussierung der Medien auf die »Promis« besteht. Wichtig ist jedoch, dass überhaupt eine Debatte über Möglichkeiten einer stärkeren Rückkopplung des politischen Personals an die Partei wie auch an die oftmals beschworenen sozialen Bewegungen entsteht. Was nun das Zuckerbrot oder die positiven Sanktionen betrifft, so sollte sich die Linkspartei um die berufliche Absicherung ehemaliger Abgeordneter und ihrer Mitarbeiter bemühen. Dies stellt angesichts der programmatischen Vertortung und der dann doch begrenzten finanziellen Ressourcen sicherlich eine große Herausforderung dar. Zu denken wäre hier beispielsweise an eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, und auch die soziale Verankerung in den östlichen Bundesländern bietet Ressourcen.

Zweitens: In Wahlkämpfen werden Versprechungen gemacht, die zumeist nicht oder zumindest nicht in dem gewünschten Umfang erfüllt werden. Dies führt zu Enttäuschungen bei den Wählern insbe-

sondere dann, wenn man sich von einer Regierungsbeteiligung spürbare Veränderungen erhofft hat. Gerade wenn sich die Linkspartei nicht langfristig auf strikte Oppositionsarbeit festlegen möchte, muss sie realisierbare Modelle, aber auch die strukturellen Beschränkungen des Regierungshandelns kommunizieren. Dies ist mit dem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen in vielen Punkten gelungen. Es fehlt jedoch an einem Gesamtkonzept im Sinne einer langfristigen Strategie, die auf eine Wiedergewinnung politischer Gestaltungsräume zielt. Ein erster Schritt hierfür ist die Thematisierung der neoliberalen Rahmungen, und zwar nicht nur in den üblichen linken Zeitschriften, sondern in eine breitere Öffentlichkeit hinein. Dabei könnte man sich sowohl thematisch als auch organisatorisch an der Kampagne gegen die EU-Verfassung in Frankreich orientieren, die in vielerlei Hinsicht ein Lehrstück für erfolgreiche linke Politik darstellt. Einen damit zusammenhängenden Themenkomplex stellt die so genannte Konsolidierungspolitik dar, die dem politischen Handlungsraum erhebliche Grenzen aufzwingt. Deren Profiteure sind ebenso zu benennen wie Alternativen zur derzeitig betriebenen Haushaltssanierung. Zentraler Schlüssel ist die Politisierung von Eigentumsstrukturen. Hier ist erneut André Brie zuzustimmen: »In einer Zeit der fast katastrophalen politischen und geistigen Defensive der kapitalismuskritischen Linken und der faktischen Tabuisierung von Macht- und Eigentumsfragen müssen endlich auch diese wieder offensiv gestellt werden, denn die systemimmanenten Spielräume für die dringend gewordene soziale Demokratisierung und die demokratische Sozialisierung der Gesellschaft sind offenkundig erschöpft.«¹¹ Eine derartige Repolitisierung wird jedoch die von den etablierten Parteien und den Massenparteien eingeforderte »Regierungsfähigkeit« nicht erhöhen. Insofern muss gerade vor dem Hintergrund der Vereinigung mit der WASG eine intensive Diskussion über mittel- und langfristige Ziele erfolgen. Dabei ist insbesondere nach Möglichkeiten einer sinnvollen Verknüpfung parlamentarischer Realpolitik und der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen zu suchen. Ein wesentlicher Ansatzpunkt könnte dabei der Arbeitsbegriff sein.

Drittens: Sowohl PDS als auch WASG sehen sich in der Tradition der Arbeiterbewegung verwurzelt. Wesentliches Ziel von beiden Parteien ist die Schaffung von würdevollen Arbeitsplätzen. Zu diesem Zweck werden im Wahlprogramm etwa ein Mindestlohn und staatliche Investitionsprogramme gefordert. Dabei wird ein besonderes Gewicht auf Investitionen im Bildungssektor gelegt. Das ist alles gut und richtig. Gleichwohl wird an der Illusion einer Vollerwerbengesellschaft ebenso festgehalten wie an dem Glauben an eine staatliche Regulierung der Wirtschaft. Dies ist jedoch zu defensiv und hat nicht ganz zu Unrecht den Vorwurf zur Folge, bei der Linkspartei und mehr noch bei der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit handele es sich um eine »Retrolinke«. Demgegenüber müsste der Eindruck entstehen, dass auch die Linke den »Reformbedarf«, der mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel einhergeht, akzeptiert hat – nur, dass eine linke Reform eben nicht Sozialabbau und eine Schwächung des Staates durch Privatisierungen und *public-private-partnership* bedeutet. Ansätze für einen offensiven

11 André Brie, a. a. O., S. 64.

Umgang mit der Reformrhetorik sind durchaus vorhanden – etwa die Forderung nach einer Maschinensteuer oder der Aufwertung des Bildungssektors. Es fehlt hier jedoch an einer überzeugenden Gesamtstrategie. Dies wird so lange nicht möglich sein, wie auch die neue Linkspartei am Ziel der Vollbeschäftigung festhält. Demgegenüber ist die Entwicklung von Szenarien jenseits der Erwerbsgesellschaft erforderlich. Selbstverständlich wird Arbeit auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, und die geburtenschwachen Jahrgänge werden vielleicht auch wieder eine höhere Erwerbsquote ermöglichen, aber wir müssen uns vom fordistischen Gesellschaftsmodell verabschieden. Bei der Suche nach Antworten auf diese Herausforderung eine Meinungsführerschaft zu gewinnen, sollte eines der wichtigsten Projekte für die nächsten Jahre sein.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Den Hauptstädtern wurden jetzt die Wahlbenachrichtigungen in die Briefkästen gesteckt. Dabei wird politisch vermutlich das Ergebnis der Abgeordnetenhauswahlen weniger wichtig sein als die Wahlbeteiligung. Aber die wird wiederum, wie schon seit Jahren, von den Parteien nur nebenher thematisiert werden. Alle werden wie immer auf die jeweiligen Prozentzahlen hinweisen, und die werden nur von Kritikastern und Genauigkeitsfanatikern ins Verhältnis zu den Wahlberechtigten gesetzt werden. Gewählt gilt als gewählt. Da geht es in Berlin nicht anders zu als anderswo, zum Beispiel in Warschau. Die neue polnische Zwillingsregierung erschreckt die Nachbarn, die sich verwundert fragen: Was ist denn mit »den« Polen los? Gar nichts ist los, sie haben dort nur momentan Politiker mit etwas merkwürdigen Ansichten an der Regierung – aber unter dem Strich sind die von nicht mehr als zwanzig Prozent der Bevölkerung gewählt worden. Kurzum: Kein Grund zur Panik!

Aber die bevorstehenden Berlin-Wahlen interessierten in den Sommerwochen weniger, ob sich das noch ändern wird, wissen wir momentan noch nicht. Kurzum: Im Sommer interessierte der Sommer, und als der sich neigte, gab es – wieder einmal – Krieg in Nahost. Abgesehen von der aktuellen Berichterstattung hätte man sich das Lesen sämtlicher Kommentare in den Zeitungen erlassen können – es lief alles nach Muster und Plan: Lasest du den Namen des Autors, wußtest du, was dich erwartet. Die Argumentationsmuster sind unverändert. Und zwar – mit Nuancen – seit Jahrzehnten! Ich gestehe: Es überfällt mich Tag für Tag eine neue Unlust, die ewig gleichen An- und Vorwürfe zu lesen. Zugegeben: Es gibt immer noch Raum für Verwunderungen. Insbesondere wunderte ich mich in den letzten

Wochen darüber, wie sich kriegsbefürwortende Kommentatoren auf eine einzige UNO-Resolution beriefen – und so taten, als gäbe es nicht mehr als ein halbes Hundert UNO-Beschlüsse und -Empfehlungen, um die sich Israel seit Jahrzehnten einen Teufel schert. Und: Wer in der Debatte über nahöstliche Bedrohungspotentiale die (bislang vermeintlichen) iranischen Atomwaffen erwähnt, sollte über die (schon existierenden) israelischen nicht schweigen. Es sei denn, er unterscheidet zwischen »guten« und »schlechten«. Nicht, daß mir eine derartige Volte unbekannt wäre, aber ich bringe sie heute einfach nicht mehr zustande ...

Wenn diese »Festplatte« zu Ihnen kommt, sind die kriegerischen Auseinandersetzungen in Nahost möglicherweise beendet. Bis zum nächsten Mal.

Zurück ins Inland. Noch vor etlichen Wochen wurde vom »Jahrhundertereignis« geredet und geschrieben, sämtliche Öffentlichkeitsbearbeiter Deutschlands schienen vor Begeisterung unter sich zu lassen, und selbst jene Mitbürger oder auch bestimmte Zeitschriften beziehungsweise Zeitungen, die aus Daffke oder Renitz beslossen hatten, das »Jahrhundertereignis« ginge sie nichts an, und sie könnten es ignorieren, konnten oft dem ge»ballten« Mediendruck nicht entgehen. Und heute (wir sind in der ersten Hälfte des August): Kein Aas redet mehr über die Fußballweltmeisterschaft. Das ist, wie es in unreformiertem Neudeutsch heißen könnte, »gegessen«. So gesehen, war es nicht ein Zeichen von Hinterherklappen oder Zuspätkommen, sondern geradezu elitär, daß die Zweiwochenschrift *Das Blättchen* sich noch in ihrer Ausgabe vom 7. August dieses Themas angenommen hatte. Autor Klaus Hansen resümierte unter anderem: »Während alle Welt alle Hebel in Bewegung setzt, um im Guinness-Theater irgendwo die Nummer Eins zu sein, freut man sich in Deutschland irrsinnig über Platz drei.« Das zeuge von guten, aber leider vorgestrigen Manieren.

Wie gesagt: vorbei, vorbei! Nicht ganz: In München, der Hauptstadt der deutschen Fußballbewegung, haben sie jetzt WM-Devotionalien versteigert. Im Agenturbericht dazu hieß es: »Zu den Angeboten zählte der WM-Trainingsanzug des inzwischen zurückgetretenen Bundestrainers Jürgen Klinsmann. Ein anonymes Onlinebieter erhielt den Zuschlag für 620 Euro. Die rot-weißen Fußballschuhe von Nationalspieler Bastian Schweinsteiger gingen für 500 Euro weg.« Ich gehe jetzt mal davon aus, daß sie die Sachen vor der Auktion anständig gelüftet haben.

Da momentan von der Regierung und ihrer Vorsteherin kaum etwas zu vernehmen ist (nur die Gesundheits-Schmidten, die mußte auch im Sommer ran), sind wir nun regelmäßig den weisen Ausführungen und Vorschlägen des CDU-Generalsekretärs Ronald Pofalla ausgesetzt. Jeder nutzt eben seine Chancen so gut er kann und so gut sie sich ihm bieten. Doch wir können insofern guter Dinge sein, als dieser 47jährige Rechtsanwalt Pofalla aus Kleve in Nordrhein-Westfalen in Ansicht, Gestik und Habitus auf eine verblüffende Art ein Wiedergänger des Pfarrers Peter Hintze ist. Das ist der, der einst die »Rote-Socken«-Kampagne erfand und damit politisch verunglückte. Von den Roten Socken wird zuweilen heute noch geredet, von Hintze nicht. Soweit zum Thema Pofalla.

Horst Ehmke:
Im Schatten der Gewalt,
 edition q im be.bra verlag GmbH,
 Berlin-Brandenburg 2006, 220 S.
 (17,90 €)

Was für ein Aufwand für die Vorstellung eines Polit-Thrillers! Im Willy-Brandt-Haus und danach noch einmal in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde der nunmehr 5. Kriminalroman des früheren Justizministers, Kanzleramtsministers und Geheimdienstkoordinators Horst Ehmke vorgestellt. Bundestagsvizepräsident Thierse und Egon Bahr, der engste Vertraute des verstorbenen Willy Brandt, lobten am 21. April 2006 im Willy-Brandt-Haus den jüngsten Roman Horst Ehmkes über alle Maßen. Thierse verglich Ehmke gar mit dem schwedischen Erfolgsautor Henning Mankell, und Bahr bescheinigte seinem alten Freund Ehmke, er habe seit seinem Erstling »Global Players« (vgl. UTOPIE kreativ 100, Februar 1999, S. 90 ff.), der noch ziemlich unbeholfen dahergekommen sei, enorme Fortschritte gemacht.

Im Buch geht es kriminalistisch um das Aufdecken und Verhindern eines vermuteten Anschlags islamistischer Terroristen auf die Fußballweltmeisterschaft in Berlin; politisch geht es um den Konflikt zwischen effektiver Terrorbekämpfung und der Bewahrung des Rechtsstaates. Nach der Lektüre des Romans erscheint dem Rezensenten der zweite Gesichtspunkt, die differenzierte Darstellung des politischen Konflikts, besser gelungen als die eigentliche kriminalistische Handlung. Zwischen Andreas Basler, einem Sonderermittler des BKA, und seinem Mentor Walter Kuhlmann finden jene problembeladenen Gespräche statt, in denen – aus dem vermuteten Terroranschlag abgeleitet – immer wieder Zweifel an den Methoden des Kampfes gegen den Terror artikuliert werden. Basler, einst in der APO aktiv, trat in den Polizeidienst ein, um dort eine Deeskalation der Gewaltspirale herbeiführen zu helfen. Seine Befürchtung, eine falsche Reaktion auf den islamistischen Terror könne mehr Schaden anrichten als die Terroristen selbst, zielt unmissverständlich auf das Verhalten der Bush-Administration in ihrem

»Krieg gegen den Terror«. Krieg, so erklärte Ehmke im Willy-Brandt-Haus, sei das falsche Mittel. Bush schaffe sich mit dem Kriegsrecht eine Art Omnipotenz, die unglücklicherweise von völliger Inkompetenz begleitet werde. Das Aufschaukeln der Gewaltspirale – so meinte er – könne schließlich dazu führen, dass die fundamentalistische Rechte in den USA zum Armageddon aufrufe. Ganz so weit führt das Buch den Leser nicht. Im Mittelpunkt stehen ja hier die braven deutschen Geheimdienstler und Kriminalisten, unter denen es zwar auch schwarze Schafe und sogar böartige Typen gibt, die jedoch im Großen und Ganzen noch nach rechtsstaatlichen Prinzipien handeln. Aber – da lässt Ehmke keinen Zweifel – das Völkerrecht werde selbstverständlich ständig weiter entwickelt, zumal die neuartigen Bedrohungen neue Gegenstrategien erforderten. Wie weit nun letztlich statt der abzulehnenden »präventiven Repression« die »angemessene Gefahrenabwehr« gehen darf, wird nicht genau definiert. Der Leser soll ja auch mitdenken. Ehmkes Absicht besteht ausdrücklich darin, das Mitdenken anzuregen und zu befördern. Er sieht sich sozusagen in diesen Fragen als Aufklärer der Nation.

Dem »Plot« des Romans, einem Anschlag mit einer aus Israel gestohlenen atomaren »Rucksackbombe«, mangelt es indes arg an wirklicher Spannung. Da nutzen auch die lesbischen Sex-Szenen zweier bildschöner türkischer Agentinnen, von denen eine die Geliebte Baslers ist, wenig. Zwar gibt es zahlreiche interessante Einzelheiten, wie z. B. den verrückten Einfall eines israelischen Forschers, sich mit der Übergabe einer atomaren Mini-Bombe an die islamistischen Terroristen am Land der deutschen Judenmörder zu rächen, da werden in Lissabon auf sonderbare Art Baupläne großer Sportstadien gefunden, wodurch der Verdacht auf Terroranschläge gegen die Fußballweltmeisterschaft in Gang gebracht wird, da gibt es Schießereien in der Mensa der Berliner Humboldt-Universität und den dann doch noch Spannung erzeugenden Showdown auf den Berliner Gewässern. Das alles erscheint dennoch seltsam unwirklich, weil die Terroristen viel zu weit im Hintergrund, eigentlich außerhalb der konkreten Wahrnehmung als Individuen bleiben. Und dann das Unverzeihliche: Die Auflösung des Geheim-

nisses um das tatsächliche Ziel des geplanten Anschlags erfolgt auf eine Weise, die einem Kriminalroman ganz schlecht ansteht. Basler, der auf ein verdächtiges Haus am Grimnitzsee zugeht, wo er den Tod findet, lässt seine Begleiterin Sara in einem Gebüsch verborgen zurück. Nun wörtlich: »Er ging in einem großen Bogen auf die Hinterfront des Hauses zu. Sara wollte gerade auf ihrem Handy das BKA anrufen, da hörte sie Stimmen. Sie ging hinter den Büschen in die Hocke. Nach einer Weile hörte sie zwei Männer näher kommen, die sich auf Arabisch unterhielten. Der eine sagte gerade: ›Die Vorstellung, dass die deutschen Sicherheitsonkels, die nun schon seit Monaten auf unserer Leimrute Fußball-Weltmeisterschaft kleben, jetzt zusehen müssen, wie wir ... (das wird nun weggelassen, um dem Leser die Spannung nicht zu verderben – H. L.), erfüllt mich mit Vorfreude.« (S.201) Mit einer derartigen Schar an Geheimdienstlern und Kriminalisten aus Deutschland, Portugal, Israel und der Türkei, wie Ehmke sie in seinem Krimi anbietet, darf der Leser eine intelligentere Lösung des Falles erwarten. Nun ja, das Schlimmste wurde noch einmal – im Roman – verhütet. Doch es bleibt der von Egon Bahr im Willy-Brandt-Haus formulierte unangenehme Gedanke zurück, niemand könne garantieren, dass wir auf Dauer im »Schatten« der Gewalt bleiben werden.

HARALD LANGE

Patrice Bollon:
Cioran. Der Ketzler.
 Aus dem Französischen von
 Ferdinand Leopold, Suhrkamp
 Verlag Frankfurt/M. 2006,
 361 S. (24,80 €)

Emil Cioran (1911-1995) war ein großer radikaler Denker des 20. Jahrhunderts. Man möchte sich aber des Hinweises enthalten, dass er umstritten gewesen sei. Cioran wählte vor allem den Aphorismus als die ihm gemäße Ausdrucksform und knüpfte damit nahtlos an Friedrich Nietzsche an, der ihm stets ein Gewährsmann war. Zwei Jahre nach dem Tod des Rumänen in Paris legte Patrice Bollon 1997

einen Großessay vor, der fast zehn Jahre brauchte, um den Weg ins Deutsche zu finden. Je länger man in dem Buch liest, umso unverständlicher wird, warum die in ihrer analytischen Klarheit grandiose Studie den Lesern hierzulande so lange vorenthalten wurde.

Ciorans »goldene Regel« lautete: »Ein unvollständiges Bild von sich hinterlassen ...« Daran hat er sich gehalten, also einen Schleier aus Zurückhaltung über sein Leben gehüllt. Patrice Bollon hat das Tuch weggezogen – und kann den Menschen zeigen. »Cioran – Der Ketzler« will der Autor als essayistische Annäherung verstanden wissen. Bollon ist aber viel mehr gelungen als ein Essay: eine das Gesamtwerk umfassende Biographie des Denkers. Nicht nur die Kenntnisse der Philosophie und Geschichte des 20. Jahrhunderts, die der Autor ausbreitet, sind atemberaubend, sondern auch die Art und Weise, wie er es schafft, das vertrackte Denken Ciorans in das vom Zusammenbruch der Denkgebäude gezeichnete Saekulum einzuordnen. Vorzüglich auch, was Bollon über den Aphorismus als Stilmittel im Allgemeinen und über den von Cioran im Speziellen zu sagen weiß. Und *en passant* empfiehlt sich Bollon auch als ausgezeichnete Kenner von Nietzsche, Wittgenstein und Heidegger. Verbindungen zu Nietzsche – an dem sich Cioran zeitlebens wie an einer philosophischen Reibefläche entzündete – stellt der Autor immer wieder her.

Auch für seine Lebensführung hat Cioran Rat bei Nietzsche eingeholt. So war der rumänische Philosoph ebenso von dem Willen besessen, sich gesund zu ernähren, wie sein deutscher Vorgänger. Beide verbindet auch die musikalische Vorliebe für die Kompositionen Robert Schumanns. So unverzichtbar für das eigene Werden als Philosoph das Vorbild Nietzsches auch war, Emil Cioran enthielt sich nicht, sich bisweilen über den »kleinen Professor«, den er in Nietzsche auch sah, lustig zu machen.

Über die philosophische Bedeutung des Spätwerks von Cioran herrscht in der Wissenschaft Einigkeit. Es ist die frühe Biographie, die der Erklärung bedarf. Sie ist gekennzeichnet durch, so Bollon, »antisemitische und hitlerfreundliche Äußerungen«. Dies ist sowohl ein Ergebnis von Ciorans rumänischer Sozialisation als auch ein Resultat eines 22-monati-

gen Studienaufenthalts, den Cioran zwischen 1933 und 1935 in Berlin, München und Dresden verbrachte. Für rumänische Zeitungen hat er aus dem Dritten Reich berichtet. In einem Artikel aus München ist denn auch der berühmte-berüchtigte Satz zu lesen: »Es gibt in der heutigen Welt keinen Politiker, der mir sympathischer wäre als Hitler.« In seiner Heimat trat der junge Cioran – ähnlich wie auch Mircea Eilade – in die geistigen Fußstapfen der »Eisernen Garde«, die gegen den »gottlosen Kommunismus« kämpfte und Rumänien mit Terror überzog. Zeugnis dieser frühen Gesinnung Ciorans ist das Buch »Die Verklärung Rumäniens«, das er 1936 publizierte und das ohne das Wirken des Ideologen und politischen Abenteurers Nae Ionescu kaum vorstellbar wäre. (Hier gelingt es Bollon exzellent, Ciorans Biographie in den Kontext der verworrenen Geschichte Groß-Rumäniens im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zu stellen, in dessen Ideologienlandschaft Fremdenhass und Antisemitismus tief verwurzelt waren.) Eine argumentative Säule in »Die Verklärung Rumäniens« – das 1990 in einer vom Verfasser bereinigten Version in Rumänien wieder erschien – ist Emil Ciorans »gewundener Antisemitismus«, der sich, so Bollon, aus »unmäßiger Liebe und maßlosem Hass« speist. Es ist eine Eigenart des frühen Cioran, oft in einem Satz philo- und antisemitische Argumente zu benennen, die sich »gegenseitig in einer unendlichen Wirbelbewegung verstärken«. »Der künftige »große Klarsichtige« war damals«, so Patrice Bollon, »von den Obskurantismen seiner Zeit beherrscht.« Diesen radikalen »Jugendirrtum« des Denkers und die Gründe, die dazu führten, detailliert analysierend, stellt der Biograph dennoch fest, dass in Ciorans Werk, beginnend mit seiner Übersiedlung nach Paris 1937, »Klarsicht und Redlichkeit im Mittelpunkt« stehen. Eine Klarheit, die noch geschärft wurde, als sich Cioran im Jahre 1947 entschloss, nur noch in französischer Sprache zu schreiben.

Seinen in der Nähe von Hermannstadt (Sibiu) gelegenen Geburtsort Rasinari hat Cioran zwar bis zu seinem Tod nicht mehr besucht, ließ sich aber von seinen Angehörigen zeitweilig nach Paris berichten, was sich dort ereignete. Ob nun die Instandsetzung des Holztores an seinem Geburtshaus oder das Unkrautjäten

auf dem benachbarten Friedhof mitgeteilt wurde – keine Nachricht war ihm zu gering, um an der Seine nicht sein Interesse zu erregen. Die Verbindung ins »irdische Paradies« der Kindheit wurde durch Ciorans Bruder Aurel aufrecht gehalten.

Der einzige qualitative Unterschied des Buches zu einer universitären Habilitationsschrift ist, dass Patrice Bollon ein viel zu guter Stilist ist, um Wissenschaftler zu sein. Die Studie könnte jedoch fraglos als akademische Qualifikationsarbeit bestehen. Auch der Verfasser kann für sich jenes Attribut in Anspruch nehmen, das er, Bollon, auf Emil Cioran münzt: Der kritische Biograph des großen Denkers selbst ist ein *grand penseur*. Diesbezüglich muss auch die Leistung des Übersetzers Ferdinand Leopold gewürdigt werden, der – wie schon 1996 mit der Übertragung von Emil Ciorans zwischen 1940 und 1944 auf Rumänisch geschriebenem Buch »Leidenschaftlicher Leitfaden« – mit seiner Bollon-Übersetzung Hervorragendes geleistet hat.

Das Fazit des Kulturjournalisten Bollon ist einfach: »Obwohl *Ciorans Denken* davon träumt oder vorgibt, davon zu träumen, endet dieses Denken niemals mit einer Harmonie. Es bleibt immer offen, ohne eindeutige Schlussfolgerung, gleichsam in der Schwebe, ausgehöhlt von der Uneindeutigkeit, der es entspringt.« Gleiches galt übrigens schon für Nietzsche.

KAI AGTHE

Christine Hatzky:
Julio Antonio Mella
(1903 – 1929). Eine Biographie,
Vervuert Verlag Frankfurt a. M.
2004, 436 S. (56 €)

Der kubanische Revolutionär Julio Antonio Mella ist in Deutschland noch am ehesten durch seine Beziehung zu der Fotografin und kommunistischen Aktivistin Tina Modotti im mexikanischen Exil bekannt geworden. In ihren zahlreichen Biographien, z. B. der von Christiane Barckhausen, kann man das ausführlich nachlesen. Modottis Porträtaufnahmen von Mella nehmen in den Fotobänden, die in

den letzten Jahren ihren Ruf als Künstlerin unterstrichen, einen prominenten Platz ein. All dies einmal in seltener Umkehr der Tradition, dass die Frauen hinter den Männern verschwinden.

In Kuba dagegen ist Mella immer präsent: Gleich herausgehoben wie der Unabhängigkeitskämpfer José Martí, der Anführer der Revolution von 1959 Camilo Cienfuegos oder Che Guevera. Zusammen mit den beiden letzteren zierte er das Mitgliedselement des 1962 gegründeten kommunistischen Jugendverbandes.

Jetzt kann man sich intensiver mit Mellas Leben und Wirken anhand der von Christine Hatzky vorgelegten Biographie beschäftigen. Hervorgegangen aus ihrer Doktorarbeit – sie ist Historikerin an der Universität Essen –, ist dieses Buch die erste wirklich kritische und umfassende Lebensbeschreibung überhaupt. Dies nicht nur, weil die Verfasserin neben zahlreichen Archiven in Kuba und in anderen Ländern umfassend das ja erst seit 1991 zugängliche Archiv der Kommunistischen Internationale in Moskau ausgewertet hat. Denn natürlich ist in Kuba eine Reihe von Biographien wie auch Neuauflagen seiner Schriften erschienen, worauf Hatzky auch aufbaut. Doch erst in den letzten Jahren tritt das Bemühen, aus ihm einen Mythos zu machen, in den Hintergrund. Denn man hatte lange eine Reihe von Brüchen nicht nur politischer Art geglättet. Zudem hat es außerhalb der Insel antikomunistische Bemühungen gegeben, Mella unter deren Ausnutzung gegen das heutige Kuba zu instrumentalisieren.

Mella wurde in Habana als nichtehelicher Sohn einer Irin und eines gutsituierten Herrenschneiders der Oberschicht geboren. Zwar materiell abgesichert, erfuhr er durch diese »komplizierten« Familienverhältnisse von Kindheit an, wie heftig er um seinen Platz in der Gesellschaft kämpfen musste. Ihm gelang schließlich die Aufnahme in die Familie des gutbürgerlich verheirateten Vaters und damit die Übernahme von dessen berühmtem Familiennamen. Der Großvater hatte im Unabhängigkeitskampf der Dominikanischen Republik den liberalen Flügel angeführt. Über seine Mutter, die inzwischen in den USA lebte, war ihm zudem der Freiheitskampf der Iren nahegebracht worden.

Beim Jurastudium Anfang der zwanziger Jahre wurde aus jugendlicher Aufsässigkeit

politische Rebellion gegen die verkrusteten Universitätsstrukturen und vor allem gegen die Verhältnisse in einem nach Erlangung der Unabhängigkeit ganz unter die Kontrolle der USA geratenen Land. Aus dem populären Anführer der Studentenbewegung, der bewusst die Hinwendung zur Aufklärungsarbeit unter den breiten Volksschichten vollzog, wurde im Jahre 1925 ein Mitbegründer der Kommunistischen Partei Kubas. Im selben Jahr errichtete der Präsident Gerardo Machado eine Diktatur. Mella stand im vordersten Kampf gegen den »tropischen Mussolini«. Dies führte ihn aber auch in einen ersten Konflikt mit der Parteiführung. Nach Verhaftung trat er in den Hungerstreik, den diese als individualistische Disziplinlosigkeit ansah. Er wurde vorübergehend ausgeschlossen. Doch diese Episode, die die Partei viel Einfluss kostete, wurde in Kuba nach 1959 lange praktisch als nichtexistent behandelt. Man wollte eine »fehlerfreie« Parteilsgeschichte.

Mella war in dieser Situation zur Flucht ins mexikanische Exil gezwungen, wohin ihm schon sein Ruf vorausgeeilt war und wo er sich der kleinen mexikanischen KP anschloss. Nach der Rückkehr von einem Russland-Besuch im Jahre 1927 beschäftigten ihn vor allem zwei Aufgaben. Zum einen wollte er die mexikanische Partei dazu bringen, die Gewerkschaften neu, unabhängig von der Regierung, zu organisieren. Zum anderen bemühte er sich um eine breite Sammlung der kubanischen Emigranten auch über die Kommunisten hinaus, um von Mexiko aus den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur ins Land zu tragen, was heute wie eine Vorwegnahme der Aktion Fidel Castros und Che Guevaras im Jahre 1956 klingt.

All das war in den Parteien Mexikos und Kubas heftig umstritten. Zu einer Zeit der heftigen Fraktionsauseinandersetzungen in der internationalen kommunistischen Bewegung brachte ihm das gleich den Vorwurf des Trotzkismus ein. Zwar hatte er nie mit seiner Bewunderung für den Begründer der Roten Armee zurückgehalten, doch gibt es keine Anzeichen dafür, dass er tatsächlich eine trotzkistische Fraktion begründen wollte.¹

Mexiko war damals Treffpunkt einer Emigranten-Szene, die von der revolutionären Atmosphäre im Land angezogen war. In dieser

Mischung aus politischen Aktivisten und Künstlerbohème lernte er die Italienerin Tina Modotti kennen. Sie war gerade dabei, sich mit ihren Fotografien einen Namen zu machen. Für einige Monate kam es zu einer intensiven Liebesbeziehung, nachdem Mellas Frau, die ihm aus Kuba zunächst nachgekommen war, sein ganz von der Politik beanspruchtes Leben insbesondere nach der Geburt ihrer gemeinsamen Tochter nicht mehr hatte teilen können und mit ihr auf die Insel zurückgekehrt war. Auch diese Episode ist in Kuba lange ignoriert worden, teils aus einer Art Puritanismus, teils aus politischen Gründen, da Mellas Witwe und die Tochter das Land im Jahre 1960 aus Ablehnung Castros verließen und nach Miami gingen.

Doch im Januar 1929 wurde Mella auf offener Straße in Mexiko-Stadt erschossen. Während sofort alles auf Mörder im Auftrage des kubanischen Diktators hinwies, streute die mexikanische Regierung aus diplomatischen Gründen bald Hinweise auf angebliche Eifersuchtsmotive in Verbindung mit Tina Modotti. Das war viel zu durchsichtig, als dass es ernsthaft wirken konnte. Später tauchten jedoch Theorien auf, Mella wäre Opfer einer frühen stalinistischen Säuberungsaktion geworden, eben in Folge der erwähnten Fraktionsauseinandersetzungen. Dafür hat Hatzky, die allen Spuren intensiv nachgegangen ist, keinen Hinweis gefunden. Im Gegenteil. Alles deutet auf Machado hin, dem es so tatsächlich gelang, den geplanten bewaffneten Kampf (nach Landung auf der Insel) durch die Ermordung seines Organisators zu verhindern.

Hatzky ist all diesen vielschichtigen Entwicklungen zwischen Kuba und Mexiko detailliert und mit großen Kenntnissen um die gesamte Entwicklung in diesen Ländern nachgegangen. Zudem hat sie die kontinentale Dimension hinzugefügt: seine Einflussnahme auf die Strategiedebatten der lateinamerikanischen Linken in der Abgrenzung von nationalistisch-populistischen – also »klassenübergreifenden« – Strömungen. Selbst wenn in Kuba noch einige ungehobene Archivschätze liegen mögen, ist damit das Leben dieses kubanischen Revolutionärs rekonstruiert und sein Lebenswerk wie seine Folgewirkung analysiert.

Wer sich also intensiver mit der Geschichte Kubas und mit den Traditionen der Revolution

in diesem Land befassen will, wird um dieses Buch nicht herum können. Schade ist nur, dass es noch zu sehr seinen akademischen Ursprung verrät (wozu wohl auch ein entsprechender Preis gehört). Nicht nur, weil die Autorin wohl angesichts der Fülle des Materials es stark nach Themen ordnete, so dass es oft zu Sprüngen in der Chronologie kommt und man mit einem gewissen Aufwand hin und her blättern muss. Leider sind alle Quellenzitate im Spanischen belassen worden, nicht einmal Übersetzungen in Fußnoten sind beigelegt. Das wird viele am Thema Interessierte abschrecken, selbst wenn sich der ungefähre Sinn zumeist aus dem Zusammenhang ergibt. Dieselbe sprachliche Beschränkung gilt für die fünfzehn teilweise faksimilierten Dokumente im Anhang, zumeist zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen. Eine anschauliche Abrundung liefern dafür vierzehn Seiten mit Fotos, darunter einer Reihe von Aufnahmen durch Tina Modotti, von der auch ein besonders bekanntes Porträt Mellas auf den Umschlag genommen wurde.

REINER TOSSTORFF

¹ Allerdings kamen die Begründer der in den dreißiger Jahren zunächst einflussreichen trotzkistischen Bewegung der Insel aus dem Kreis, der mit ihm den bewaffneten Aufstand entfesseln wollten. Nach der stalinistischen Wende der Komintern 1928/29 hatte die Parteiführung dagegen jegliche Zusammenarbeit mit antiimperialistischen Kräften (v. a. linke Nationalisten und Anarchosyndikalisten) im Zeichen des Kampfs gegen den Sozialfaschismus aufgekündigt, woran aber dieser Kreis festhielt und ausgeschlossen wurde. Vgl. dazu Gary Tennant: *The Hidden Pearl of the Caribbean. Trotskyism in Cuba*, London 2000.

Volker Freystedt, Eric Bihl:
Equilibrismus – Neue Konzepte
statt Reformen für eine Welt
im Gleichgewicht,
Signum Verlag Seedorf 2005,
336 S. (22,90 €)

Nicht nur der Titel dieses Buches, der auch der Name eines Vereins ist, dem die Autoren vorstehen, ist ein schwergewichtiger Zungenbrecher, auch die Fülle der aufgezählten Fakten, die perfekt nachweisen, wie sehr unsere Welt an einem Ungleichgewicht von Ökonomie und Ökologie leidet, wiegen schwer. Dieses Ungleichgewicht soll durch die »Einführung des

Prinzips des Biozentrismus« wieder in ein Gleichgewicht verwandelt werden können. Das ist Equilibriismus. Alle menschlichen Tätigkeiten müssten lediglich im Einklang mit den Regelkreisen der Natur stehen, dann ließe sich, »durch eine föderale Weltpolitik«, sogar der Frieden auf Erden sichern. Die Autoren kämpfen für eine »Welt, an der jeder Mensch seinen Anteil hat, der ihm ein selbst bestimmtes Leben in Frieden ermöglicht.« Kenntnisreich enthüllen sie die »spürbare Enteignung der Gemeinwesen«, die sich hinter der Privatisierung öffentlicher Unternehmen verberge. Mit viel Engagement kritisieren sie den »Wachstumszwang« der Ökonomie, der nur nach Profit strebe, was zur Folge habe, »dass ein Viertel des gesamten Privatvermögens in der Hand von 0,5 Prozent der Bevölkerung« liege: »Alle zahlen, wenige kassieren«. Die Alternativen, die sie in der »Energiefrage« gegen die Nutzung von Erdöl und Atomkraft vorlegen, sind sehr detailliert. Sie reichen von der »Zurückdrängung der Wüsten« über die lokale Nutzung von Sonnen- und Erdwärme und Ludwig Elsbetts längst entwickelten »Pflanzenölmotor« für den Straßen- und Schienenverkehr, bis zur Ersetzung des Flugzeugs durch das »Railcab«, einer Bahntechnologie, die bereits seit Jahren in der Universität Paderborn entwickelt worden sei. Die Karosserien der Autos sollten künftig aus Hanf gebaut werden, einem Rohstoff, der nur durch Druck der Firmen, wie Du Pont, nicht genutzt würde, da diese ihre Produkte, wie die Nylonfaser, aus dem synthetischen Öl herstellen ließen. An Vorschlägen, wie der Alltag, aber auch der Parlamentarismus, ganz im Sinne von Johannes Heinrichs, die »Viergliederung« nach Sachorientierung fordert (Wirtschaft, Politik, Kultur; Grundwerte), besser den Regelkreisläufen der Natur angepasst werden könnte, mangelt es diesem Buch wirklich nicht.

Doch »die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.« Diese Analyse von Marx ist an den eifrigen Autoren nicht nur vorbei gerauscht, sie lehnen sie strikt ab, denn der »Kapitalismus als auch Kommunismus« seien auf der »anthropozentrischen

Sichtweise« aufgebaut. Sie wollen den Menschen nicht in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen, sondern einen »Biozentrismus«, denn aus unserem »anthropozentrischen Weltbild, das uns als »Krone der Schöpfung« sieht« sei der Wunsch entsprungen, »sich über die Naturgesetze zu erheben.« Nun ist Marx kein »Anthropozentriker« gewesen, sondern ein ontologisch orientierter Mensch. Er studierte die Dialektik in der Natur, wie das gesellschaftliche Sein des Kapitalismus, das ja kein Produkt der Natur, sondern der menschlichen Arbeit ist, um Entfremdungen und Verdinglichungen im Bewusstsein der Menschen zu begreifen. Was ja notwendig ist, um mittels Kritik dieses, von Entfremdungen geprägtes, falsche Bewusstsein durch ein richtiges ersetzen zu können, das in das gesellschaftliche Sein mit gattungsmäßiger Bewusstheit einzugreifen versteht.

Dennoch negierte Marx nicht die anthropozentrische Widerspiegelung des menschlichen Bewusstseins, denn das würde ja bedeuten, die Ganzheit des menschlichen Denkens und Bewusstwerdens zu negieren. Ohne die anthropozentrische Widerspiegelung unseres Lebens könnte weder Kunst noch Philosophie gedeihen, sind doch beide ausschließlich auf menschliches Denken, Fühlen und Wünschen gestellt. So spielen Kunst und Philosophie im »Equilibriismus« natürlich auch keine Rolle, um das Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie herstellen zu können.

Der Biozentrismus ist dagegen einseitig an der desanthropomorphisierenden Widerspiegelung orientiert und lediglich geeignet, die Gesetzmäßigkeiten der Natur zu erfassen. Das Kapital – das die Autoren mit »nekrophilem Geldsystem« identisch setzen und im gehorteten Geld das Übel ungerechter Verteilungsgerechtigkeit sehen – vermehrt sich nicht deshalb, weil es das Geld hortet, um es durch Zinsen ständig zu erhöhen, sondern weil es sich in jedem Produktionsprozess den Mehrwert menschlicher Arbeitskraft aneignet, den es dann so zu akkumulieren versucht, dass es im internationalen Konkurrenzkampf nach dem Motto »Ein Kapitalist schlägt viele tot!« immer ganz vorne steht.

Die Autoren sind echte Reformer des Kapitalismus, den sie ja ausdrücklich für das »beste Wirtschaftssystem« halten, doch echte

Reformer haben es heutzutage schwer. Heute nennen sich jene Verteidiger des Kapitalismus Reformer, die die Ärmsten der Armen in immer neue Ängste und Verzweiflungen treiben. Dagegen hilft kein Equilibriismus, sondern Solidarität, die übrigens auf ganz anthropozentrischer Basis Früchte entstehen läßt.

JÜRGEN MEIER

Hansjörg Herr, Kurt Hübner:
Währung und Unsicherheit
in der globalen Ökonomie,
Edition Sigma Berlin 2005,
336 S. (21,90 €)

Michael Heine, Hansjörg Herr:
Die Europäische Zentralbank,
Metropolis-Verlag Marburg 2005,
234 S. (19,80 €)

Die Globalisierung ist kein absolut neuer Prozess. Es gab sie auch schon früher. In der Gegenwart zeichnet sie sich jedoch durch eine starke finanzwirtschaftliche Komponente aus, weshalb geld- und finanzwirtschaftliche Fragen heute in den Mittelpunkt der Analyse rücken. Den bei weitem problematischsten Aspekt des aktuellen Globalisierungsschubs sehen die Autoren Hansjörg Herr und Kurt Hübner in der ungehemmten Kapitalmobilität in Verbindung mit einer »unterkomplexen globalen Finanzarchitektur«, welche in den zurückliegenden Jahrzehnten die finanzwirtschaftliche Stabilität »unterhöhlt« hat und die Welt heute vor enorme Probleme stellt. Insbesondere betrifft dies die wachsende Fragilität ökonomischer Gleichgewichte und die bedrohliche Zunahme internationaler Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft.

Die Analyse genau dieser Prozesse ist Anliegen der Publikation »Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie« von Herr und Hübner. Sie stützen sich dabei auf ein Forschungsprojekt, das von der Hans Böckler Stiftung finanziert wurde und das sowohl theoretisch als auch empirisch eine Reihe durchaus bemerkenswerter Ergebnisse aufzuweisen hat. Diese werden von den Autoren

vornehmlich als Hypothesen formuliert. Sie lassen sich empirisch belegen, sofern die vorliegenden Daten entsprechend interpretiert werden. Andere Interpretationsmuster führen zu anderen Schlussfolgerungen, was für einige Aussagen nicht unproblematisch ist. So ist beispielsweise »das rasante Wachstum der grenzüberschreitenden Kapitalströme« für die einen »Indiz und Grund für eine Entkopplung von realer und monetärer Akkumulation und damit die Basis für einen unausweichlich kommenden globalen Meltdown«, für andere aber »ein Indiz für eine prinzipiell effizienzsteigernde Reallokation von Kapital auf globaler Ebene, die allein durch politische Fehler und eine halbherzige Liberalisierung in ihrer Auswirkung beeinträchtigt ist« (S. 50). Erstere sehen in der Globalisierung der Finanzmärkte nur eine Fehlentwicklung mit unabsehbaren Folgen, letztere dagegen vor allem einen Wohlfahrtsgewinn, da die Finanzierungskosten gesenkt, die Qualität der Finanzdienstleistungen erhöht und die Optionen für die ökonomischen Akteure erweitert werden. – Zwischen diesen Positionen bewegt sich die aktuelle Diskussion.

Der Untersuchung von Herr und Hübner liegt ein theoretisches Konzept zugrunde, welches Globalisierung »als distinkten Vorgang geldwirtschaftlich verfasster Kapitalismen im Rahmen spezifischer Marktkonstellationen« begreift (S. 12). Von zentraler Bedeutung ist dabei der Begriff der »Unsicherheit«, welcher sich keineswegs darin erschöpft, dass die Akteure die Zukunft nicht kennen, sondern vielmehr eine Situation beschreibt, in welcher die Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht ausreichen, um etwas über die Zukunft aussagen zu können. Diese Überlegungen gehen vor allem auf John Maynard Keynes zurück, dessen Lehre sich die Autoren auch sonst verpflichtet fühlen. Sie finden hier Anwendung auf Vorgänge wie grenzüberschreitende Finanztransaktionen, Leistungsbilanzausgleiche, Kapalexport und -import, Wechselkursveränderungen u. a. m. Ergänzt werden die Erörterungen durch aktuelle Fallstudien, die dem Leser zugleich eine Fülle interessanter und gut aufbereiteter Materials bieten. Hervorzuheben ist auch die Auseinandersetzung der Autoren mit anderen, das heißt, neoklassischen und heterodoxen, Auffassungen. Dies

unterstreicht den Diskussionscharakter des Buches, erlaubt es den Autoren aber auch, die Stärken ihrer »monetären« Argumentation auf dem Hintergrund der Schwächen der alternativen Konzepte zu entwickeln. Das Ergebnis der Analyse ist ernüchternd: Herr und Hübner sehen die gegenwärtige Lage als »hochgradig instabil und krisenanfällig« an. Sie plädieren daher für eine »kooperative Strategie zur Überwindung von Wechselkursinstabilitäten« (S. 14) und für regulierende Maßnahmen zur Stabilisierung der globalen Finanzmärkte.

Auch das zweite Buch – »Die Europäische Zentralbank« – handelt vom Geld, indem es die Strategie und Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Gegenstand hat. Einleitend listen die Autoren einige »Ungereimtheiten« auf, wie sie jeder aus den öffentlichen Debatten kennt: Da wird zum Beispiel der Euro als »Teuro« diffamiert, zugleich aber vor einer nahenden Deflation gewarnt. Oder: Noch vor kurzem galt die Einführung des Euro wegen seines gegenüber dem US-Dollar niedrigen Wechselkurses als gescheitert, jetzt aber, wo sich die Verhältnisse umgekehrt haben, gilt er als Hauptgefahr für die Konjunktur. – Derartige Diskussionen sind peinlich, weil sie von ökonomischer Dummheit zeugen. Sie wären vermeidbar, wenn die öffentlichen Debatten von größerem Sachverstand geprägt wären und weniger »aus dem Bauch heraus« geführt. Aber auch die Experten sind sich oftmals über die richtige Interpretation bestimmter Phänomene nicht einig, was auf unterschiedliche, ja, nicht selten sogar gegensätzliche, theoretische Positionen schließen lässt. Diese aufzuzeigen und verständlich zu erläutern, ist Anliegen des ersten Kapitels des Buches der beiden Berliner Volkswirte. Sie tun dies in beinahe volkspädagogischer Diktion, verständlich in ihrer Sprache und anschaulich in der Darstellung.

Daran an schließt sich eine ausführliche Erläuterung der Funktionsweise der EZB, ihres organisatorischen Aufbaus, ihrer Stellung im europäischen Institutionengefüge, ihrer strategischen Ziele und ihres Instrumentariums. Die Begründung der geldpolitischen Strategie der EZB bleibt dem dritten Kapitel vorbehalten. Sie erfolgt vor allem aus inflationstheoretischer Sicht. Im vierten Kapitel wird der Blick dahingehend erweitert, dass nun auch andere

strategische geldpolitische Optionen als die von der EZB praktizierten ins Auge gefasst werden. Dies beginnt mit der Geldmengensteuerung, wie sie einst die Deutsche Bundesbank praktizierte, und endet mit einem kritischen Kommentar zur »ewigen Kontroverse« um die Geldpolitik als regelgebundenes oder diskretionäres Vorgehen (S. 163 ff.). Anschließend diskutieren die Autoren einzelne geldpolitische Prämissen und Zielsetzungen sowie die Frage, ob die praktische Politik der EZB tatsächlich immer mit den selbst definierten Grundsätzen übereinstimmt. Hier vor allem finden sich zahlreiche kritische Aspekte und alternative Überlegungen, welche die Autoren als Non-Mainstream-Ökonomen ausweisen. Diese Sichtweise prägt dann auch das letzte Kapitel über die »Grenzen der Geldpolitik« (S. 197 ff.), worin aufgezeigt wird, dass die Geldpolitik in marktvermittelten Ökonomien zwar den Kern einer Makropolitik bildet, mit ihrer Hilfe aber bei weitem nicht alle wirtschaftlichen Aktivitäten gesteuert werden können. Ebenso wichtig wie die Geldpolitik sind Fiskal-, Lohn-, Umwelt-, Infrastruktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in der Europäischen Union bekanntermaßen aber nach wie vor nationalstaatlich verfasst sind. Aus dieser Konstellation ergibt sich ein nicht unbeträchtliches Konfliktpotenzial. Lösungen dafür sind gegenwärtig jedoch kaum in Sicht. So stehen die Einführung des Euro als gemeinsamer Währung der Europäischen Union und die Aktivitäten der EZB letztlich etwas isoliert im Raum. Um wirklich erfolgreich zu sein, bedarf es einer Verbindung dieser Elemente mit den anderen Instrumenten der Wirtschaftspolitik.

Was in diesem Zusammenhang fehlt, ist ein Ausblick auf die Probleme, die sich aus der Osterweiterung der Europäischen Union und der Einführung des Euro in den Beitrittsländern ergeben. Letztlich stellen sich damit auch für die EZB völlig neue Herausforderungen.

ULRICH BUSCH

ANDREAS HEYER
 Way Stations to a Disappointment
 Kleist's Letters from Paris (1801)

The author examines the letters written by the German writer, Heinrich von Kleist (1777-1811), to his fiancée and his sister in 1801 and describes them as essential for understanding his contradictory life, which ended in suicide at the age of 34. Kleist, the author says, lived in confrontation with the society and his times, which he found alienating. These letters allow an insight into his attempt to digest, with the help of literature, what was otherwise hardly discernable.

WALTHER L. BERNECKER
 The Spanish Civil War
 and Coming to Terms with History
 Politicizing History and the Right to Remember
 in Democracy 1975-2005

The term »Culture of Remembering« became increasingly popular and the author explains that it would seem necessary to consider the differences between the elements forming this social phenomenon: for instance between the instrumentalization of the past in the sense of »politicizing history«, the coming to terms with the past through judicial means, often referred to as »history politics« and finally the collective memory which can never be fully controlled by political policies. The author discusses these differences, using the Spanish Civil War (1936-1939), which was followed by a 36 year long period of brutal dictatorship (1939-1975) as his point of reference.

MIRKO BEER
 Report on being Ordered to go to Spain
 from October 10, 1936 – June 3, 1939

This report (discovered in EKKI-archives) was written by Dr Mirko Beer (born in 1905 in a Jewish-Hungarian family) concerning his engagement in the Spanish Civil War. Following his medical studies in Vienna, Beer was working for the International Workers Aid in Subotica and Berlin, invited to Moscow in 1932, he was sent to Spain in October, 1936, where he established under the name of »Oskar Goryan«, the medical services for the International Brigades. Returning to Moscow in 1939, he was jailed in July, 1941, under the pretext of »espionage« and executed in prison, August 4, 1942.

SIEGFRIED WENZEL
 Socialism of the 21st Century?

The author critically discusses Heinz Dieterich's book »Socialism of the 21st Century. Economy, Society and Democracy after Globalized Capitalism« (German edition, Berlin 2006). He emphasizes the necessity of seeking alternatives to capitalist economy, while doubting that Dieterich's idea of

substituting a non-equivalent exchange of goods and services for one of equivalence would be the solution to the problem. Instead, he pleads for the strengthening of democratic control of the market economy and for the slow but steady development of better instruments of economic regulation.

HORST DIETZEL

»New Challenges« in the Programs of the Left

Remarkable changes have taken place in the German Left since May 2005, when the then PDS and the newly founded »Election Alternative Labor and Social Justice« (WASG) decided to embark on a process of convergence to – ultimately – form a new party. The author analyses the programs of the two parties, and their recent papers elaborating on basic points of the program of the future party. He criticizes the fact that the term »challenge« is limited to challenges emanating only from capitalist policies. This, he says, leads to a strong underestimation of challenges arising from the development of production forces, in general.

MICHAEL FABER, JONAS BENS

For a Modern and Colorful Left!

The Social Question Extends Beyond Hartz IV
and Capital Tax and Demands Solutions

This is also a contribution to the discussion of the new party program of the German Left. The authors plead for a broader approach to the social question. Social problems, they say, cannot be solved through enhanced social services. Youth policies, anti-discrimination policies, minority policies, the fight against the waning solidarity between people –all demand more than money. Therefore, they conclude, the Left needs a new, socialist debate about basic values.

DIRK JÖRKE

To Learn from the Greens, Means Learning How to Lose

The author compares the development of the Greens in the old Federal Republic of Germany, during the 80s with that of the Linkspartei.PDS today, and discusses the dangers associated with becoming generally accepted as a »normal« parliamentary party. The Greens, he says, set out as a party to transform the nation, and stressed such values as grassroots democracy, pacifism, feminism and ecology. But then they discarded these »ideological burdens« and were ready to enter coalitions – even with their former arch adversaries, the CDU and FDP. Do Left Party politicians, the author asks, have the strength to avoid such a development?

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,

10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €